Nummer 21
Febr.-März '93
2,50 Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



Woher das kommt ?

Das wächst aus SPRINGERstiefeln!

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand ● Rolandstraße 16
Postfach 1324 ● 3000 Hannover 1
Tel.: 0511/34 10 36
Postgiro Hannover
Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Interdruck, Schöneworth
3000 Hannover
Satz und Layout: R.Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
HerausgeberInnen:
Stefan Berndt, Rainer Butenschön,
Lisa Böhne, Winfried Holzinger,
Alfred Klose, Jürgen Trittin,
Dorothea Vogt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Editorial

Die Neue Rechte formiert sich nach ihren Erfolgen in Sachen Asylrechtsabschaffung zunehmend. Sowohl in der CDU in Form von Konservativen Foren als auch in den sogenannten Braunzone-Organisationen wie dem VDA. Ungeahndet kann heute der CDU-Bundestagsabgeordnete Krause öffentlich von "deutschen Volksgenossen" sprechen und in einer "Denkschrift" das Vokabular der Nazis pflegen. Für Geschichtsrevisionisten gibt es gar das Bundesverdienstkreuz.

Auch international befindet sich die Neue Rechte auf dem Vormarsch. Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten scheint günstige Entwicklungsbedingungen für die Faschisten im Osten geschaffen zu haben, ihre Bündnisbemühungen stoßen in der GUS wie auch in anderen ehemaligen Staaten des Warschauer Vertrages auf Gegenliebe.

In eigener Sache: In Heft 20 hat sich ein Fehler eingeschlichen. Torsten Lemmer war nicht Mitglied der FAP, sondern der FDP.

Für die nächsten Hefte planen wir, uns mit den Rechtsanwälten der militanten Neonazis zu beschäftigen und bitten unsere LeserInnen um Mithilfe! Bitte schickt uns Namen und Unterlagen von Rechtsanwälten der Faschisten zu. Ebenfalls interessiert sind wir an Hinweisen auf Aktivitäten der sogenannten "Anti-Antifa". Für eine etwas grundlegende Beschäftigung mit diesem Thema benötigen wir alle zugänglichen Materialien. Falls Ihr Infos habt, die über die überregionale Presseberichterstattung hinausgehen nehmt bitte mit uns Kontakt auf (Anschrift/Telefon im Impressum).

Aus gegebenem Anlaß weisen wir nochmals darauf hin, daß Artikel, die mehr als eine Schreibmaschinenseite umfassen möglichst vorher mit uns abgesprochen werden sollten.

Der unten abgedruckte Leserbrief von Peter Kratz ist ursprünglich erheblich länger. Falls der Autor einverstanden ist, werden wir im nächsten Heft seine Kritik und die Antworten der von ihm angegriffenen AutorInnen debattieren.

Leserbrief

Mitten in der Niederlage

Die Millionen Lichter gegen Ausländerfeindlichkeit zeugen von einer Niederlage des linken Antifaschismus, wie sie gründlicher nicht sein könnte. Von den Millionen Menschen wird kaum jemand bereit sein, die Flüchtlinge mit dem eigenen Körper zu schützen, wenn es demnächst zu Massendeportationen in die neuen polnischen Ghettos kommen wird. Die wenigsten haben hier begriffen, daß sie für ihre eigenen Interessen der sozialen Gleichheit eintreten, wenn sie AusländerInnen schützen.

Solche Demonstrationen kennen wir aus dem Jahre 1913: Millionen Europäer gegen den Krieg - ein Jahr später zogen sie singend in die Schlachten. Die SPD fordert in einem Flugblatt "Gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit" "ein anständiges Deutschland" und "eine anständige und vernünftige Politik", was immer das sein mag. "Deutschland braucht Ausländer" heißt es da, aber verschwiegen wird: wozu! Für die Müllabfuhr, zum Straßekehren, als Hausmädchen. Ja, wie schön wäre es doch, wenn wir uns im Sommer latino-patriarchal zum Schuhputzer in die Fußgängerzone setzen könnten. Wer zündet schon seinen Sklaven an!, das wäre unvernünftig.

Die Licherketten wurden ins Leben gerufen von den Großkonzernen und der mittelständischen Industrie, die um ihre Arbeitskräfte und die ausländischen Märkte fürchten: damit in Zukunft wieder der Mercedes in Israel verkauft werden kann, damit dieser Mercedes weiterhin mit ausbeuterisch billigem "Dritte Welt"-Erz gebaut werden kann, damit in Zukunft die Werkvertragsarbeiter aus Osteuropa sicher zu ihren deutschen Billiglohn-Arbeitsplätzen kommen. DER RECHTE RAND aber gibt die Lichterketten als Erfolg des Antifaschismus aus. Tatsächlich tritt ein Großteil der "kleinen Lichter" keineswegs für das Prinzip "Gleichheit der Menschen" ein. Im Gegenteil: die Organisatoren aus dem deutschen Kapital profitieren von dem neofaschistischen Konzept des "Rechts auf Ungleichheit", z. B. bei den verschiedenen Tarifgebieten in Deutschland, wo im "neuen Bundesland" die gleiche Arbeit bis zu 40 Prozent schlechter bezahlt wird als im "alten" - von westdeutschen Firmen. Die Ungleichheit aus dem jetzt fast uneingeschränkt herrschenden Sozialdarwinismus, *das Recht des Stärkeren* in der menschlichen Gesellschaft, wird mit den Millionen Kerzen nicht hinterfragt.

Albrecht Müller, pfälzischer SPD-Bundestagsabgeordneter, brachte Anfang Februar die Lichteritis auf den Punkt: "Viele von denen, die noch vor einem Jahr Wahlkämpfe mit dem Begriff 'Asylantenflut' führten, drängen sich heute in die Lichterketten" - und sie haben ihre Meinung keineswegs geändert: man kann schließlich ebenso gegen die Sklavenflut nach Deutschland sein (weil sie Unruhe bringt) und dagegen, den Sklaven zu erschlagen. Es reicht aus, in den zukünftigen polnischen und tschechischen Ghettos die Arbeitskräfte-Reserven vorzuhalten, die nach Bedarf in die gute deutsche Stube gelassen werden.

Eine Bürgerrechtskampagne, die gleiche Rechte für alle einfordert, unabhängig von ihrer Herkunft, wäre dagegen die antifaschistische, linke Antwort auf die Mordbrenner. Bis auf zaghafte Ansätze, z. B. von dem recht einsamen SPD-Präsidiumsmitglied und MdB Heidemarie Wieczorek-Zeul, die jetzt wenigstens das Kommunalwahlrecht für AusländerInnen wieder ins Gespräch bringt, ist von einer antirassistischen Bürgerrechtskampagne jedoch nichts zu sehen.

Statt dessen präsentiert uns die sozialdemokratische "Aktion Courage" unter der Überschrift "Menschen schützen" als ihr Symbol - ein Zebra. Weil es auch aus Afrika stammt? Weil Rassenmischung gestreifte Kinder bringt ? Weil es das Lieblingstier der "Courage"-Chefin Brigitte Erler ist ? Und niemandem fällt auf, daß man mit Zebras nicht für Bürgerrechte von Menschen eintreten kann !

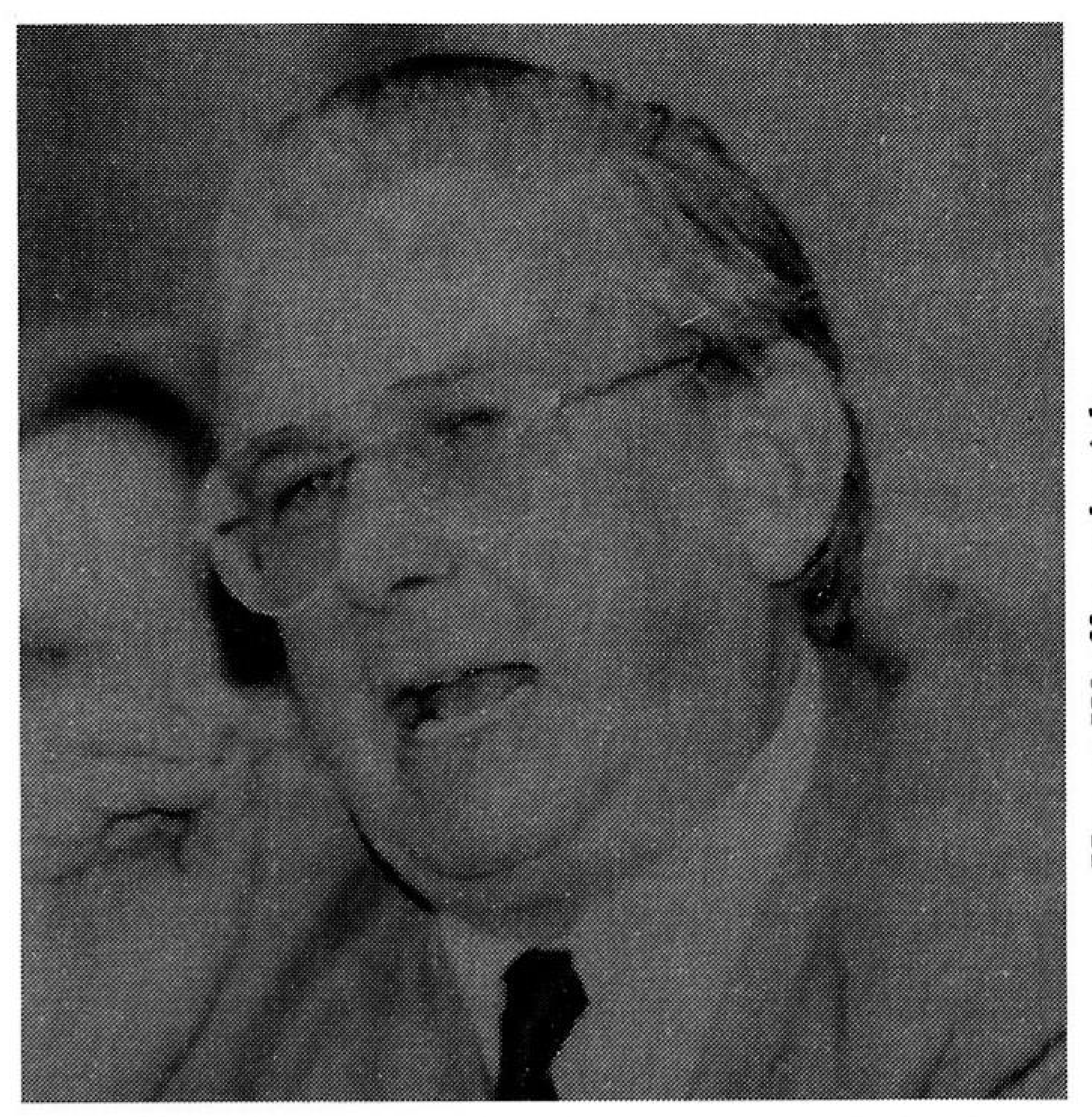
Peter Kratz

In Heft 20 des Rechten Randes hat Jürgen Trittin den "Verein für das Deutschtum im Ausland" als eher harmlosen Verein eingeschätzt. Zu völlig anderen Ergebnissen führten die Recherchen unseren AutorInnen

Ulla Jelpke, Albrecht Maurer und Helmut Schröder:

Der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA):

Von Vetternwirtschaft und Neofaschisten


Horst Waffenschmidt

Nach seinem Verbot durch die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg und seiner Wiedergründung in den 50er Jahren dümpelte der "Verein für Deutschtum im Ausland" (VDA) vor sich hin. Neofaschistisch durchsetzt warb er im relativ kleinen Kreis für die Notwendigkeit deutscher "Schutz- und Kulturarbeit" im Ausland, für "Volkstumsarbeit" und unermüdlichen Einsatz für die "Grenzlandsdeutschen". Im kleinen Kreise wurden großdeutsche und rassistische Propaganda betrieben, die Kontakte in das neofaschistische Lager nicht nur gepflegt, sondern auch organisatorisch festgezurrt.

Spätestens Ende der 80er Jahre schaffte der VDA den politischen Durchbruch. Prominente Politiker wurden nicht nur Mitglied im VDA, sondern übernahmen auch Amt und Würden im VDA: Unter ihnen u.a. der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern (BMI), **Horst Waffenschmidt**. Und seitdem flossen Gelder in zig Millionen Höhe. Der VDA wurde überdies zu einer der einflußreichen Mittlerorganisation der Bundesregierung für Osteuropaangelegenheiten.

Die Waffenschmidt-Connection

Als sich der durch seine NS-Vergangenheit belastete VDA 1955 neugründete, da wurde dies von der Bundesregierung noch mit Skepsis beobachtet. Die Neugründung galt im Auswärtigen Amt 1957 als "unerwünscht".

Kein Wunder: Der VDA war nicht nur 1933 eine der "wenigen Organisationen, die von den Nazis weder verboten noch gleichgeschaltet, sondern aufgewertet wurden. Er war für die Regierung Hitler wichtig, weil die NSDAP zu diesem Zeitpunkt noch nicht über eine funktionierende Auslandsorganisation verfügte" (Kurt Hirsch, Rechts von der Union, München 1989, S. 311). Der VDA hatte sich für die Nazis bewährt und die politisch-inhaltliche Gemeinsamkeit brachte der Hitler-Stellvertreter, **Rudolf Hess**, 1939 auf den Punkt als er äußerte: "Für die Volkstumsarbeit jenseits der Grenzen ist ausschließlich der VDA zuständig" (tat, 9.10.1981, "Das Deutschtum kann wieder fröhlich Urständ feiern").

Nach 1945 wurde der VDA von Alt-Nazis und einstigen NS-Größen, nach vorhergehender vorsichtiger politischer Sondierung, wieder aufgebaut. Kurt Hirsch gibt an, daß 1958 eine ganze Reihe von Personen den VDA verlassen hatten, weil der "Verein durch ehemalige NS-Belastete unterwandert" sei (Hirsch, a.a.O., S. 311). Dies ist kein Wunder. Der VDA wurde wiederaufgebaut u.a. durch

- **Hans Neuwirth** (ehemaliges NSDAP-Reichstagsmitglied, nach 1945 Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des damals noch offiziell als rechtsextrem eingestuften Witiko-Bundes)

- **Theodor Oberländer** (NSDAP-Mitglied, von 1934 bis 1937 Reichsführer des "Bundes Deutscher Osten", nach 1945 führender Repräsentant des "Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten", der CDU und der neofaschistischen "Gesellschaft für Publizistik")

- **Hans Wissebach** usw.

Heute ist dies für die Bundesregierung nicht mehr anrüchig, heute gibt die Bundesregierung dieser Organisation ihre *offizielle Weihe*. Sie setzt den VDA als Mittlerorganisation ein. Aber nicht nur das: Seit 1989 ist der Parlamentarische Staatssekretär und Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Horst Waffenschmidt, in den Verwaltungsrat des VDA für vier Jahre gewählt worden (Globus 5/1989). Neben ihm sitzen dort ebenfalls noch andere, nicht unwesentliche Mitglieder der Bundesregierung oder des Bundestages. So

- Dr. **Ludwig Biewer**, Legationsrat 1.Klasse, Referent des Politischen Archivs und des Historischen Referats des Auswärtigen Amts

- Prof. Dr. **Karl-Heinz Hornhues**, Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des Unterausschusses "Auswärtige Kulturpolitik"

- **Hans Klein**, Bundestagsabgeordneter, 1989 noch Bundesminister, Chef des Presse- und Informationsamtes, heute Bundestags-Vizepräsident.

Seit dieser Zeit fliessen die Gelder zum VDA in beträchtlichem Ausmaß. Besonderen Anteil hat daran der Aussiedlerbeauftragte. Allein aus dem BMI erhielt der VDA seit 1990 ganze 112,4 Millionen Mark für Projekte in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Dabei ging es freilich nicht immer mit rechten Dingen zu. Der Bundesrechnungshof rügte sowohl das Geschäftsgebaren des VDA als auch das Verhalten des BMI.

Da bewilligte das BMI dem VDA wegen der angeblich "besonderen politischen und wirtschaftlichen Dringlichkeit" - so ein Vermerk des BMI vom 19.12.90 - 34,6 Millionen Mark. Das Geld sollte "ohne das normalerweise schriftliche Antragsverfahren bewilligt werden". Bereits nach neun Tagen wurden die Gelder durch das BMI "im voraus und telegraphisch" (Spiegel 35/92) angewiesen.

Offenbar war der VDA aber durch die geplanten Projekte völlig überfordert. Die so "dringlich" benötigten Gelder wanderten erst einmal auf ein Festgeldkonto und brachten dem VDA "allein 1991 rund 432 000 Mark Zinsen auf Staatskosten" (ebenda).

Der "Spiegel" schreibt: "Wie geschmiert liefen die Geschäfte mit BMI-Gelder vor allem, wenn alte Bekannte und VDA-nahe Firmen eingeschaltet wurden. ‚Freihändig', so kritisiert der Rechnungshof, habe der VDA die Abwicklung des 34,6-Millionen-Projekts an eine Firma mit Sitz in Salzgitter und Moskau vergeben. Anfragen deutscher Firmen, die mitmachen wollten, wurden von der Botschaft in Moskau wahrheitsgemäß beschieden: Der VDA habe das Projekt ‚exklusiv' vergeben" (ebenda).

Nach dieser Art verfuhr der VDA auch in einem anderen Fall: Ende 1991 beantragte der VDA beim BMI zwei Millionen Mark für 100.000 Wörterbücher. Die Gelder aus dem BMI kamen umgehend. Vergeben wurde der Auftrag für die Wörterbücher an das VDA-nahe Unternehmen "Interform" in Moskau, "obwohl laut Rechnungshof ein Einkauf bei Langenscheidt in Deutschland 638 400 Mark, der Druck bei einem Moskauer Verlag gar 1,2 Millionen Mark billiger geworden wäre" (ebenda).

Der Bericht des Bundesrechnungshofes sorgte im Sommer 1992 für einige Unruhe und hektisches Treiben im BMI. Denn laut "Verzeichnis der Beratungsberichte des Bundesrechnungshofes an den Haushaltsausschuß oder des Berichterstattes im Zeitraum 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992" ging der Bericht über die Prüfung der Zuwendungen an den VDA mit Datum vom 16.6.92 an den Ausschuß des Bundestages.

In der einen Tag später stattfindenden Sitzung des Ausschusses wollte die Bundesregierung die Spuren verwischen, mit Drohungen sollte der Rechnungshof eingeschüchtert werden.

Der Parlamentarische Staatssekretär im BMI, **Kroppenstedt**, führte u.a. aus, daß das BMI am Nachmittag des 15.6.92 erstmals von dem beabsichtigten Schreiben des Rechnungshofes erfahren habe. Diesem Verfahren habe das BMI sofort widersprochen. Daß trotzdem den Berichterstattern des Ausschusses der Bericht zugegangen sei, fände er, Kroppenstedt, "äußerst ungut", da er durch vage Behauptungen einen falschen Eindruck erwecke. Ähnlich äußerte sich der Abgeordnete Dr. **Klaus Rose** (CSU): Er warnte vor einer schnellen Vorverurteilung des VDA. Das BMI hatte unmittelbar zuvor in der Sitzung der Berichterstatter mitgeteilt, daß mit dem VDA "alles in Ordnung" sei.

Der bei der Haushaltsausschußsitzung anwesende Präsident des Rechnungshofes, Zavelberg, wies trotzdem darauf hin, daß eine kleine Organisation wie der VDA, der bisher nur 1 Millionen DM zur Verfügung hatte, nunmehr über mehrere Millionen Mark verfügt, zwangsläufig in Schwierigkeiten geraten müsse.

Obwohl später auch das BMI in Sitzungen des Haushaltsausschusses "gemachte Fehler" einräumen mußte, wurde in den Sitzungen des Haushaltsausschusses auf Betreiben der Mitglieder der Regierungsparteien die Kritik des Rechnungshofes am BMI und VDA als Anlaß genommen, dem Rechnungshof deshalb selber mit einer Prüfung zu drohen.

VDA - neofaschistisch durchsetzt

Der VDA hat nicht nur durch seine Vergangenheit, sondern vor allem durch seine inhaltliche Aufgabenstellung Mitglieder neofaschistischer Organisationen angezogen. Grenzlandsdeutschtum, deutsche Schutz- und Volktumsarbeit sind eben Eckpfeiler auch neofaschistischer Programmatik.

Der VDA zeigt großdeutsche Flagge, indem er nicht nur ein Netzwerk von deutschen Vereinen und Schulen über die ganze Welt zieht, sondern u.a. auch österreichische und südtiroler Organisationen in Führungsgremien einbezieht.

Auf dem VDA-Kongreß 1989 urteilte **Barthold Witte**, Leiter der Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik im Auswärtigen Amt, über die Deutschen im Ausland: "Ein Tabu, das nicht mehr existiert". Eines der Ziele der Politik deutschen Auslandstums müsse es sein, den ausgewanderten Deutschen dabei zu helfen, "die sprachliche und kulturelle Identität zu erhalten", denn, "die Bewahrung der eigenen Identität ist wichtig, ja lebenswichtig..." Ein anderes Ziel müsse "die Wiederherstellung geschlossener Siedlungsgebiete" sein. Denn: "Solche Gebiete sind schon deshalb wichtig, weil nur dort diejenigen Institutionen das nötige Umfeld haben, die eine nationale Minderheit zum dauerhaften Überleben braucht" (Globus 5/1989).

Ähnlich völkisch, in der Sprache etwas unbeholfener und dadurch etwas deutlicher, äußerte sich der Moskauer freischaffende Schriftsteller und Übersetzer, **Waldemar Weber**: "Die Völker bestehen jahrhundertelang, denn das wichtigste, weshalb sie sich als Volksgemeinschaft empfinden, ist die Verhaltensweise, die Lebensführung. (...) Dort, wo wenigstens ein paar Familien miteinander verkehren konnten, bewahrten sie ihre deutsche Identität. ... Eine Republik würde den Deutschen helfen, ihre nationale Identität zu bewahren, sie würde das nationale Selbstbewußtsein stärken und die Auswanderung bremsen" (Globus 4/1989).

Das "theoretische" Rüstzeug des VDA führt uns das Vorstandsmitglied **Rolf Sauerzapf** (Mitglied auch der rechtsextremen Evangelischen Notgemeinschaft Deutschlands und u.a Referent beim Hilfskomitee Südliches Afrika) näher. In seinem Beitrag "110 Jahre deutsche Schutz- und Kulturarbeit im Ausland" beschäftigt er sich hauptsächlich mit der - wohl heute immer noch für den VDA aktuellen - Entstehungsgeschichte des VDA. Danach gilt: "Zur Wirklichkeit deutschen Volkstums aber gehörten die verschiedenen Stämme, Mundarten, Brauchtum, Sitte und Traditionen" (Globus 5/1991). Sauerzapf ist daher auch entschiedenster Gegner der Einengung des Begriffs deutscher Staatsbürger. In seinem historischen Rückblick stellt er fest: "Dieses gesamtdeutsche Volks- und Kulturbewußtsein erfuhr durch die Schaffung des Bismarckreiches eine verhängnisvolle Einengung. Von vielen ‚Reichsdeutschen', die im Sog eines nationalen Liberalismus, der tragenden ‚Ideologie' des Bismarckreiches standen, wurde als Deutscher nur der betrachtet, der Bürger des deutschen Reiches war. Die neuen deutschen Farben Schwarz-Weiß-Rot brachten zunächst eine Einengung und Abgrenzung von den anderen Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen (ebenda)." Sauerzapfs Credo ist, "daß das volks- und kulturpolitische Anliegen der Schul- und Schutzvereine beziehungsweise des VDA nichts mit staatsbezogen-nationalistischen Bestrebungen zu tun hat" (ebenda).

Waffenschmidts Mitstreiter Sauerzapf empfiehlt dem Leser und der Leserin der VDA-Zeitung "Globus" *deshalb* auch das mehrbändige "Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums" (Breslau 1933ff) aus der NS-Zeit, in dem nicht nur akribisch *jedes* "deutsche Siedlungsgebiet" auf der gesamten Welt aufgeführt worden ist, sondern in dem auch ein widerlicher Antisemitismus propagiert und ein Bekenntnis zum nationalsozialistischen Staat abgegeben wird. Hier wird der völkische Größenwahn des Deutschtums und des Auslandsdeutschtums auf den Punkt gebracht.

Sauerzapfs Tiraden der Überwindung der "Staatsbezogenheit" ähnelt stark den nationalrevolutionären Ausführungen moderner Neofaschisten, sie zeigen aber auch sofort das ganze Ausmaß der Gefährlichkeit dieser Politik der "deutschen Schutzarbeit". Die Deutschen im Ausland werden hier ganz klar als Brückenköpfe einer expansiven und rassistischen Politik begriffen und eingesetzt.

Der zum Teil aggressiv vorgetragene Chauvinismus kam natürlich auch beim langjährigen Vorsitzenden des VDA, **Rudolf Aschenauer**, zum Vorschein. Er stützt sich in seinem im neofaschistischen Türmer-Verlag erschienenen Buch "Die Auslandsdeutschen. 100 Jahre Volkstumsarbeit. Leistung und Schicksal" auf den Österreicher Pernerstorfer, der schrieb: "Wir Deutsche gehören doch zusammen, und es muß jeder von Gottes und von Rechts wegen dem Stammesgenossen helfen, der in Not kommt, sein Heiligstes, sein deutsches Volksbewußtsein zu verlieren" (Aschenauer, Die Auslandsdeutschen, Berg 1981, S. 282).

Keine Frage, daß Aschenauer, wenn er die Probleme von 100 Jahren "deutscher Volkstumsarbeit" Revue passieren läßt, natürlich auch die Politik des faschistischen Deutschlands entlastet. "Wenn zwei Völker wie das deutsche und das polnische seit Jahrhunderten in engster Raumgemeinschaft leben, so geht das nicht ohne Spannungen und Zusammenstöße. (...) Das polnische Geschichtsbild mit seinen außenpolitischen Zielsetzungen ist mitentscheidend für die Ablehnung der Vorschläge Hitlers zur Lösung der Danzig- und Korridorsfrage..." (ebenda, S. 29). Ein Verein, in dem so einer lange Zeit Vorsitzender bleiben konnte, geht davon aus, daß die Polen nur ein Geschichtsbild haben dürfen, nämlich das der umfassenden Überlegenheit, sonst ...!

Wie schon oben angedeutet, betreibt der VDA eine enge Zusammenarbeit mit österreichischen und südtiroler Gruppen. Eine enge Verbindung bestand bzw. besteht zur "Gesellschaft der Freunde Südtirols", der "Stillen Hilfe für Südtirol", "Südtiroler Kulturinstitut, "Deutsch Europäisches Hilfswerk", "Deutscher Schulverein" (Wien), "Deutscher Kulturbund" (Wien), "Österreichische Landsmannschaft" (Wien).

Besonders interessant ist, daß derzeit Vertreter der Bundesregierung im Verwaltungsrat neben ausgewiesenen Rechtsextremisten sitzen. So ist im derzeitigen Verwaltungsrat der Vorsitzende der neofaschistischen Österreichischen Landsmannschaft, **Helmut Kowarik**, vertreten. Die Österreichische Landsmannschaft wird vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands als "wichtige und einflußreiche ideologisch-kulturelle Dachorganisation des deutschnationalen und rechtsextremen Lagers" charakterisiert (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, Wien 1981, S. 211).

1978 definierte Kowarik sein Verständnis von Volkstumsarbeit: "Unter Volkstumsarbeit verstehen wir die Erhaltung und Stärkung der geistigen Kräfte, die unsere Kultur getragen haben und zu deren Vernichtung unserer politischen und militärischen Ohnmacht sich notwendigerweise die kulturelle gesellen würde, wie der Altmeister der Schutzarbeit, Prof. Dr. Straka, gesagt hat" (zitiert nach, ebenda, S. 211).

Kowarik ist aber auch für den "Eckartboten", die Zeitung der Österreichischen Landsmannschaft, verantwortlich. Eine Zeitung, die "Volkstumsarbeit" heute noch antisemitisch versteht. So hieß es im "Eckartboten" über den Schriftsteller Härtle: Er unternimmt es, "das jahrtausendalte Phänomen der jüdischen Einzigartigkeit und der weltweiten Judengegnerschaft auf seine Grundtatsachen zurückzuführen. (...) Er weist nach, was den Juden die instinktive Feindschaft aller Völker eingetragen hat: der Auserwähltheitsglaube ihrer Religion (>Jahweismus<), ihre durch das Rabbinertum bewußt hochgezüchtete und bewahrte

blutsmäßige und geistige Inzucht, kurzum ihre völlige Andersartigkeit, die sie in jeder Umwelt als Fremdkörper erscheinen ließ". Und an anderer Stelle des Artikels wird der Antisemitismus als "natürliche Abwehrreaktion aller Wirtsvölker" bezeichnet (ebenda, . 88/89).

In der Ausgabe des "Eckartboten" wird die Vergasung von sechs Millionen Juden in deutschen KZs als "bösartige Propaganda" bezeichnet, die "der geschichtlichen Wahrheitsforschung in keiner Weise standhält" (ebenda, S. 120).

Bundesregierung nix gewußt nicht

Nun ist die Durchsetzung des VDA mit rechtsextremen Personen und Inhalten geradezu mit den Händen zu greifen; vorausgesetzt, man will dies. Die Bundesregierung jedoch ist bestrebt, diesen Sachverhalt zu leugnen. Als die PDS/Linke Liste in einer Kleinen Anfrage auf den Umstand hinwies und darüber Auskunft haben wollte, daß in den 70er Jahren ein Aufruf zur Mitgliedschaft im VDA und zur Unterstützung eines Schüleraustausches mit Chile in der neofaschistischen Zeitung "Nation Europa" erschienen war, da antwortete die Bundesregierung, daß dies laut Mitteilung des VDA "ohne Beauftragung und Wissen des VDA" geschehen (Bundestags-Drucksache 12/2455). Und überhaupt: Über den Einfluß von rechtsextremen Organisationen und Personen auf den VDA habe man "keine Erkenntnisse".

In einer Nachfrage darauf hingewiesen, daß diese Auskunft des VDA aber unglaubwürdig sei, da doch just in dem Zeitraum, als die Anzeigen des VDA in "Nation Europa" erschienen waren, dort der damalige VDA-Vorsitzende Aschenauer und der VDA-Verwaltungsrat **Peter Achtmann** publiziert hatten, behauptete der VDA steif und fest weiter, daß die Anzeigenaufgabe "ohne sein Wissen erfolgte". Und obwohl alle Kenner der Szene schmunzelten, behauptete die Bundesregierung, sie habe "keinen Anlaß, an der Richtigkeit dieser Auskunft zu zweifeln" (Drs. 12/3191). Und allen ist klar: Der VDA hätte Anlaß zu lügen, weil es um zig Millionen geht und die Bundesregierung selber hätte Anlaß, sich belügen zu lassen, weil klar ist, daß sie sich ihre Mittlerorganisation nicht sorgfältig oder ganz bewußt so ausgesucht hat.

Für letzteres spricht immerhin die Tatsache, daß der CDU-Bundestagsabgeordnete **Wilfried Böhm**, langjähriger VDA-Vorsitzender in Hessen, beim Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages 1978 ein Gutachten über "Auslandsdeutsche in aller Welt" in Auftrag gab. Dieses Gutachten stützte sich u.a. auf Artikel aus "Nation Europa" und die "Ekkart-Schriften". Böhm fand das Gutachten immerhin so gut, daß er es als Buch veröffentlichte.

Man kann darüber spekulieren, ob die Politik dieser Organisation in den Umbrüchen im Osten eine reale Bedeutung haben wird. Mit der Unterstützung dieser Organisation demonstriert die Bundesregierung allerdings, eine knallharte Volkstumsarbeit auf völkischer Basis und macht Ansprüche auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten geltend. Auch nicht ansatzweise würde sie sich ähnliches von der türkischen oder arabischen Regierung gefallen lassen.

Anton Maegerle

"Die Augen nach rechts."

Der "wertkonservative" Flügel der CDU ist erwacht.

"Mit der Gründung des `Deutschland-Forums' und sog. `Konservativer Gesprächskreise' wird innerhalb der CDU ein Prozeß sichtbar, der weniger hinsichtlich seines Ausganges als vielmehr ob seines späten Auftretens überraschen kann. Was von linksliberalen Jungunionisten als `letztes Aufgebot' bewitzelt und von linken Presse-Bengeln als `Volkssturm' aus den Reihen des Stahlhelmflügels abgetan wird, ist der wohl letzte Versuch einer überwiegend konservativen CDU-Basis, sich gegen die Sozialdemokratisierung der eigenen Partei zur Wehr zu setzen...

In Wirklichkeit sind die sich selbst als Wertkonservative bezeichnenden Unionisten die Mitte der alten Adenauer-CDU, während der einstige nationalkonservative Flügel der Union längst seine politische Heimat bei den Republikanern gefunden hat."

So der Kommentar von Rolf Schlierer, Kopf der baden-württembergischen REP-Fraktion im Landtag, -in der Dezember 1992/Januar 1993- Ausgabe der rechtsintellektuellen Postille "Junge Freiheit"- zum Erwachen des rechten Flügels der Union in Form von "Konservativen Gesprächskreisen" oder "Wertkonservativen Kreisen".

Ihren ersten medienwirksamen Höhepunkt erreichten diese Kreise, für die Koalitionen mit den REP kein Tabuthema mehr sind, mit der Gründung eines "Christlich-Konservativen Deutschland-Forums", das am 5.November 1992 auf dem Rheinschiff "Bonna" von 192 Gründungsmitgliedern, darunter elf Bundestagsabgeordneten und mehreren Landtagsabgeordneten, aus der Taufe gehoben wurde; mit dabei auch Gerhard Mahler (Esslingen/Baden-Württemberg), Staatssekretär außer Diensten, und Klaus Hornung, Politikwisssenschaftler an der Universität Hohenheim, der an der "Überwindung jener geistig-politischen Stickluft mitwirken (möchte), die heute in Deutschland weit verbreitet ist mit ihren Elementen des Schuldtraumas, der reeducation, des nationalen Selbsthasses und einer dummen Überschätzung von Ökonomie und technokratischer Machbarkeit."

Hauptgegner des rund 500 Mitglieder starken "Deutschland-Forums", in dessen Reihen auch Bauernverbandspräsident von Heeremann und der Ex-ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal wirken, sind -so der Brettener (Baden-Württemberg) Rechtsanwalt und Mitgründer Helmut Walther- die "Herz-Jesu-Marxisten" um Ex-Generalsekretär Heiner Geißler, die mit Unterstützung der Stasi die Macht in der CDU ergriffen hätten. In einem Rundschreiben des Forums (9.September 1992) -noch vor der offiziellen Gründung- wird Andersdenkenden in der CDU der Kampf angesagt: "Die fast unumschränkte Vorherrschaft der Prinzipien-Muffel in der CDU ist erstmals öffentlich angefochten - von einer kleinen Schar aufrechter und unerschrockener Christlich-Konservativer. Sie haben ihr Gesprächsforum noch nicht einmal gegründet, schon schallt ihnen parteiamtliche Verdammung entgegen. Das Wehgeschrei etablierter Funktionäre und smarter JU-Karrieristen in der Partei ist gewaltig - als sei der leibhaftige Gottseibeiuns in der Union aufgetaucht und bedrohe das eingespielte Establishment. ... Wir wollen Gegengewicht gegen die Macht der Prinzipien-Muffel und gegen die Sprachführerschaft der Parteilinken sein." Helmut Kohl, als "Parteilinker" bisher noch nicht in Erscheinung getreten, kontert beim Deutschlandtag der JU und erklärt: "Ich jedenfalls werde nicht zulassen, daß konservative Zirkel zu Formationen werden, die die innere Spaltung unserer Partei zur Folge haben könnten - das geht nicht!" - Worte, denen bisher keine Taten folgten.

Als Sprecher des Spaltpilzes "Deutschland-Forum", dessen Mitglieder sich nicht so richtig zwischen CDU/CSU und REP zu entscheiden wissen, fungieren der militante Abtreibungsgegner Claus Jäger und Rudolf Krause (beide CDU-MdB) und der sächsische CDU-MdL Wolfgang Nowak. Krause machte erstmals im November 1992 mit einer "Denkschrift zu nationalen deutschen Fragen" bundesweit Furore, in der er u.a. ausführte, daß "Asylwohnheime (..) keine frei zugänglichen Räuberhöhlen mehr sein" dürfen. Einige Zeilen weiter fordert er in seiner Denkschrift ein neues Pressegesetz: "Die politische Einäugigkeit der Presse, der staatszersetzende krankhafte Liberalismus dürfen nicht länger ungestraft Verleumdungen, Verdrehungen, Beleidigungen und Verhöhnung der deutschen Würde in der deutschen Presselandschaft verbreiten." In der Februar`93-Ausgabe der JF bekennt er sich zu deutschen Tugenden, die das Jahr 1945 unbeschadet überstanden haben: "Wir nach dem Kriege Geborenen sind Europäer unter Europäern und ein Volk, in dem Fleiß, Ordentlichkeit, Sauberkeit und moralischer Anstand noch etwas gelten."

Maßgeblicher Initiator des "Deutschland-Forums" ist neben Jäger und Wilfried Böhm

(CDU-MdB, Anführer der "Stahlhelm-Fraktion" in der CDU-Bundestagsfraktion), der zwischenzeitlich wieder abgesprungen ist, da er eine "Partei in der Partei" nicht mittragen wolle, Heinrich Lummer, früherer Innensenator Berlins. Lummer, einer von nur zwei Maastricht-Kritikern, die sich bei der Ratifizierung des Vertrags im Bundestag enthalten hatten, widersprach in der November-Ausgabe der JF dem CDU-Generalsekretär Peter Hintze, der die REP als rechtsextrem und undemokratisch bezeichnet hat und stufte diese dagegen als "Gesprächspartner" ein, "mit denen man -falls nötig und möglich- auch Koalitionen eingehen kann."

Die Bildung von "Konservativen Gesprächskreisen" oder "Wertkonservativen Kreisen" erlebt seit dem Frühjahr 1992 einen Boom ("Karlshorster Kreis" in Berlin, "Potsdamer Kreis", "Petersberger Kreis" in Hessen, "Konservative" Gesprächskreise in Stuttgart und Tübingen), den die CDU/CSU-Zentralen in Bonn und München kaum noch bremsen können. Aber auch in der unionseigenen Jugend rumort es gewaltig. Andreas Kalbitz, Mitglied im Bezirksverbandsausschuß der JU München, propagiert in der Juni-Ausgabe der JF den Aufstand gegen die Parteispitze: "Erst wenn weit mehr inhaltlich orientierte Streiter der nonkonformistischen Rechten mit/quertreiben, wird sich (..) (das) Fahrwässerchen stauen lassen, um als eine Flut der Erneuerung politische wie personelle Altlasten wegzuwaschen und -wenn nötig- zu ertränken, wenn, ja wenn bis dahin die wenigen Streiter dieser Couleur den verkommenen Gefechtsstand der Union nicht aufgeben und sich einer noch unverbrauchten politischen Kraft zugewandt haben."

Einen Monat vor dem indirekten Aufruf von Kalbitz, die Union zu verlassen, rief die JU Sachsen-Niederschlesien und Mecklenburg-Vorpommern einen "Diedrichshägener Kreis - Konservativer Interessenverbund" ins Leben, der nach Angaben des mecklenburgischen JU-Chefs Dirk Warning der Jugendorganisation "Orientierungshilfen bei der politischen Grundsatzarbeit geben" soll. Angestrebt wird "christlich-konservatives Gedankengut in der CDU, aber auch vor allem in der JU Deutschlands neu (zu) beleben, um wertkonservativen Wählern wieder eine politische Heimat zu geben." Programmatisch unterscheidet sich das Programm nicht einmal in Nuancen von REP-Gedankengut. Gegen "eine Liberalisierung des Eherechts" wird gewettert, die "Institutionalisierung gleichgeschlechtlicher Liebe ist (..)auf keinen Fall akzeptabel" und "Asylantragsverfahren sind soweit zu straffen, daß eine Abschiebung trotz sozialer und humaner Gründe möglich ist."

Das "Deutschland-Forum" mitsamt den konservativen bzw. wertkonservativen Zirkeln wird in den Unionsparteien und ihrem Jugendanhang einen zunehmenden Rechtsdrall auslösen, der noch bestehende ideologische Unterschiede zwischen Unionisten und den REP gänzlich verwischen könnte. CDU/CSU-REP-Koalitionen sind dann nur noch eine Frage der Zeit.

Raimund Hethey

Nur ein kleiner Schritt zum großen Sprung?

IG-Metall Funktionär auf dem Weg von der "Neuen Linken" zur "Neuen Rechten".

Auf dem letzten ordentlichen Gewerschaftstag der IG-Metall vom 10.-17. Oktober 1992 gab es heftige Kritik an dem neuen Mitglied der Grundwertekommission beim Hauptvorstand **Wolfgang Kowalsky**. VertreterInnen der gewerkschaftlichen Basis warfen ihm vor, Gedankengut publiziert zu haben, das ansonsten im Bayern-Kurier, der BILD oder der National-Zeitung des Dr. Frey zu lesen sei. Sie forderten eine Distanzierung des Kollegen Kowalsky von seinen eigenen und auch von anderen zitierten Thesen. Grund für ihren Protest fanden die GewerkschafterInnen in dem Bändchen "Rechtsaußen ... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken".

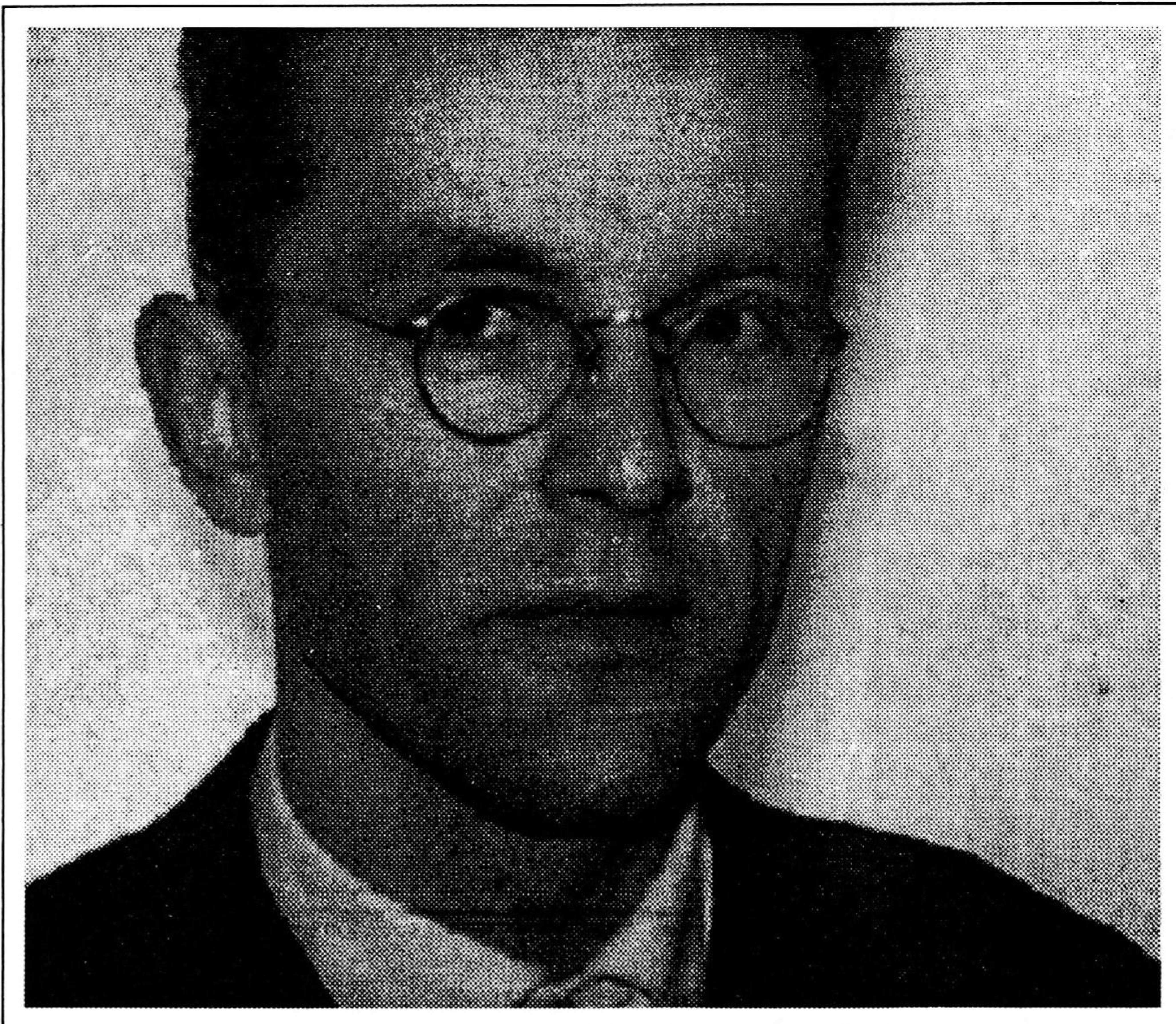
Darin hat Kowalsky nicht nur gründlich mit von ihm als links ausgemachten "Antifaschismusstrategien" aufgeräumt, sondern auch kräftig eigene GenossInnen denunziert. Die IG-MetalerInnen kritisierten besonders die Passagen, in denen Kowalsky mit lockeren Phrasen auf seinen Arbeitgeber eindreschte. "Gewerschaftliche Unvereinbarkeitsbeschlüsse", heißt es im Kapitel 'Die Psycho- und Ausgrenzungs-Strategie', "gegen Rechtsextremisten deuten darauf hin, daß der Gedanke, diese müßten von den 'anständigen' Gewerkschaftsmitgliedern ferngehalten werden, einige Verbreitung gefunden hat. Davon zeugen beispielsweise die entsprechende Entschließung vom 16. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG-Metall 1989 oder der Beschluß des Hauptvorstandes der IG Medien vom Oktober 1989." Nicht nur die Kritik an gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüssen wird nicht weiter begründet, sondern mit einem Bezug auf den Berliner Politologen Richard Stöss gestützt. Kowalsky's Forderung nach Gleichbehandlung von Anti-Faschisten und Faschisten zieht sich wie ein roter Faden durch den Band. Oftmals mündet sie in einer Gleichsetzung. Wer "Nazis raus!" ruft unterläge denselben "wahnhaften Bildern" wie derjenige, der "Ausländer raus!" brülle. Gewiß, das hat Kowalsky von den Grünen Antje Vollmer und Bernd Ulrich zusammenzitiert. Aber er fordert ebenfalls, daß Neo-Faschisten nicht ausgegrenzt werden dürften, zumal sie, so Kowalsky, auch noch "eigene Landsleute" seien.

Den BasisvertreterInnen der IG-Metall war auch die große Resonanz auf das Buch aufgefallen, besonders das positive Echo in den Blättern der Neo-Faschisten. Sowohl das auf Akademiker zugeschnittene Yuppie-Fascho-Blatt "Junge Freiheit" als auch die Vereinszeitung der heimattreuen Jugend und das ideologiebildende Magazin "Nation Europa" werben kräftig für den Band von Kowalsky. Der trieb sein Spiel inzwischen weiter und ließ sich von der "Jungen Freiheit" interviewen. In dem dann unautorisiert abgedruckten Gespräch wird ziemlich deutlich, welche Antifa-Strategie Kowalsky vertritt. Er möchte mit den Neo-Faschisten ins Gespräch kommen. Nur mithilfe solcher Dialoge scheint Kowalsky sein Ziel zu erreichen, das Verhältnis der Linken zur Nation zu verändern. Dererlei Anstrengungen sind nicht neu, ebenso wie die Versuche wesentlich klügerer Linker wie Radek, Remmele, Breitscheid und Erich Mühsam z.B., die in den zwanziger Jahren auf gemeinsamen "Rede-Turnieren" mit den Nazis ihrer Basis demonstrieren wollten, daß nicht Fäuste, sondern Argumente überzeugend seien.

Die Quittung erhielten sie ab 1933, die Kommunisten und Anarchisten zuerst, die Sozialdemokraten später. Aber wer nichts aus der Geschichte lernen will, wer wie Kowalsky die "Aufarbeitungsstrategie" verhohnepipelt, der kann in der Tat keine neuen Ansätze entwikkeln, sondern nur schmutzige Wäsche waschen.

Dreist war die Reaktion des IG-Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler auf die angemessen vorgetragene Kritik der KollegInnen. "Wenn noch einer über den Kollegen Kowalsky herfallen möchte", tönte er oberlehrerhaft ins Mikrofon, " dann bitte ich ihn doch, er soll das Buch mitbringen und mir die Zitatstelle zeigen, damit ich ihm auch die andere Zitatstelle zeigen kann, die es ihm nicht erlaubt, so zu agieren." Damit hat Steinkühler keineswegs widerlegt, daß Kowalskys Band eine Fülle von neo-faschistischen Gedanken enthält und die KollegInnen von der Basis haben Recht behalten: Kowalsky hat auch demokratische Gedanken geäußert. So hat er sich dafür ausgesprochen, die Repressionsmaßnahmen gegenüber "Rechtsextremisten" weder in Verbotsmaßnahmen noch in Gewalt enden zu lassen.

Der Feind steht eben links: Berufsverbote gegen KommunistInnen, 129a-Verfahren gegen autonome AntifaschistInnen usw.. Kowalsky versteht wenig von dem Gegenstand, den er in seinem Band mehr beschreibt als analysiert. Mit seiner Einschätzung des Organisationsgrades der Neo-Faschisten liegt er völlig falsch. "Die Angriffe auf Ausländerheime sind allerdings bislang nicht organisiert. Glückli-



Wolfgang Kowalsky, IGM-Funktionär auf dem Weg nach rechts?

cherweise existiert in Deutschland - im Gegensatz zu Frankreich und anderen Ländern - noch keine rechtsextreme Partei, die solche Stimmungen zu nutzen versteht. Diese Gefahr bleibt latent bestehen und ist solange nicht gebannt, wie die grundlegenden gesellschaftlichen Probleme existieren, die den Bodensatz bilden, auf dem Fremdenhaß wuchern kann." (S. 56) Der Hinweis auf Frankreich ist als Fingerzeig auf Kowalskys eigene Studie über die "Neue Rechte" in Frankreich zu lesen. Mit dem Band hatte sich Kowalsky ein Jahr vorher von seinem eigentlichen Arbeitsfeld, den Unternehmerstrategien in Frankreich verabschiedet und sich der großen Politik zugewendet. "Kulturrevolution? Die Neue Rechte im neuen Frankreich und ihre Vorläufer", lautete der Titel. In dem Band findet Kowalsky heraus, daß es eine "Kulturrevolution" von rechts gegeben habe. In seinem Schlußwort warnt er ausdrücklich vor dieser "Neuen Rechten": "Da die Neue Rechte sich nicht parteiförmig organisiert, sondern als 'Kulturrevolutionäre', die eine Strategie der Erringung 'kultureller Gegenmacht' verfolgen, oder allgemeiner als 'Kulturkampfprojekt', ist ihr Einfluß nicht an Wahlerfolgen ablesbar." (S. 192) Um die Gefahr der französischen Neo-Faschisten vom Schlage eines Alain de Benoist belegen zu können, holt Kowalsky sehr weit in der Geschichte Frankreichs aus. Von der "action francaise" als eigentlichem Vorläufer des Faschismus - eine alte Nolte-These, mit der das deutsche Bürgertum aus seiner Verantwortung für den Faschismus freigesprochen wird - über die Kollaboration des Vichy-Regimes mit den Nazis bis zu de Gaulle, Pompidou, dem Mai'68 und Mitterand führt sein Weg durch die Geschichte Frankreichs des 20. Jahrhunderts. Mehr als zwei Drittel des Bandes ist Aufarbeitung der Vergangenheit à la Kowalsky. Über die "Neue Rechte" findet sich nur wenig. Was Ernst Bloch noch den Betrug an der Kommune nannte, das Umdichten von Arbeiterliedern, den Diebstahl der Symbole, nennt Kowalsky verharmlosend "beerben". Er macht eine nebulöse Gefahr aus, eine Bedrohung für die parlamentarische Demokratie, die latent bestehen bleibe. Am bedrohlichsten sind für ihn die "Brücken nach rechts". Schon ein Jahr nach der öffentlichen Äußerung dieses gar nicht so falschen Gedankens baut Kowalsky, inzwischen bei der IG-Metall in Lohn und Brot, fleißig Brücken nach rechts. Seine neuesten Publikationen wie "Rechtsaußen..." und "Deutschland nur den Deutschen?" sind in Verlagen erschienen wie Ullstein und Straube, die als Förderer des "neurechten" (lies faschistischen) Gedankenguts bekannt sind. Lektor und Förderer von "Rechtsaußen" war niemand anderes als der Geschichtsrevisionist **Rainer Zitelmann**. Über die Zielrichtung der Straube-Unternehmungen gibt es auch keine Zweifel mehr. Mit dem Freund der französischen "Neuen Rechten", **Günther Deschner,** plante er große Projekte, allesamt nicht gerade mit dem Ziel, die Demokratie und die Gewerkschaften zu stärken. So findet sich Kowalsky in der munteren Mischung Straubescher AutorInnen neben dem Geschichtsrevisionisten und Verfasser der Präambel des REPUBLIKANER-Programms **Hellmut Diwald** oder dem CSU-Todesstrafenbefürworter Todenhöfer wieder. Der "nationalrevolutionäre" Straube-Verlag wird sich freuen, so einen exponierten Vertreter der Arbeiterbewegung in seinem Programm führen zu können. Hoffentlich hat er bei seiner Entscheidung nicht geglaubt, daß Kowalsky ein waschechter Bolschewist sei, den man mit durchtriebenen Nationalisten zusammenbringen muß, um an eine alte faschistoide Tradition anknüpfen zu können: Deutschland und Rußland gegen den Rest der Welt, hieß es damals. Zwar soll Kowaslky in den siebziger Jahren mit einer roten Fahne durch den Wedding marschiert sein, aber das ist Schnee von gestern und Bedarf weder einer Aufarbeitungs-, noch einer Repressions-, nicht einmal einer Psycho- und Ausgrenzungsstrategie und schon lange nicht der Aufklärungs-, Antikapitalismus, der Antirassismus- oder der Antinationalismus-Strategie. Alles Ansätze, die Kowalsky unter die verfehlten Strategien der Linken subsumierte, um sie dann zu dekonstruktionieren. Gegen Opportunismus ist wenig Kraut gewachsen. Was Kowalsky fehlt ist eine solide Kenntnis über den Faschismus, die sich nicht allein aus der Geschichte Frankreichs erarbeiten läßt. Eine gehörige Portion Analyse der bürgerlich-kapitalistischen und patriarchal strukturierten Gesellschaft könnte ihm mit der dazugehörigen Handlungsperspektive auf die richtigen Sprünge helfen. Ist all das im Moment bei der IG-Metall so schwer zu haben?

Greift ein, schaut nicht länger weg - Aktion Gelber Punkt

Eine Initiative von mutigen Menschen in dem Nauwieser Viertel von Saarbrücken setzt ein Zeichen gegen rassistische und sexistische Gewalt. Mit dem Gelben Punkt, einem PVC-Aufkleber, wollen sie den Opfern in der Bedrohungssituation zeigen, wo sie Hilfe finden können. Sie organisieren einerseits die direkte Hilfe in Form von Fluchtmöglichkeiten für bedrohte Menschen und versuchen andererseits darüberhinaus, das Verantwortungsbewußtsein durch die Auseinandersetzungen über diese praktische Solidarität bei den Mitbürgern zu entwickeln.

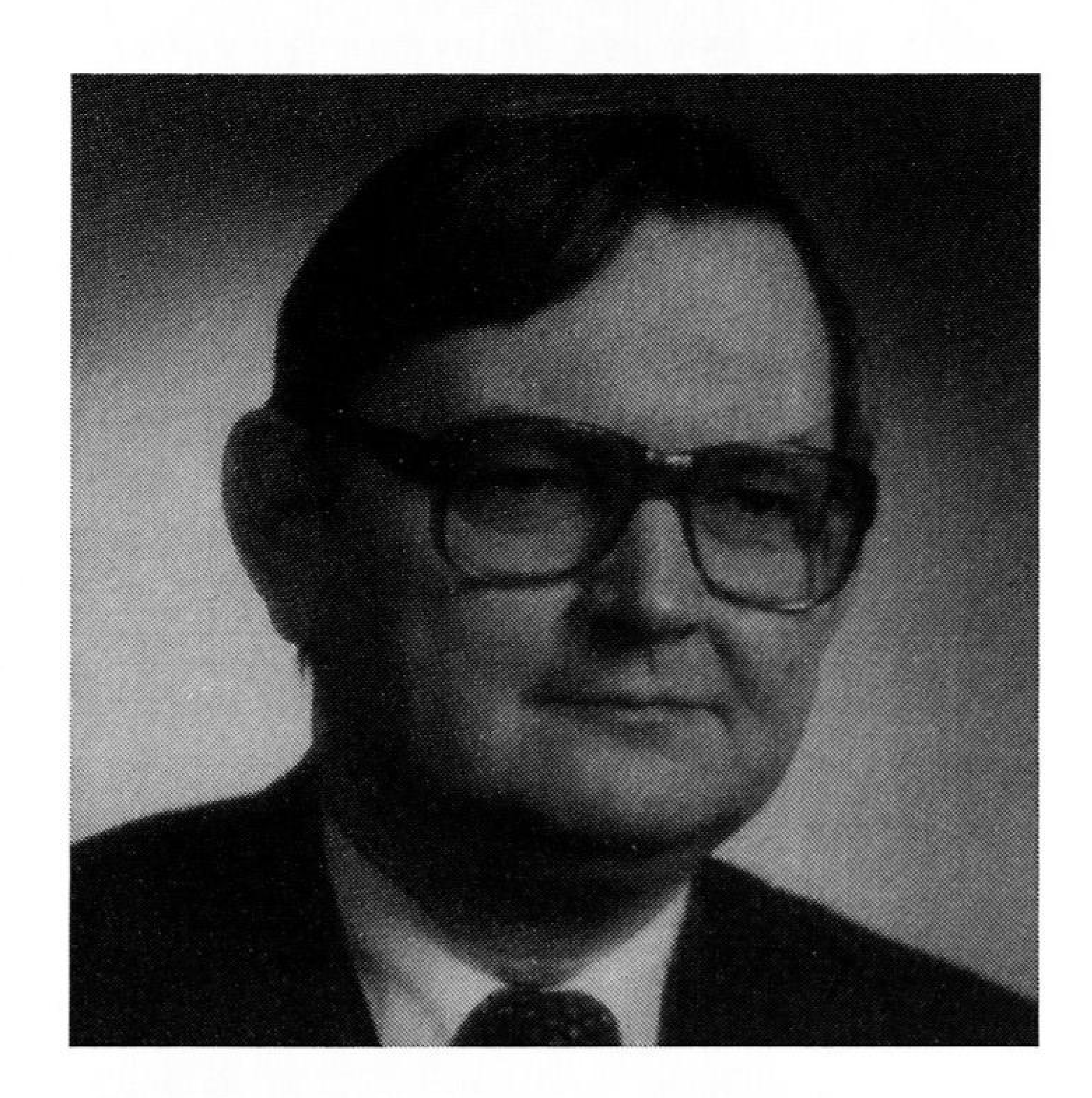
Die Fluchtmöglichkeiten sind so organisiert, daß beteiligte Geschäfte und Gasthäuser sich einen Gelben Punkt - von außen gut sichtbar - an eine Scheibe oder die Eingangstür kleben, der mit "Wir bieten AusländerInnen Schutz vor rassistischen Übergriffen" beschrieben ist. Mit dieser Form von "Erster Hilfe" soll den verfolgten und bedrohten AusländerInnen eine Fluchtmöglichkeit geschaffen werden; der Gelbe Punkt soll ihnen verdeutlichen, hier befinden sich Leute, die bereit sind, Schutz vor rassistischer und sexistischer Gewalt zu bieten. Zusätzlich wurden Handzettel in verschiedenen Sprachen ausgelegt und verteilt, die wichtige Punkte enthalten, die im "Ernstfall" zu berücksichtigen sind und praktische Anregungen geben, um auf diese Bedrohungssituationen vorzubereiten. Für die Initiatoren gilt es, langfristig das politische und soziale Klima in der Stadt zu verändern, denn wir alle sind verantwortlich dafür, "daß sich eine Stimmung breitmacht, in der Rassisten und Faschisten jeden Tag und an jedem Ort mit dem Zorn derer zu rechnen haben, die weder einen Herrn über sich noch einen Knecht unter sich haben wollen".

Nähere Informationen zu dieser Initiative sind über die **"Blattlaus-Druckerei, Försterstr. 22, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/ 372175"** zu erhalten.

Ulla Jelpke

Bundesverdienstkreuz für Geschichtsrevisionisten

In Österreich bezeichnet es der Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrum, Simon Wiesenthal, als einen "schweren Fehler", daß man "entweder geschwiegen oder die Angelegenheit als zu absurd angesehen" hatte, als "in neonazistischen Zeitschriften Stimmen laut wurden, die die Existenz der Gaskammern in Konzentrationslagern zum Zweck der massenhaften Tötung von Menschen bezweifelten" (Hrsg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bundesministerium für Unterricht und Kunst, "Amoklauf gegen die Wirklichkeit", Wien 1991, S. 5). Von derlei Sorgen geplagt ist man in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Im Gegenteil: Führende Vertreter des bundesdeutschen Geschichtsrevisionismus werden mit höchsten Würden ausgezeichnet. Die "neurechte" Zeitung "Junge Freiheit" meldet, daß der Leiter der "Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI), Dr. Alfred Schickel, das Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten habe. Die offizielle Begründung für die Verleihung ist - damit da auch ja kein Mißverständnis entsteht! - die Honorierung seiner Arbeit und seines Engagements gegen "Unkenntnis, Vorurteil und Desinformation" (Junge Freiheit, Dez.-Jan. 1992/93).



Dr.Alfred Schickel

Ohne Verdienstkreuz, aber nicht ohne weniger Anerkennung und Hochachtung, wurde die Arbeit Alfred Schickels und seiner ZFI vorwiegend in der neofaschistischen Presse und den Vertriebenenorganen gewürdigt. Besonders in der neofaschistischen Zeitung "Nation Europa" wurde Schickels Kampf gegen die "Desinformation durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges" hoch gelobt. Seinen Durchbruch in **diesen** Kreisen erreichte Schikkel, als er sich in der - ***selbst von der Bundesregierung*** als ‚rechtsextrem` eingestuften Zeitschrift "Deutschland in Geschichte und Gegenwart" (DGG) - mit "dem ungeklärten Ausmaß der jüdischen Opfer" (DGG 1/1980) befaßte. Zwei Jahre später nannte das damalige Mitglied der "Hochschulgruppe Pommern", Karsten Sarnow, Schickel den "Legendenkiller", der "bisher bereits einige hartnäkkige zeitgeschichtliche Legenden zurechtgerückt" hat (Nation Europa, 10/1982).

Die ZFI – geschichtsrevisionistischer Think-tank

1981 wurde in Ingolstadt die "Zeitgeschichtliche Forschungsstelle" gegründet. Sie leistete Pionierarbeit bei der Entschuldung des Hitler-Faschismus, schlug dabei aber trotzdem eine relativ gemäßigte Richtung ein. Schickel versuchte mit seiner Tätigkeit sowohl den Neofaschismus als auch den bundesdeutschen Konservatismus zu bedienen; die Braunzone dazwischen, das ist Schickels Metier. So können er und seine Mitarbeiter in neofaschistischen Theorieblättern genauso wie in der Vertriebenenpresse publizieren.

Die "Sudetendeutsche Zeitung" charakterisierte 1991 die ZFI anläßlich deren zehnjährigem Bestehen folgendermaßen: Die ZFI habe unter Leitung Alfred Schickels die "Historiographie aus dem Ghetto der Siegergeschichtsschreibung" herausgeführt. Schickel war dabei von "der Überzeugung durchdrungen, daß alles getan werden müßte, unsere deutsche zeitgeschichtliche Forschung zu abwägender Vernunft, Objektivität, Leidenschaftlosigkeit, pluralistischer Betrachtungsweise und den anderen traditionellen Richtlinien historischer Arbeit zurückzuführen. Denn bis zur Gründung der ZFI sind nach Ansicht der "Sudetendeutschen Zeitung" auf dem Gebiet der neueren Geschichtsschreibung "entscheidende Leistungen nicht von Fachhistorikern" erarbeitet worden, sondern von Angehörigen anderer Berufe oder "von Ausländern wie David Irving".

Laut "Sudetendeutscher Zeitung" kann die ZFI folgende Bilanz bei der Entlastung bzw. Relativierung der Verbrechen Nazi-Deutschlands aufweisen

- "sie widerlegten ein >Nürnberger Urteil< als krassen Justizirrtum,

- sie untersuchten anhand neuer Quellen die Kriegsursachen der Jahre 1938 und 1939, gingen der Vorgeschichte des Münchner Abkommens nach und verdeutlichten bislang übersehene Zusammenhänge,

- sie prüften die polnischen Verluste-Angaben nach".

Die "Forschungen" der ZFI hätten u.a. ergeben

- "daß Pearl Harbor ein provozierter und überdies im Weißen Haus erwarteter Schlag der Japaner war, um in den zweiten Weltkrieg eintreten zu können,

- daß der Göbbelschen Propaganda eine nicht minder gekonnte psychologische Kriegsführung der Alliierten gegenüberstand, die von bestimmten Resolutionen europastämmiger Amerikaner bis zur Lies-Factory der Briten reichte und noch in die Nachkriegsgeschichtsschreibung hineinwirkte,

- daß es zwischen den zwei Weltkriegen nicht nur zwei politische Seuchen in Europa gegeben habe, sondern jenseits des Bugs eine dritte Ideologie sich zum Angriff auf Mitteleuropa vorbereitet hatte und lediglich durch einen Präventivschlag vom ersten Schuß abgehalten wurde,

- daß der Papst gezielt in eine psychologische Kampagne gegen Deutschland einbezogen wurde und bewogen werden sollte, sich öffentlich gegen die Achsenmächte auszusprechen

- daß die vorab als >Überfälle< qualifizierten Feldzüge gegen Polen und die Sowjetunion nicht so überraschend kamen, wie dies nach dem Krieg verbreitet wurde,

- daß die noch teilweise geheimgehaltenen Papiere um Rudolf Heß und Tyler Kent die endgültige und genaue Kriegsverantwortung für den Zweiten Weltkrieg vorläufig nicht feststellen lassen" (Sudetendeutsche Zeitung, 14.6.1991).

Als letztes Beispiel für die Art der Anerkennung der "Schatzkammer zeithistorischer Erkenntnisse" eine Stimme einer anderen Gruppierung: Die 1984 besonders neofaschistisch durchdrungene Burschenschaftliche Gemeinschaft stellte in ihrem Heft "Burschenschafter und Nationale Identität" über Schickel ebenfalls fest: "Aus der bisherigen Arbeit der Forschungsstelle ist hervorzuheben ein >Gutachten zur Behandlung und zu den Verlusten sowjetischer Kriegsgefangener in deutscher Hand von 1941-1945< und eine Veröffentlichung >Zur Sinti-Frage: Merkwürdige Übertreibungen in der deutschen Zeitgeschichte<. Zu beiden Themen wurden durch Presse und Fernsehen falsche, maßlos übertriebene Horrorzahlen angeblicher Opfer verbreitet, denen die Forschungsstelle durch sachliche Forschungsergebnisse entgegengetreten ist" (Schriften der Burschenschaftlichen Gemeinschaft, Heft 4, Burschenschafter und Nationale Identität, Stuttgart 1984, S. 91).

Schickel hat mit seiner ZFI in den vergangenen Jahren sattsam bekannte neofaschistische Lügen über die deutsche Geschichte aufgegriffen und durch sein Wirken eine Rolle als Stichwortgeber des bundesdeutschen Geschichtsrevisionismus erhalten. Schickel tischt Geschichtslügen auf und munitioniert damit den Neofaschismus. Diese Art der Schickelschen Geschichtsbetrachtung soll dazu führen, so Professor Erich Schwinge auf der Frühjahrtagung 1991 der ZFI, daß "unser Volk" aus "einem Zustand der Selbstbeschuldigung,

Selbstdemütigung und Selbstverachtung" herausgeführt wird. Oder wie der militante Neofaschismus das formuliert: "Wahrheit macht frei".

Leugnung der Judenmorde

Der internationale Neofaschismus entwickelte vor allem seit den 70er Jahren verstärkt eine Kampagne zur Leugnung der massenhaften Ermordung der Jüdinnen und Juden während des Faschismus. Unter dem Kampfbegriff der "Ausschwitz-Lüge" treten hier verschiedenste Geschichtsrevisionisten an, die auf unterschiedlichste Art und Weise den Holocaust leugnen oder verharmlosen und damit den "Ruf des Dritten Reiches und ihrer Führer" wiederherstellen wollen. Die Morde in den Gaskammern des Konzentrationslagers Auschwitz, Symbol für die Massentötungen der europäischen Juden und Jüdinnen, werden von zahlreichen Revisionisten immer wieder gänzlich bestritten, bzw. die Zahl der getöteten Jüdinnen und Juden drastisch nach unten gesenkt.

Auch Alfred Schickel und seine ZFI bedient sich der gleichen Lügen und Legenden des bundesdeutschen und internationalen Neofaschismus, um die Zahl der in den KZs ermordeten Juden und Jüdinnen zu bestreiten. In den Unterlagen, die die ZFI verschickt, befinden sich Presseausschnitte aus der "Chicago Tribune" vom 22.9.1989 nach der die Zahl der jüdischen Opfer in Auschwitz auf 130.000 reduziert wird.

Gleichfalls befindet sich in diesen Unterlagen eine Liste der "Beurkundeten Sterbefälle von Häftlingen ehemaliger deutscher Konzentrationslager" des Internationalen Suchdienstes Arolsen, der dem Internationalen Roten Kreuz angegliedert ist. Nach dieser auch von Schikkel versandten Liste wird die Zahl der "registrierten Sterbefälle" in den KZs mit 373.468 angegeben. Genau mit diesen Zahlen versuchen die neofaschistischen Propagandisten die Massentötung der Juden in den KZs zu leugnen. Indem man den Eindruck erweckt, daß man offizielle Zahlen für die Behauptungen benutzt, soll die eigene Glaubwürdigkeit gesteigert werden. Daß das Rote Kreuz immer wieder darlegt, daß diese Angaben keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Zahl der Toten zuläßt, spielt dann keine oder nur eine untergeordnete Rolle (siehe dazu, Gustav Spann, Methoden rechtsextremer Tendenzgeschichtsschreibung und Propaganda, in: Amoklauf gegen die Wirklichkeit, a.a.O., S. 19 ff).

Mittlerweile geht Schickel sogar soweit, daß er die Authentizität der Protokolle der Wannsee-Konferenz anzweifelt. Die Absicht ist natürlich klar: Wer überhaupt auf die Idee kommt, in eine derartige Richtung zu forschen, der will natürlich mit der Infragestellung der Authentizität der "Wannsee-Protokolle" die planvoll und systematisch betriebene Vernichtung der Juden und Jüdinnen, die "Endlösung der Judenfrage" durch Nazi-Deutschland anzweifeln.

Starke Lobby

Die ZFI hat derzeit knapp 600 Mitglieder. Vorstandsmitglieder sind u.a. Professor Hellmut Diwald, der mit seinem Buch "Geschichte der Deutschen" Ende der 70er Jahre gleichfalls aus der "Siegergeschichtsschreibung" ausbrach und Heinz Nawratil, Spezialist im Aufrechnen der sogenannten "Vertreibungsverbrechen". Zur Erinnerung: Diwald hatte damals in diesem Buch knallharte neofaschistische Propaganda aufgetischt: "... es wurden jahrelang im KZ Dachau den Besuchern Gaskammern gezeigt, in denen die SS angeblich bis zu fünfundzwanzigtausend Juden täglich umgebracht haben soll, obschon es sich bei diesen Räumen um Attrappen handelte, zu deren Bau das amerikanische Militär nach der Kapitulation inhaftierte SS-Angehörige gezwungen hatte" (zitiert nach, Wolfgang Benz Hrsg; Legenden, Lügen Vorurteile, 1992, S. 50).

Das Schickel neben seiner "Forschungs"tätigkeit auch noch in den Redaktionen der neofaschistischen Zeitungen "Junge Freiheit" und "Europa vorn" saß, eine rege Referententätigkeit in der rechtsextremen Szene aufweist, ändert nichts daran, daß für die Bundesregierung "bisher kein Anlaß" besteht, die ZFI "als rechtsextrem einzustufen" (Bundestags-Drucksache 12/2268). Schickels Einbindung in die Vertriebenenverbände und die CSU ist für ihn ein wichtiger Schutz. Für das Bundesverdienstkreuz wurde er vom Bayerischen Ministerpräsidenten höchstpersönlich vorgeschlagen.

Die Bundesregierung unternimmt alles erdenkliche, Schickel vor antifaschistischer Kritik in Schutz zu nehmen. Daß Schickel in der Zeitschrift des bundesdeutschen Geschichtsrevisionismus, "Deutschland in Geschichte und Gegenwart", in der er häufig publiziert, die Zahl der von den Nazis ermordeten Juden und Jüdinnen in unerträglicher Art und Weise zur Disposition stellte, das Ausmaß des Holocaust total abschwächte - so warf er u.a. die Zahl von 1,5 Millionen in die Debatte, während er die Zahl von 6 Millionen ermordeter Juden und Jüdinnen als "Phantasiegebilde" oder als Zahl der "Sowjets" denunzierte - erkennt die Bundesregierung schon gar nicht mehr als den eindeutigen Versuch der Entlastung des Nationalsozialismus. Daß Schickel den Holocaust auch noch mit den Opfern der deutschen Heimatvertriebenen auf eine Stufe stellt, wird von der Bundesregierung auch nicht mehr als verwerfliches Weglügen der Einmaligkeit der Grauen des Hitler-Faschismus angesehen. Die Bundesregierung will in diesem "Legendenkillen" die rechtsextreme Absicht und Tat nicht mehr erkennen.

Schickel äußerte anläßlich des 10jährigen Bestehens der ZFI: "Der Rückblick auf die verflossenen Jahre stützt die Erwartung, daß die ZFI auch weiterhin als Sinnzeichen unbefangener Geschichtsbetrachtung verstanden und begleitet wird. Staat und Kommune haben dies in der Vergangenheit durch ihr Vergangenheit bekundet und damit auch beispielhaft dem Toleranz- und Pluralitätsprinzip unseres Grundgesetzes entsprochen. Sie halfen, daß die Zusicherung, nach welcher >Lehre und Forschung< in unserem Lande >frei sind<, überzeugte und schufen auf diese Weise die Voraussetzung für manches forscherliches Vorhaben und seinen Erfolg" (10 Jahre Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt - Erfahrungen, Erkenntnisse, Erwartungen).

Immerhin, Schickel befürchtet noch, daß der Pfad seiner geschichtsrevisionistischen Betrachtungen relativ schmal ist. Grund zur Sorge besteht nicht, Schickel hat keine Repressalien zu erwarten. Die Zeit ist danach, daß Leute wie er das Bundesverdienstkreuz bekommen...

Anti-Antifa

Die NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN) unterstützt Anti-Antifa-Initiativen der militanten Rechten. Im niedersächsischen Einbeck tauchten JN-Aufkleber mit der Aufschrift "Gegen Links! Anti-Antifa Für Deutschland" auf. Verantwortlich für die Aufkleber zeichnet ein G. Schulz aus Goslar.

JN-Chef bei Militanten

Wie erst jetzt bekannt wurde, nahm der niedersächsische Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, **Holger Apfel** an einer Veranstaltung des mittlerweile verbotenen "Deutschen Kameradschaftsbundes" in Petersfehn teil. Auf dem Podium neben **Winfried Arnulf Priem**, **Thorsten de Vries** und **Thomas Wulff** sitzend applaudierte er eifrig den dort gehaltenen Hetzreden.

Volk ohne Raum?

Dietmar Munier (Arndt-Buchdienst/Europa-Buchhandlung - Kiel), Initiator der "Aktion 'Deutsches Königsberg'", der seit Frühjahr 1991 mit revanchistischen Aktivitäten im ehemals nördlichen Deutsch-Ostpreußen bundesweit in die Schlagzeilen gerückt ist, hat gemeinsam mit dem Zollbeamten **Helge Redekker** die "Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen mbH" gegründet. Zweck der Gesellschaft soll die "Förderung des Baus von Siedlungen in Trakehnen/Ostpreußen sein". Die GmbH hat ein Stammkapital von DM 315.000,- A.M.

Nazis in Uniform

Alfred Biehle (CSU), Wehrbeauftragter des Bundestages, hat in Bundeswehrkasernen 59 Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund registriert. Daran beteiligten sich nach seinen Angaben 80 Bundeswehrangehörige, vorwiegend Mannschaftsdienstgrade und vier Offiziere. Elf Fälle davon sind abgeschlossen, die anderen werden noch untersucht. A.M.

Aufgelöst

Thomas Hainke ("Gauleiter Ostwestfalen-Lippe" der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front"), Initiator der "Westfalen Front", hat -im Gefolge der Verbotswelle rechtsextremistischer Organisationen durch den Bundesminister des Innern- die Auflösung seiner Organisation bekanntgegeben. A.M.

Carsten Meyer

Das beste Blut nach vorn...

Mit dem Regierungswechsel in Bonn einhergehend, führte die damit einsetzende konservative Wende zu einer Entwicklung, in deren Verlauf, neben anderen Anachronismen, auch das studentische Korporatationswesen eine Renaissance an den Hochschulen erlebte. Von diesem Trend profitierend, konnte sich an der einstmals fortschrittlichen Reformhochschule Kassel eine Burschenschaft etablieren, in der sich seit geraumer Zeit neofaschistische Tendenzen abzeichnen.

Im Dezember 1985 gründete ein von der "Vereinigung alter Burschenschaftler" initiierter "Förderkreis zum Aufbau einer studentischen Verbindung" die Kasseler "Burschenschaft Germania". Unter Vermeidung des Begriffs Burschenschaft hatte sich zuvor der Gesamthochschulprofessor **Dr. Klaus Harigel** im Namen des Förderkreises mit einem Flugblatt an die "Erstsemester" gewandt: Eine "studentische Gemeinschaft" solle gegründet werden, in der ihnen "konstruktive Freizeitgestaltung durch gemeinsame sportliche, kulturelle und gesellschaftliche Aktivitäten" geboten würde.

Heute ermöglicht die Germania rund 15 Burschen die ganze Spannbreite burschenschaftlicher Freizeitgestaltung. Zu den sportlichen Aktivitäten gehört die Mensur, der Zweikampf unter Studenten, mit degenähnlichen scharfen Waffen. Während des Kampfes versuchen die Duellanten, die durch Gesichtsmasken und andere Vorkehrungen vor schwereren Verletzungen geschützt sind, sich gegenseitig in ungeschützte Teile des Kopfes, etwa Wangen oder Stirn, zu hieben. Der Paderborner Soziologe Arno Klönne analysierte die Mensur wie folgt: "Die Mensur trainiert im eigenen Kreis, daß 'Kopfhinhalten', die Hinnahme - und die Narben dieses Vorgangs sind nach außen hin Symbol eines elitären Prestiges, es sind 'Standesnarben'. Die Tatsache, daß eine soziale Gruppe mitten im Frieden Blut vergießen darf, bezeichnet zudem für jedermann sichtbar die priviligierte Stellung dieser Gruppe".

Kulturelle und gesellschaftliche Aktivitäten der Germania finden fernab der blutigen Mensurböden im "Germanenhaus", dem Studentenwohnheim der Burschenschaft, statt. Laut Satzung des Trägervereins werden dort Veranstaltungen durchgeführt, die "die Verantwortung und Verpflichtung des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft" vertiefen sollen; Veranstaltungen mit Titeln wie "Der amerikanische Diebstahl geistigen Eigentums nach 1945", "Deutschtum in Chile", "Die deutsche kaiserliche Kriegsmarine und der Seesieg am Skagerak 1916" oder "Impressionen einer Grenzlandfahrt nach Ostpreußen". Dieser "bildungspolitischen Aufgabe" entsprachen aber auch die beiden Veranstaltungen, auf denen der Kasseler Oberbürgermeister Bremeier (SPD) 1992 und der Präsident der Gesamthochschule Kassel, Prof. Dr. Brinkmann, 1991 sprachen. Das "Highlight" des Jahres 1992 war jedoch der Liederabend mit dem Liedermacher **Frank Rennicke** im Germanenhaus. "Frank Rennicke! In seiner Person und in seinen Liedern hat die heimatverbundene deutsche Jugend - ja, haben wir alle, die wir es satt haben, tagaus tagein von einer mißtönenden linksmusikalischen Unkultur körperverletzt zu werden - das rechte musikalische Gegengewicht gefunden", heißt es in einer neofaschistischen Postille. Der Jugendführer der in der Tradition der "Hitlerjugend" stehenden "Wiking-Jugend", trägt sein nationales Liedgut, bzw. musikalisches Unvermögen, all jenen vor, die sich Deutschland "auf das Innigste verbunden wissen." Vielleicht spielte er am 13.11. bei den Germanen auch sein auf der LP erhältliches Lied "Warum bin ich bloß Soldat?" Im Text heißt es u.a.: "Warum bin ich bloß Soldat? So langsam es bei mir geklingelt hat: Damit Söhnchen 'Tischlein deck dich' hat. Deutsche Mädels als Dirnen im Türkenbad und weil manch einer verdammt kalte Füße hat, dafür bin ich nun Soldat. Auf, marsch, marsch, das beste Blut (R. meint seines - Anmerk. d.V.) nach vorn, für das Ziel, für Feindes Kimme-Korn."

Innerhalb der Burschenschaft zeigte sich nach dem Auftritt Rennickes vor allem die Altherrenschaft der Germania um den Ruf der Burschenschaft besorgt. Man wandte sich brieflich an den ehemaligen Fechtmeister der Verbindung, **Christoff Wiethoff**, und verlangte die Namen der für den Abend Verantwortlichen. Wiethoff, zur Zeit wohnhaft im Burschenheim der Gothia zu Berlin, antwortete prompt. In seinem Schreiben, abgesandt, laut Kopfzeile, aus der "Reichshauptstadt" und mit dem Motto "Alles für Deutschland" versehen, empfiehlt er dem höchsten Gremium der Kasseler Germanen, dem Konvent, sich "die Lieder von Kamerad Rennicke anzuhören, bevor man über sie urteilt". Dieses musikalische Erlebnis hatten die studierenden Mitglieder (Activitas) der Germania augenscheinlich dem Konvent voraus. Bereits vor der Terminfestsetzung für das Konzert habe die Aussicht, Rennicke nun auch "live" zu hören, innerhalb der Activitas "nicht nur Zustimmung" gefunden, sondern "regelrechte Begeisterungsstürme" ausgelöst. Laut Wiethoff hatte sich zum Liederabend ein Publikum eingefunden, weil man es immer noch selten auf burschenschaftlichen Veranstaltungen antrifft. Er schreibt: "Daß die Wiking-Jugend anwesend war, ist durchaus in sich stimmig. Sie hätte man auch nicht außen vor lassen können, da Kamerad Rennicke selbst engagiertes Mitglied in der WJ ist." Die Intention, die hinter dieser, ein bestimmtes politisches Spektrum ansprechenden Veranstaltung stand, verdeutlicht folgende Werbeanzeige: "Alles für Deutschland! Burschenschaft Germania Kassel sucht Kameraden und Kameradinnen zum Aufbau eines national-freiheitlichen Arbeitskreises". Erschienen ist sie bezeichnenderweise im Monat des Rennicke-Auftrittes in der "Jungen Freiheit", einer rechtsextremen Zeitschrift, deren Macher sich laut "TAZ" freuen, "trotz rechtsextremer Ideologie, Redaktion und Autorenschaft nicht Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes zu sein." (siehe auch RR Nr. 18)

Wie schon erwähnt, gab es Bestrebungen im Germania-Konvent, diesem allzu extremen Treiben Einhalt zu gebieten. Es scheinen sogar einige der Verantwortlichen bestraft worden zu sein. Die Tatsache, daß eben dieses Gremium zuvor die Einbindung der Germania in die von Nationalismus, Militarismus, Elitedenken sowie immenser Frauenfeindlichkeit geprägten "Deutschen Burschenschaft" durchgesetzt hatte, dem bedeutendsten völkisch geprägten burschenschaftlichen Dachverband, läßt die Vermutung zu, daß diese Strafen eher milde ausfielen. So konnte Wiethoff, obwohl er in seinem Schreiben vom 26. November noch geäußert hatte, daß er es befürworten würde, wenn das Kooperationshaus der Germania zum "Treffpunkt für alle national-freiheitlichen-akademischen Kreise" werden würde, eben dort schon kurze Zeit später wieder einen burschenschaftlichen Abend bestreiten. Seine "Impression einer Grenzlandfahrt nach Ostpreußen" sicherte ihm am 14. Dezember ein volles Haus. In seinem Dia-Vortrag berichtete Wiethoff von seinen Eindrücken in Polen und Kaliningrad, die er während einer Tour mit elf Burschen aus Berliner, Greifswalder und Marburger Burschenschaften gesammelt hatte. Mit der Reichskriegsflagge im Heckfenster eines ihrer Autos und immer bereit, mit dem mitgeführten Ostpreußenbanner zu provozieren, stieß die Gruppe bei Polen nicht gerade auf Zuneigung: "Wir hatten ungefähr eine Meute von 50 Leuten gegen uns, die die Reifen zerstechen wollten, den Lack zerkratzen wollten, Antennen abknicken. So daß wir ein paarmal schon gedacht hatten, daß wir unsere Paradeschlägel (Degen - Anmerk. d.V.), die wir mithatten, hervorholen müßten. Es ist wirklich so, es ist eklatanter Haß." Derartige Statements führten bei den anwesenden Füxen, Burschen und alten Herren der Germania zu keinerlei Widerspruch. Auch nicht bei dem ebenfalls anwesenden stellvertretenden Sprecher des Altherrenverbandes, Regierungsoberrat **Frank Dietrich Rensch**. Unter den Gästen der Germania fand sich an diesem Abend auch ein gewissen **Volker Gers**, seit kurzem "Neubürger" in Kassel. Vielleicht suchte das Bundesvorstandsmitglied des "Rings freiheitlicher Studenten (RFS)" dort nach Gleichgesinnten, die wie er "Freiheit für Königsberg" fordern. In einem Urteil des Amtsgerichts Münster (52 AK 770/80) heißt es über diesen Ring u.a.: "...daß eine personelle Verbindung des RFS zu neofaschistischen Organisationen und Parteien erkennbar ist, daß es sich bei dieser Verbindung um eine studentische Gruppe mit stark neofaschistischen Tendenzen handelt." (Stadtrevue/Köln/Jan.1987) Interessant ist auch, daß Gers 1987 Redaktionsmitglied der gerade entstandenen "Jungen Freiheit" war, dem Blatt, in dem die Germania Kameraden und Kameradinnen wirbt. Personen, die Gers im Burschenheim für seine neofaschistischen Zielvorstellungen zu begeistern glaubte, erhielten umgehend Post: "Wie ich es Dir ver-

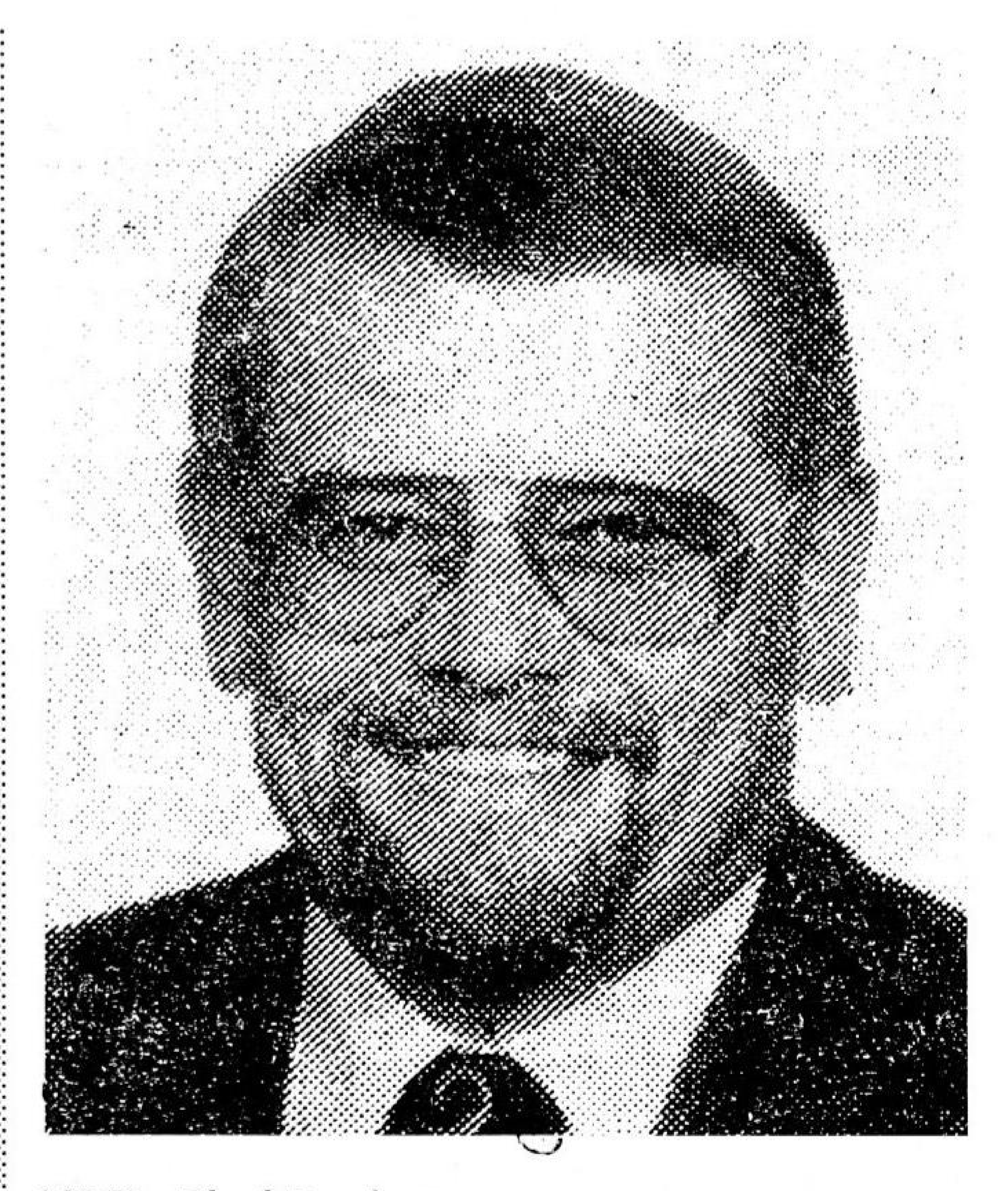
sprochen habe, anbei ein Gutschein für den 3-monatigen kostenlosen Bezug von 'Europa vorn'. Diese Zeitung kann ich empfehlen, vor allem, da ich den Herausgeber **Manfred Rouhs** sehr gut kenne. Die Zeitung mit der höchsten Auflage und dem höchsten Intellekt ist allerdings die 'Junge Freiheit'. Dieses Blatt ist ein absolutes Muß! Die Anschrift der 'JF' und einige weitere Adressen bekommst Du von mir nach Weihnachten. Bis bald, vorwärts für Deutschland! Viele Grüße, Volker Gers."
Gemeinsam engagieren sich Gers und Rouhs im RFS, dessen Generalsekretär Rouhs 1987 wurde. Sein Blatt "Europa vorn" stand zeitweilig der Partei "Die Republikaner" nahe, für die Rouhs auch in zahlreichen Funktionen tätig war.
Als "Fuxengehilfe des Kassenwartes" führte im Sommersemester 1992 die Germania den Wirtschaftsstudenten **Matthias Heumann** in der Liste ihrer Würdenträger. Für den April plant er eine Veranstaltung zum Thema "Freiwirtschaft" an der Hochschule durchzuführen. Der Begriff "Freiwirtschaft" ist die Bezeichnung für die wirtschaftstheoretischen Vorstellungen des deutschen Kaufmanns **Silvio Gesell**, deren Grundlagen sich in dem 1916 veröffentlichten Buch "Die natürliche Wirtschaftsordnung" dargestellt finden. Gesell wollte einen auf menschliche Hochzucht abzielenden Wirtschaftsprozeß schaffen, in dem "die großen Auslesevorrichtungen der Natur in voller Wirksamkeit bleiben". Damit "dem Tüchtigsten die Führung zufällt", plante er mittels Geld- und Bodenreform den "Zins, diesen ärgsten Schandfleck der bisherigen Wirtschaftsordnung, auszutilgen". So sollte erreicht werden, daß einzig Intelligenz und Charaktereigenschaften den Ausgang des Wirtschaftskampfes bestimmen. Wie viele seiner Zeitgenossen glaubte auch Gesell an die Vererblichkeit solcher Eigenschaften. In der Überzeugung, daß dadurch "die Menschheit von all dem Minderwertigen erlöst werden wird, mit dem die seit Jahrtausenden von Geld und Vorrecht geleitete Fehlzucht sie belastet hat", wollte Gesell die Fortpflanzung der Unterliegenden einschränken. In dem als "Kampf ums Dasein" gestalteten Wirtschaftsprozeß sollte kein soziales Netz den Fall dieser Menschen aufhalten, vielmehr sollte ihre fatale ökonomische Situation, so Gesell, sie "bei der Familiengründung, bei der Kinderpflege auf größere Hemmungen" stoßen lassen, was sich in eine geringere Nachkommenschaft umsetzen würde. Ebenfalls aus züchterischen Erwägungen wollte er die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen durch einen proportional zur Kinderzahl steigenden Geldbetrag, der Mütterrente, durchsetzen. Durch diese Rente würden "bei der Gattenwahl... die geistigen, körperlichen, die vererbungsfähigen Vorzüge statt des Geldsacks den Ausschlag geben. So kämen Frauen wieder zum Wahlrecht, und zwar nicht zum wesenlosen politischen, sondern zum großen Zuchtwahlrecht."
Daß der ehemalige Fuxengehilfe Heumann auch in den Fachschaftsrat (FSR) Wirtschaftswissenschaften gewählt wurde, ermöglichte ihm einigen Spielraum, für die "Freiwirtschaftslehre" zu werben. Als Autor des FSR-Organs "Ökomenta" versuchte er Interessierte für den Aufbau eines in dieser Richtung tätigen Arbeitskreises anzusprechen. Er ist jedoch nicht der einzige hochschulpolitische Aktive in der Burschenschaft. In dem Mitteilungsblatt der "Deutschen Burschenschaft", findet sich 1991 der Hinweis, daß Mitglieder der Germania Abgeordnete im Studentenparlament und im Konvent waren. Von besonderer Brisanz ist jedoch die Tatsache, daß der schon genannte Prof. Dr. Harigel, gegenwärtig Sprecher des Konvents, dem höchsten hochschulpolitischen Gremium der Gesamthochschule, ist und zeitweilig auch die Berufskommission des GhK-Präsidenten leitete. Als Vorsitzender des Trägervereins des Kooperationshauses, der als gemeinnützig anerkannten "Gesellschaft Germanenhaus e.V.", verfügt er über das Hausrecht und dürfte somit auch rechtlich für die Auftritte von Rennicke und Wiethoff verantwortlich sein. Sein Stellvertreter in dieser Position, Regierungsoberrat Frank Dietrich Rensch, der für die Kontaktaufnahme mit der Burschenschaft in Anzeigen und Artikeln seinen Dienstanschluß im Kasseler Lastenausgleichsamt angibt, würde dann diese Verantwortung mit ihm teilen. ◪

Susanne Wolf

Prozeß gegen NPD-Vorsitzenden Deckert

Vom 9. bis zum 13. November 1992 stand **Günter Deckert** vor der 4.Strafkammer des Landgerichts Mannheim. Angeklagt war der NPD-Vorsitzende Deckert wegen Volksverhetzung, Verleumdung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Juristisch formuliert: "Die Tat ist ein Vergehen, strafbar gem. 130 Nr.1 und 3, 186, 189, 194, 25 Abs. 2, 52 StGB." Hintergrund des Strafverfahrens war eine revisionistische Veranstaltung am 10.November 1991 im nordbadischen Weinheim/Bergstraße mit **Fred A. Leuchter**. Der vorgeblich nicht-öffentliche Vortrag des Fred Leuchter wurde sowohl von einem Team des Südwestfunks als auch von einem namentlich nicht genannten "Kameraden" in Wort und Bild festgehalten. Bilder, die die Verfahren gegen Deckert und Leuchter - gegen ihn wird getrennt ermittelt - erst ermöglichten. Bilder einer Veranstaltung, "in welcher Leuchter", so die Anklageschrift, "über seine 'Forschungsarbeiten in Polen' sowie über den 'Gaskammermythos und die Verfolgung durch die Juden bis zum heutigen Tage' in englischer Sprache 'referierte'".

Das Auftreten Deckerts vor Gericht verdient besondere Erwähnung. Der ehemalige Oberstudienrat Deckert war von Prozeßbeginn an polternd, laut, herrisch, beleidigend, aggressiv, bisweilen am Rande des Cholerischen. Einerseits behauptete Deckert von sich, kein Fachmann, sondern ein zeitgeschichtlich interessierter Laie zu sein. Und als ebensolcher Laie wollte er lediglich Leuchter einem ebenfalls interessierten Publikum zugänglich machen. Doch derselbe Deckert, der sich als "kleines Licht" darzustellen versuchte, ist Vorsitzender des NPD-Arbeitskreises "Identität und Geschichte", was als Umschreibung für Revisionismus gelten kann. Derselbe Deckert gilt im März 1992 der Bundesregierung zusammen mit **Bela Ewald Althans** und **Thies Christophersen** als "führender deutscher Revisionist". Im Februar 1992 wird der NPD-Vorsitzende Deckert wegen seines revisionistischen Engagements vom achtzigjährigen Altnazi **Otto Ernst Remer** in dessen "Remer-Depesche" gelobt. Derselbe Deckert bramarbasierte vor Gericht mit seinen vielfältigen Aktivitäten, verwies auf sein "Kurpfälzer Forum", wo in den vergangenen Jahren zahlreiche Revisionisten, unter ihnen auch **David Irving**, in Räumen der Stadt Weinheim auftreten konnten.



NPD-Chef Deckert

Am letzten Verhandlungstag führte Staatsanwalt Hans-Heiko Klein ein Schreiben des Bundesministeriums der Justiz vom 4.Februar 1991 zum "Leuchter-Gutachten" ein. Veröffentlicht wurde dieses dritte Schreiben des BMJ zum "Leuchter-Gutachten" letztes Jahr in der März/April-Ausgabe des "Rechten Rand". In dem Brief des Justizministeriums heißt es über den "Leuchter-Report" unzweideutig: "Zutreffender wäre es gewesen, die Bezeichnung 'wissenschaftliche Untersuchung' nicht zu gebrauchen. Dies ist auch richtiggestellt worden. Leider hat der Adressat des damaligen Schriftwechsels die Richtigstellung nicht zur Kenntnis genommen bzw. zur Kenntnis nehmen wollen." Zur gleichen Einschätzung der Revisionisten gelangte auch Staatsanwalt Klein in seinem Schlußplädoyer: "Unverbesserliche Leugner wird kein Argument überzeugen." Während Staatsanwalt Klein eine Strafmaß von zwei Jahren forderte, verurteilte der Vorsitzende Richter Dr. Jürgen Nußbruch Deckert zu einer einjährigen Bewährungsstrafe und einer Geldstrafe in Höhe von 10.000 DM, zu zahlen an eine "Stiftung Europäisches Naturerbe". Zudem verfügte der Richter den Einzug aller Videokassetten der Veranstaltung. Über die sowohl von Staatsanwalt Klein als auch von Deckert beantragte Revision wird in Kürze entschieden.
Seine revisionistischen Aktivitäten wird Deckert der Bewährungsstrafe zum Trotz fortsetzen. Für den 9.Mai hat er sein 13. "Kurpfälzer Forum" in Weinheim angemeldet.

Michael Steiner

"NATION" gibt sich die "Ehre"

Ein Ex-Rep, ein Ludendorffer und ein Alter Herr des Coburger Convent

Im Verlauf des ersten Frühlings der Republikaner erschien unter der Federführung von Harald Neubauer und Franz Glasauer eine Monatspostille, "Credo" genannt. Der Zeitschrift schien kein guter Stern bei der Gründung geleuchtet zu haben, bereits in den Querelen im Winter 90/91 kam das Aus. Doch schon im März erschien dafür "Nation", das geplante Titelbild der Februarnummer von Credo auf dem Umschlag. Der neue Chefredakteur, Adrian Preißinger, erklärte flugs, warum die Credo/Nation-Ausgabe im Februar nicht erschien. "Verantwortlich hierfür sind die personalpolitischen Schiebungen bewährter Intriganten. Von dieser skrupellosen Clique konnte sich unser Redaktionsstab lösen." Mehr wurde nicht verraten.

Mit Schimpf und Schande über Schönhuber und Konsorten hielt sich NATION über Wasser. Vom Redaktionskollegium des Sommers 1990 sind lediglich Georg Schmidt und Michael Damböck übrig geblieben (der dafür in jeder Ausgabe für "Pen Tuisko Briefe für deutsche Heiden" Werbekarten unterbringt). Nation suchte neue/alte Männer und fand sie. Da schmiert in reiner Nazi-Manier Leon Degrelle, Kommandant der SS-Division Wallonie, wie er mit Stolz feststellt, einen Aufruf an die deutsche Jugend hin (4-5/92), um die Kriegsschuld erneut zu klären. "Jenes Krieges, der 1939 Europa von degenerierten bolschewistischen Zionisten, die sich der Unterstützung ihrer heißhungrigen hyperkapitalistischen Rassegenossen über dem Großen Teich sicher sein durften, aufgezwungen wurde." Weiter geht's noltemäßig mit dem "übergroßen Bürgerkrieg", dem heroischen Kampf für's Vaterland und Europa und dem Archipel Gulag, durch den "die Grausamkeiten entstanden" wären. KZ's, alles "demokratische Propaganda", alles Unsinn. "1945 haben wir einen Krieg verloren, ... Aber ein Krieg ist nur eine Etappe. Das, was zählt, ist die letzte Runde. ... Der Sieg gehört den Treuen, denen, die bis zuletzt kämpfen."

Da findet der JN-Bundesvorsitzende Erhard Hübschen, das "NATION unabhängig und ohne Rücksicht auf konsensuale Sprachregelungen und taktische Zweckmäßigkeiten informiert" und darf als Zugabe gleich das "Frankfurter Manifest" der JN im vollen Wortlaut unter der Rubrik "Die Rechte hat das Wort" nachschieben (2/92). Der Bremer NPD/DVU Bürgerschaftsabgeordnete Karl-Heinz Vorsatz gibt ein Interview, Gerhard Tempel von den Republikaner fordert dazu auf, endlich die "Rückgabe ... Nord-Ostpreußens mit Königsberg zu verlangen" (3/92), als Bedingung für Hilfsleistungen an die GUS.

Die Beispiele ließen sich verlängern. Die ehemalige Rep-Zeitung suchte Anschluß an das national-sozialistische Lager und fand ihn.

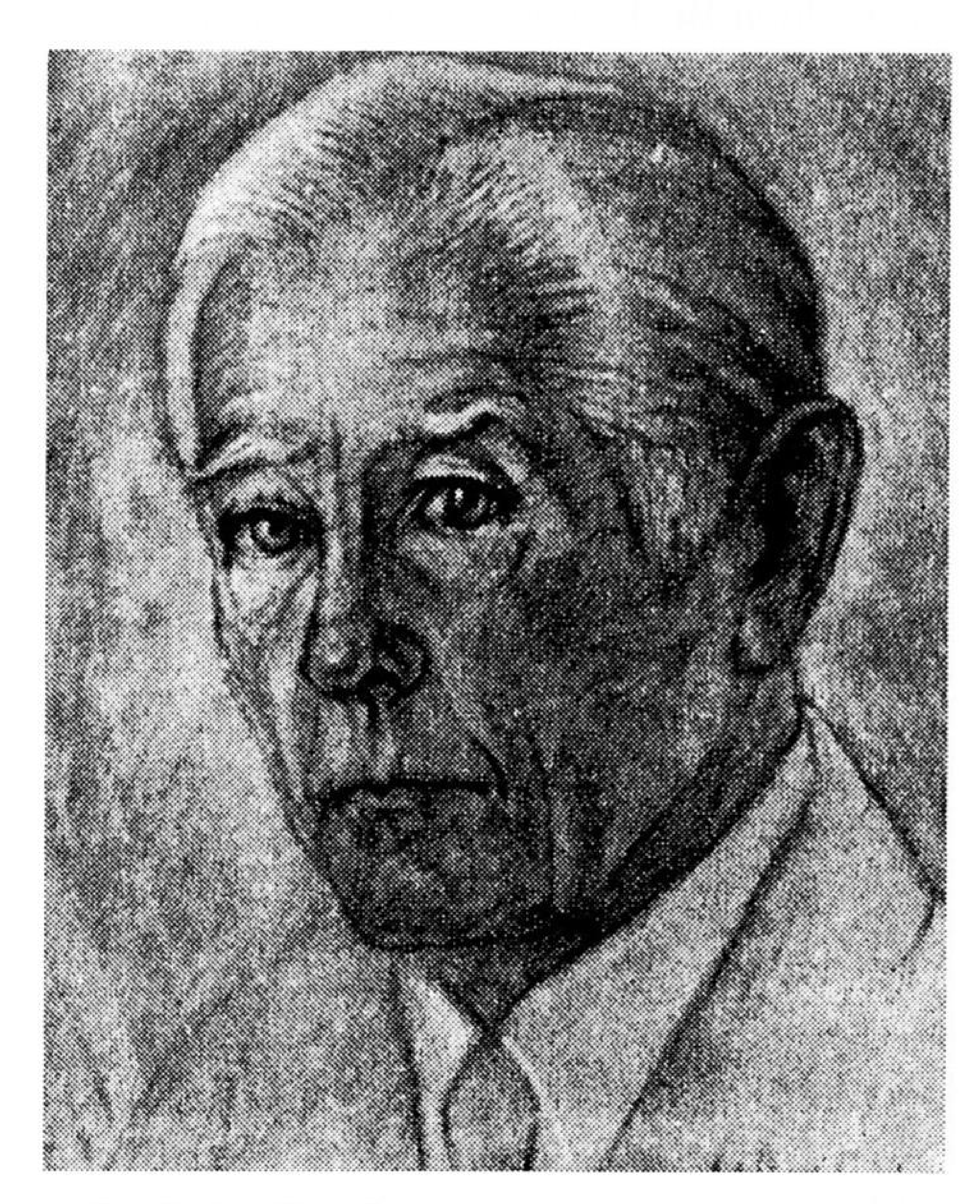
Nur ein Problem drückte den wackeren Chefredakteur und Verleger Preißinger, das Geld bzw. das nicht vorhandene in seinen Taschen. Denn wer als rechter Nationaler eine Zeitung erstellt, der will auch davon leben und sicher nicht schlecht. Darum jammert er in einem Bettelbrief vom März '92 den Abonnenten die schlimme Lage vor. "Wenn uns jeder Abonnenent einen Zwanziger oder sogar einen Fünfziger oder sogar... senden würde, dann versprechen wir ihnen zwar nicht das Braune vom Himmel" aber weitermachen wolle er dann schon. Es scheint nicht gefruchtet zu haben, die Abonnenten behielten ihr Geld, und Preißinger verkaufte seine Zeitung an Roland Bohlinger, der sich in Nr. 6/92 als neuer Verleger vorstellte. Auch er wollte gleich ans Geld der Leserschaft. Wenn das Abo um 10 DM erhöht und jeder Leser nochmals 20 DM spenden würde usw. usw., dann hätte "NATION nach zehn Jahren - natürlich rein rechnerisch - 250.000 Abonnenten." Vorher sollten noch fleißig Partenschaftsabo's und Mitgliedschaften im Freundeskreis für weitere 25 DM im Jahr übernommen werden. Macht für den wakkeren Abonnenten zusammen 2 Abo's 172,-DM, 20 DM Spende, 25 DM Mitgliedsbeitrag, jährlich 217 DM. (Nebenbei erklärt Degrelle, wie es mit seinem Freund Hitler damals zuende ging: "'Ich war Europas letzte Chance', erklärte am 30. April 1945 ein Mann, bevor er mit der Würde eines Sokrates starb.")

Mit Bohlinger kam einiges auf die alten Abonnenten zu. Erst einmal überschwemmte er sie mit nicht bestellten Büchern aus seinem "Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur". Das meiste waren Nachdrucke wie Erich Ludendorff's "Wie der Weltkrieg 1914 'gemacht' wurde", antisemitisches wie Othmar Krainz "Das Judentum entdeckt Amerika" von 1938, alles zu wissenschaftlichen Zwecken nachgedruckt, versteht sich. Oder es gibt ein "Gutachten zur Frage der Echtheit des sogenannten Wannsee-Protokolls und der dazugehörigen Schriftstücke", von Bohlinger und Johannes Ney (hat "Reizwort Rasse" geschrieben, verlegt bei Grabert).

Während NATION immer unregelmäßiger erschien, die Abonnentenrechnung für 1993 mit der Bitte um baldige Bezahlung gar vor der November-Ausgabe '92 den Verlag verließ, trommelte Bohlinger unablässig um Spenden. Der gerade angemietete Bauernhof des Verlages solle verkauft werden, und da gelte es, das gute Stück zu kaufen, für Bohlinger versteht sich. Doch die Kosten laufen davon. Allein im August '92 seien neben den "Abonnenten und sämtlichen Kunden des Verlages auch rund 8.500 Probeheftbesteller zu beliefern. Die Kosten betragen rund 45 000 DM." Die Zeitschrift verkommt dabei immer mehr zu einem persönlichen Verkündungsorgan Bohlingers. Offener Brief an Biolek, Offener Brief an "blick nach rechts", Serie "Die Vernichtung des Holocaust-Syndroms" usw..

Da wird dann auch noch Ende 1992 der Chefredakteur Preißinger wegen Volksverhetzung zu 6 Monaten Gefängnis auf Bewährung und 3000 DM Geldstrafe verurteilt. Weshalb er mit einem weiteren Brief nun auch die verarschte Leserschaft zu weiteren Spenden aufruft "Übrigens, wer sich in nationaler Solidarität an den Straf- und Prozeßkosten beteiligen möchte... Ich bin so frei...", so schreibt Preißinger in einem Begleitbrief zur November-Ausgabe.

Einen neuen Redakteur kann die Zeitung bei Bohlingers Einstieg auch begrüßen. Es ist der Alte Herr des Corps Teutonia Heidelberg (Coburger Convent), Dr. Fritz Hippler. Hippler war Ende der zwanziger Jahre in den NSDStB eingetreten und später unter Goebbels Reichsfilmintendant. 1940 entstand unter seiner künstlerischen Leitung das Machwerk "Der ewige Jude". Neben Publikationen in Nation Europa lies er in der Verbandszeitung CC-Blätter im Frühjahr 1991 seine jungen Burschen wissen: "Wegen möglicher Störungen auf die drei Strophen verzichten? Wer das ernstlich in Betracht zieht, sollte hinfort nicht mehr singen 'Burschen heraus', sondern 'Burschen, bleibt drin'." Es geht um die Hymne der Deutschen. Jetzt schreibt der gealterte Antisemit in NATION "fachmännisch" über die Glotze.



Dr. Fritz Hippler

Bleibt nur anzumerken, daß NATION bis zum Frühjahr in Bayern erschien und dort immer noch ihre Redaktion hat. Wer im bayrischen Verfassungschutzbericht unter rechtsextremistischen Verlagen nach der Zeitung Ausschau hält, wird enttäuscht. Das Machwerk ist dort nicht verzeichnet. Liegt es daran, das den Bayern der Abo-Preis zu hoch war oder will die von Verbindungsstudenten durchsetzte Ministerialbürokratie des Freistaates Bayern dem alten Herrn Hippler den Eintrag nicht gönnen?

Eine interessante Kombination bleibt es allemal, der Ex-Rep Preißinger, der Ludendorffer Bohlinger und der Verbindungsstudent Hippler. Die neue, nationale Koalition?

Hermann David

Ein Leben für die Lüge

Ein bundesweit agierender Nazi mit eigenem Verlag, mit internationalen Verbindungen und mit langjähriger Erfahrung im organisatorischen Gestrüpp faschistischer Infrastruktur der BRD: Die Rede ist von Udo Walendy und seinem "Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung" in Vlotho an der Weser. Sein Leben hat er mit Unermüdlichkeit dem Versuch gewidmet, die Verbrechen der Nazis als verlogene Greuelpropaganda darzustellen. So ist er inzwischen zu einem der führenden Köpfe des bundesdeutschen Revisionismus aufgestiegen.

Udo Walendy erblickte am 21. Januar 1927 das deutsche Licht der Welt. Als Diplompolitologe durchlief er einige kurze Stationen beruflicher Tätigkeit, bis er sich schließlich vollberuflich der Nazi-Propaganda widmete. Im Kreis Herford leitete er einst die Volkshochschule und war auch mal Geschäftsführer bei einem Arbeitgeberverband.

Als 1964 die "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) durch den Zusammenschluß verschiedener Nazi-Gruppen gegründet wurde, gehörte Walendy dem ersten Parteivorstand an, kandidierte für die NPD zum Bundestag und wurde als deren Chef-Ideologe gehandelt. Bis in die 70er Jahre hinein fungierte er auch als NPD-Landesvorsitzender von NRW.

Seine Aktivitäten im Rahmen der NPD setzte er auch nach Beendigung seiner Funktionärstätigkeit fort, jedoch ging es ihm mittlerweile um die stärkere Zusammenführung verschiedener Nazi-Fraktionen. Für Walendy war das gemeinsame faschistische Anliegen, hier vor allem die Leugnung der NS-Verbrechen, wichtiger geworden, als nur ein eingleisiges Parteiinteresse. Beispielsweise machte er sich dafür im September 1981 auf die Suche nach inhaltlichen Gemeinsamkeiten zwischen taktisch unterschiedlich vorgehenden Nazi-Gruppen wie der NPD und der zu diesem Zeitpunkt schon verbotenen "Volkssozialistischen Bewegung/Partei der Arbeit". Man traf sich dazu in Hannover und Walendy war der Referent des Abends.

1963 gründet Walendy seinen "Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung" mit Sitz in Vlotho an der Weser, den er bis heute betreibt. Mit seinen jahrelangen Immobiliengeschäften dürfte er den finanziellen Grundstock für diesen Verlag gelegt haben. Hier bietet er Bücher, Hefte, Landkarten ("mit den völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches"), Tonkassetten und Videos an, die vornehmlich den verbrecherischen Charakter des Nazi-Systems leugnen. Aber auch Ideologie-Produktion betreibt Walendy mit Hilfe seines Verlages, denn wie so viele Nazis, ist auch Walendy Anhänger esoterischer Ideologien. Der Irrationalismus bietet halt die besten Möglichkeiten, sich und seine Meinung als besonders schlau und wertvoll zurechtzulügen.

Ein anschauliches Beispiel dafür sind die 5 Bände von "Die Weltanschauung des Wissens", die Walendy zwischen 1969 und 1988 selbst verfaßt und herausgegeben hat. Großkotzig gibt er an, "in neue Erkenntnisbereiche der Naturwissenschaft" vorgedrungen zu sein. Grundlage ist dabei Walendys Behauptung, der Mensch sei "ein Energiepotential, das auf Richtungsveränderungen strahlender Körper im All, vornehmlich der Planeten, reagiert." Doch nicht nur bei üblicher Sonntags-Zeitungs-Astrologie versucht er es hierbei zu belassen, sondern behauptet, durch "präzise Forschungsanalysen" einen Weg "zur Entdeckung bisher unbekannter Planeten" aufgetan zu haben. Außerdem habe er durch die Betrachtung "von Anlage, Wille, Schicksal, Schlaf, geheimnisvoller Elektrizität im menschlichen Organismus, Gehirn und Nervensystem bis hin zur kosmischen Konstellationsvererbung" ein "Untersuchungsfeld erschlossen, das völlig neue Dimensionen eröffnet."

Band 4 dieses esoterischen Gebräus befaßt sich "ausschließlich mit den Schicksalssternen Adolf Hiltlers."Eines seiner weiteren Haupt-(Mach-)Werke ist das 1964 erschienene Buch "Wahrheit für Deutschland", das er jahrelang ungestört vertreiben konnte. Erst nach 15 Jahren kam es zu einer Indizierung. Bis dahin wurden allerdings allein 20.000 Taschenbuch-Exemplare bei "Kölle-Druck", einer Firma des ehemaligen Batteriechefs der SS-Division "Hitler-Jugend", **Erwin Höke**, in Preußisch Oldendorf nahe Walendys Wohnort Vlotho hergestellt. Trotzdem entblödete sich das "Bundesamt für den Verfassungsschutz" nicht, in einer Veröffentlichung aus dem Jahre 1980 diese späte Indizierung als Großtat des Rechtsstaates gegen neofaschistische Propaganda hervorzuheben.

Walendy versucht in dem Buch auf 400 mit dubiosen Zitaten vollgestopften Seiten, seinen Liebling Hitler von aller Kriegsschuld zu befreien. So behauptet Walendy, "wer vorurteilslos die Ursachen und Anlässe des Zweiten Weltkrieges untersucht" (und er nimmt natürlich für sich in Anspruch, genau dies zu tun), der müsse erkennen, daß Hitler diesen Krieg nicht wirklich "'gewollt', planmäßig vorbereitet oder mit sinnvollen Zielvorstellungen verbunden" habe. Extremer kann man die Wahrheit nicht verdrehen, jedoch Walendy schafft selbst das, denn er setzt dieser Lüge noch die Steigerung hinzu, es lägen "viele Nachweise vor, aus denen sich ergibt, daß Kriegswille" in den USA "und im ganzen Jahr 1939 in England und Polen politisch und publizistisch am Werk war."Das heißt: Hitler wollte den Krieg nicht, sondern die Angegriffenen waren die wirklichen Kriegstreiber. Und um soetwas zu indizieren, brauchen unsere Behörden 15 Jahre, ganz zu schweigen von einem eigentlich notwendigen Verbot. "Wahrheit für Deutschland" fand stattdessen sogar noch Eingang in bundesdeutsche öffentliche Bibliotheken und ist bis heute bei (zumindest) einer in Ostwestfalen sogar noch weiterhin ausleihbar.

Weitere Titel aus Walendys Verlag sind: "Auschwitz im IG-Farben Prozeß - Holocaustdokumente?", "Wir suchten die Freiheit - Schicksalsweg der Sudetendeutschen" oder "Vom Stab Heß zu Dr.Goebbels", das beweisen soll, daß es "im deutschen Herrschaftsbereich (keine) (...) wie in England (...) oder wie in der UdSSR zur Lüge verpflichteten Propagandisten gab". Bücher in englischer und französischer Sprache werden ebenfalls angeboten. Ein übles Herzstück seines Verlages ist die seit den 70er Jahren erscheinende Heft-Reihe "Historische Tatsachen". Heft 1 stimmte die Kundschaft denn auch schon vielversprechend auf die Ziele dieser Reihe ein: "Starben wirklich 6 Millionen? Endlich die Wahrheit" lautet der suggestive Titel zum Thema NS-Judenvernichtung. Eine Inhaltsangabe kann man sich sparen, es reicht aus, einige der Zwischen-Überschriften aneinanderzureihen: "Phantastische Übertreibungen", "Das Fehlen von Beweisen","Gefälschte Beweise und betrügerische eidesstattliche Erklärungen", "Alliierte Anklagen unglaubwürdig", "Massenhaft Märchen", "Gefälschte Fotographien", "Kein Beweis von Völkermord", "Der Schwindel mit den Gaskammern", "Die Sechs-Millionen-Lüge zurückgewiesen", "Riesiger Schwindel" usw.

Mittlerweile sind neben zwei Register-Heften 50 Ausgaben "Historische Tatsachen" in Walendys Verlag erschienen. Jede der Ausgaben betreibt auf's neue und in immer neuen Varianten den Versuch der Weißwäscherei der NS-Zeit. Interessant ist an diesem langjährigen Periodikum zu studieren, wie unsere Behörden mit solchen Nazi-Lügen umgehen: Wenn überhaupt, dann wird nur zum Instrument der Indizierung wegen Jugendgefährdung gegriffen, und so sind lediglich 6 der 50 Hefte laut Verlagsmitteilung "z.Zt. nicht lieferbar". Walendy weiß, daß man sich als brauner Agitator in unserem Land so einiges erlauben kann und ist daher sofort kampfbereit, wenn ihm ausnahmsweise mal eine Behörde Schwierigkeiten macht. So ficht er die wenigen Indizierungen gegen seine Verlagsveröffentlichungen gewöhnlich an und durchläuft dabei Instanz für Instanz, immer in der Hoffnung auf juristischen Erfolg.

Noch 1992 war "Historische Tatsachen"-Heft Nr. 36 (Titel: "Ein Prozeß, der Geschichte macht") Thema einer Gerichtsverhandlung. Am 11. März 1992 beschäftigte sich das Bielefelder Landgericht als zweite Instanz mit der Frage, ob diesem Heft nun zurecht Schwierigkeiten gemacht wurde oder nicht. Man entschied gegen Walendy, weil er es bei dieser Ausgabe - selbst in den Augen eines Landgerichts - wohl doch zu toll getrieben hatte. Grundsätzlich veröffentlicht Walendy seine Elaborate im eigenen Verlag. Aber ab und an erscheint auch etwas bei befreundeten Kreisen. So druckte die 1960 von ehemaligen SS-Offizieren und NSDAP-Funktionären gegrün-

dete Nazi-Bündnisorganisation "Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) die verschiedenen Reden, die das GfP-Mitglied Walendy auf ihren Jahrestagungen gehalten hat, in ihrem Zentralorgan "Das Freie Forum" ab.

In Preußisch Oldendorf befindet sich nicht nur der "Kölle-Druck", sondern auch der zum gleichen "Konzern" gehörende und seit vielen Jahren Nazi-Schriften produzierende "Schütz-Verlag" (Eigenwerbung: "Künder der historischen Wahrheit"). Hier werden vornehmlich Bücher zur Verherrlichung von Alt-Nazigrößen produziert. Mit zum Autorenkreis zählt auch Walendy. Als Ko-Autor legte er hier gemeinsam mit **Norbert Bartel** eine antikommunistische Hetzschrift zur DKP vor, die unter dem Titel "Selbstmord einer Demokratie" Verbot und Verfolgung der DKP fordert.



Bücher aus dem Walendy Verlagsprogramm

Aus dem Verlagshaus Walendy gibt's auch etwas für die Kleinsten zu lesen. **Paula Walendys** Kinder- und Jugendbücher, für die die Familie Walendy extra den "Kinderland Verlag" gegründet hat, bietet Udo auch in seiner eigenen Verlagswerbung an. Hierbei handelt es sich vor allem um weitgehend harmlos daherkommende Sammlungen von Rätselgeschichten in bestenfalls schrecklich altbackenem Stil, die den Ursprung von vor vielen Jahrzehnten nicht verheimlichen können. So sind die Bücher wie "Das Siebenstiegen Rätselhaus" schon nach Kriegsende im Düsseldorfer Hoch-Verlag herausgegeben worden und werden neu bearbeitet über den Walendy-Vertrieb wieder angeboten.

Kostprobe der Walendy-Padagogik: "Welche Feigen sind das ganze Jahr frisch zu haben?" Paula Walendys äußerst humorige Rätsel-Lösung: "Die Ohrfeigen". Oder: "Im ersten Stock wohnt die Frau 'Hau'. Im zweiten Stock wohnt die Frau 'Mich'. Im dritten Stock wohnt die Frau 'Blau'. Wie heißt das zusammen? Hau mich blau." Aber auch von ach wie lustigen Erlebnissen des "Alten Fritz" in Pommern kann man da lesen oder Städterätsel aus "Böhmen" werden angeboten, alles, um nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, daß man immer noch deutschen Anspruch auf polnisches bzw. tschechisches Territorium erheben soll.

In den 50er Jahren erlebten Paula Walendys Bücher Riesenauflagen. Aber auch heute noch erfreut sich die Kinderbuch-Autorin wohlwollender Stimmen. So wurde ihr "Kinderland"-Buch "Kampf dem Räuberhauptmann", das das Leben des Schinderhannes zum Thema hat, im September 1984 in Mönchengladbach in der CDU-orientierten Tageszeitung "Rheinische Post" positiv besprochen.Neben seiner verlegerischen Tätigkeit agiert Walendy seit Jahren auch als Referent bei entsprechenden Veranstaltungen. Die dazu erarbeiteten Reden bietet er über seinen Verlag auf Ton- oder Video-Kasetten an. Gern gesehener Referent ist er schon seit vielen Jahren bei verschiedenen Organisationen, was seine zahlreichen Kontakte innerhalb der bundesdeutschen Nazi-Szene offenbart.

So tritt er z.B. in seiner Region bei den jährlichen Treffen der revanchistischen "Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter" (GOG) auf, die von Groß Wittensee in Schleswig-Holstein aus ihre Publikation "Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens" (NDO) bundesweit vertreibt und überregional Veranstaltungen durchführt.

Walendy war z.B. am 23. September 1989 mit dabei, als die GOG zur jährlichen "Arbeits- und Aussprachetagung" ins Mindener "Haus Carstensen" einlud. Hier referierte er ab 16.00 Uhr zu seinem Lieblings-Thema: "Fortschritte bei der Revision der Geschichtsschreibung". Mitreferenten waren u.a. NDO-Herausgeber **Horst Ochmann** oder NDO-Chefredakteur Dr. **Hartwig Golf**. Letzterer fällt auch durch seine Aktivitäten für den "Bund für Gotterkenntnis" (BfG) auf, einer braunen Sekte, die sich den abstrusen rassistischen Ideen der Mathilde Ludendorff fanatisch verbunden fühlt.

Walendys letzter Auftritt im "Haus Carstensen" liegt noch nicht lange zurück. Am 26.September 1992 lud wieder die GOG zur jährlichen Tagung in Minden ein, und Walendy referierte wieder zu seinem Lieblingsthema, diesmal allerdings mit leicht verschleierter Inhaltsandeutung: "Fortschritte im Kampf um die geschichtliche Wahrheit" nannte er seine Ausführungen zur Holocaust-Leugnung. Neben ihm waren wieder seine alten Kumpane Ochmann und Golf angereist, aber auch **Emil Schlee**, "Vertreter des deutschen Volkes im Straßburger Europa Parlament" und Mitarbeiter verschiedener Nazi-Zeitungen, war mit von der Partie.

Die Revision der historischen Wahrheit über NS-Verbrechen durch Referate auf einschlägigen Veranstaltungen voranzutreiben, gilt schon lange Walendys besonderer Eifer. So plante er schon 1977 mit anderen bekannten NS-Aktivisten einen selbsternannten "Auschwitz-Kongress" in Nürnberg. Proteste von VVN-BdA und DGB führten zwar zu einem Verbot, aber Walendy verzog sich mit seinen 200 Gästen in die Provinz, nach Kleingeschaid in Mittelfranken. Hier ließ man ihn trotz Protest gewähren, weil - so erklärte das bayrische Innenministerium auf Anfrage - "ein friedlicher Verlauf zu erwarten" gewesen sei.

Walendys internationale Revisionismus-Kontakte reichen heute bis in die USA. Er ist Mitglied im redaktionellen Beirat des US-amerikanischen "Journal of Historical Review", einer Zeitschrift, die das Zentralorgan des "Institute for Historical Review" (IHR) darstellt. Das IHR ist einer der wichtigsten internationalen Knotenpunkte neofaschistischer Propaganda. Ihr Schwerpunkt ist die Revisionismus-Arbeit, die durch Bücher und Zeitschriften, aber auch öffentliche Veranstaltungen und einem Radioprogramm, das auch in Europa zu empfangen ist, geleistet wird. Walendys Mitarbeit bei der IHR-Zeitung macht ihn zum Komplizen der international führenden Revisionisten-Szene. Die Namen der IHR-Veranstaltungs-Redner lesen sich wie ein internationales who-is-who dieser Nazi-Propaganda-Abteilung.

Auch wenn Udo Walendy mittlerweile das Rentenalter erreicht hat, kann man sicher sein, daß er seine offene Propaganda ohne Unterlaß weiter betreiben wird. Er zählt zu den vielen Produzenten neofaschistischer Literatur, die unabhängig von Tagespolitik beharrlich und ungestört einen wesentlichen Beitrag zur weiteren Vergiftung des politischen Klimas unseres Landes leisten können.

Bei diesem Artikel handelt es sich um einen Abdruck aus der demnächst erscheinenden neuen Ausgabe von "roter Winkel". Wir veröffentlichen ihn mit freundlicher Genehmigung der Redaktion.

Volkmar Wölk

Ex oriente lux?

Das Ende des realexistierenden Sozialismus als Zukunftshoffnung der Neuen Rechten

Als sich die DDR in galoppierender Auflösung befand und sehr schnell der anwachsende Neofaschismus zu einem Thema der Massenmedien im Westen wurde, brachte der aus der SED ausgeschlossene Gesellschaftswissenschaftler Wolfgang Wolf eine abweichende Ursachenanalyse vor. Der Neofaschismus werde in ehemals realsozialistischen Staaten immer dann von breiteren Bevölkerungskreisen als Alternative betrachtet, wenn mit der Rekapitalisierung der Gesellschaft die Hoffnung auf eine deutliche Verbesserung der eigenen Lebenslage verbunden werde und diese Hoffnung drastisch enttäuscht werde. Stärker als in der ehemaligen DDR, wo der Sturz weiter Bevölkerungskreise ins materielle Nichts wenigstens teilweise abgefedert wurde, schlug und schlägt diese Tendenz in den anderen Ländern des ehemals realexistierenden Sozialismus durch.

Besonders deutlich ist dieser Prozeß derzeit in der GUS und dort wiederum besonders stark in Rußland zu beobachten. Der Sturz von der Weltmacht zu einem Land, das quasi Teil der "Dritten" Welt geworden ist, führt zu einem starken Anwachsen des Nationalismus, der ohnehin schon in der früheren Praxis der KPdSU angelegt war, der Suche nach Sündenböken und damit einem Ansteigen des Antisemitismus sowie der weiteren, jedoch umfunktionierten Nutzung des Feindbildes USA, die durch George Bush propagierte "Neue Weltordnung" der "One World".

Das Spektrum des reaktionären, rassistischen und offen faschistischen Gedankenguts erstreckt sich dabei von einer Wiederbelebung des Monarchismus über die Übernahme traditionell konservativen Gedankenguts hin zum primitiven Radau-Antisemitismus der verschiedenen Pamjat-Fraktionen, Erscheinungen des militanten Neofaschismus und Wahlparteien vergleichbar mit DVU oder Republikanern bis hin zu nationalrevolutionären und neurechten Gruppierungen. All sie sind bereits heute teilweise wesentlich stärker als im Westen. Die Entwicklung im Osten als Hoffnungsträger auch für den Neofaschismus im Westen.

Ein Hoffnungsträger, der sich daran macht, den verhaßten Boris "Benito" Jelzin zu stürzen, der ihrer Ansicht nach Mütterchen Rußland zu Schleuderpreisen an die USA und die westlichen Industriestaaten verhökert und außerdem eine Amerikanisierung der Kultur zuläßt und fördert. Im Parlament können die Faschisten auf eine beachtliche Minderheit an Abgeordneten zählen, die immer häufiger in Abstimmungen unterstützt werden durch Vertreter der verschiedenen sich kommunistisch nennenden Fraktionen. Die "Front der nationalen Rettung", kurz nach der Gründung durch Erlaß Jelzins verboten, ist durch das Verfassungsgericht inzwischen wieder erlaubt worden. In ihr ist die seltsame Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Faschisten institutionalisiert worden. Beim Vereinigungsparteitag von fünf kommunistischen Gruppen, von denen die größte über 450.000 Mitglieder verfügt, im Februar 1993 war die weitere Mitarbeit in der "Front der nationalen Rettung" keine Streitfrage.

In diesem Prozeß der Zusammenarbeit verändert sich natürlich auch die Ideologie dieser Parteien. Aus Antikapitalismus wird so leicht Antisemitismus. Da äußert z.B. ein russischer Gesprächspartner von **Wolfgang Strauss**, dem Osteuropaexperten der deutschen "Neuen" Rechten: "Die Klassenfrage und die nationalen Interessen Rußlands sind zur Zeit ineinander verschränkt, miteinander verschmolzen, unauflöslich." Und fährt dann fort: "Die Juden sind nicht die Gefahr für Rußland. Die Gefahr kommt vom Weltkapitalismus. 80 Prozent des Weltkapitals sind aber in der Hand jüdischer Familien. Die Interessen des Kapitals und die Interessen der Juden sind dieselben... Selbst Gorbatschow hatte in einem Interview darauf hingewiesen, daß die 1,5 Millionen Juden in der Sowjetunion, eine relativ kleine Nation, in bestimmten Bereichen überpräsentiert sind... Heute werden die Russen viel stärker unterdrückt." Derjenige, der das sagt, heißt **Viktor Anpilow**, hat neben der Fahne mit dem Porträt Lenins die Fahne der Zarenfamilie Romanow hängen und ist der Führer einer der größten verbliebenen kommunistischen Gruppen in der GUS, der RKRP. Antisemitismus ist noch immer ein einigendes Band der Rechten gewesen. Jemand, der schon so weit in seinen antisemitischen Ausfällen gelangt ist, steht auf der anderen Seite der Barrikade, egal wie sich seine Gruppe nennt.

Der Traum von gemeinsamer Stärke

Bündnispartner finden sich in der GUS heute für jede Fraktion des Neofaschismus. So holte sich **Gerhard Frey** für eine Veranstaltung seiner DVU im thüringischen Mühlhausen den Vorsitzenden der inzwischen in der GUS verbotenen Liberal-Demokratischen Partei der UdSSR, **Wladimir Schirinowski**, der im Juni 1991 bei den Präsidentschaftswahlen mit 6,2 Millionen Stimmen 7,81% erzielte. Er ruft auf zu einem deutsch-russischen Bündnis und zur "Verteidigung des weißen Europas". Und verspricht vor 500 begeisterten DVU-Anhängern, daß die Frage Nordostpreußens und Königsberg bei gegenseitiger Hilfe bald im Sinne Deutschlands gelöst werde. Er, der in seiner Vorstellungswelt ein Russisches Reich in den Grenzen von 1917 hat, verfolgt bei solcher Großherzigkeit natürlich ein Kalkül. Es geht um Bündnisse gegen den gemeinsamen Feind. Gegenüber Wolfgang Strauss äußert er: "Das weiße Europa befindet sich in tödlicher Gefahr. Das ist keineswegs nur ein Gespenst. Es ist eine Minute vor zwölf. Das Gebot des historischen Augenblicks ist ein Bündnis aller Völker, die das weiße Europa erhalten wollen - unser Europa. Ich sage es ganz offen: Der Sturm auf Europa kommt aus dem Süden und dem Osten, dringt aus den Wüsten Afrikas und Asiens nach Europa hinein. Die Eroberung und Unterwerfung Europas ist in vollem Gange. Der Islam steht nicht erst vor den Toren, er marschiert bereits durch die Städte Europas. Der Islam - gelb oder schwarz, wie sie wollen - überrollt das christliche Europa. Diese Welle kann nur durch ein Bündnis aller Europäer gestoppt und zurückgeworfen werden, wobei die Hauptrolle in diesem Abwehrkampf den Russen und den Deutschen zukommt. Die Festung "Weißes Europa" steht und fällt mit unseren beiden Völkern." Ist einmal nicht der Antisemitismus das einigende Band, so kann man sich sicherlich auf die Gegnerschaft zum Islam verständigen. Sollte auch das noch nicht ausreichen, so können noch immer Angebote gemacht werden, die durchaus ihre historischen Parallelen haben. Auf die Frage von Wolfgang Strauss, ob er für freundschaftliche Beziehungen zur deutschen Demokratie eintrete, antwortet Schirinowski: "Mit Deutschland, ja. Das ist ein Unterschied. Ich gehe sogar soweit, eine gemeinsame deutsch-russische Grenze zu befürworten. Was mich bedrückt, ist die offensichtliche Schwäche des deutschen Nationalgefühls und des deutschen Selbsterhaltungswillens..."

Das Wahlergebnis für Schirinowski signalisiert die Stärke und Verankerung neofaschistischer Positionen in Rußland. Diese Stärke wirkt selbstverständlich anziehend. Aber auch in fast allen anderen Ländern des zerfallenen Ostblocks gibt es nationalistische und neofaschistische Bewegungen und Parteien, die von ihrer Stärke her sogar Vorbildcharakter für so manche westeuropäische Partei gleichen Charakters haben können. In Estland errang bei den Wahlen am 20.9.92 die nationalistische rechtsgerichtete "Estnisch-Nationale Unabhängigkeitspartei" unter Führung der ehemaligen Dissidentin **Lagle Parek** 10 der 101 Mandate im Parlament. In Rumänien gelang bei den Wahlen zu Parlament und Senat gleich zwei extrem nationalistischen Parteien mit faschistischer Tendenz der Sprung über die 3%-Hürde. Die "Partei der nationalen Einheit der Rumänen", eng verbunden mit der nationalistischen Kulturorganisation mit Massencharakter "Vatra Romaneasca", erhielt mit 7.71% 30 Mandate, die konkurrierende "Großrumänienpartei" erhielt 16 Mandate bei 3,89% Stimmenanteil. Bei den Präsidentenwahlen war der Kandidat der "Partei der nationalen Einheit der Rumänen", **Gheorghe Funar**, mit 10,88% auf den dritten Platz aller Kandidaten gekommen. Schließlich gelang es bei den Wahlen in Slowenien am 6.12.92 der erst kurz zuvor gegründeten neofaschistischen "Slowenischen Nationalpartei" des ehemaligen Frem-

denlegionärs **Zmago Jelincic** mit 9,88% der Stimmen den vierten Platz zu belegen. Weitere 8,77% gingen an die ebenfalls stark rechtsgerichtete "Slowenische Volkspartei". In Ungarn dagegen sind die neofaschistischen Positionen weitgehend in die Regierungspartei "Ungarisches Demokratisches Forum" integriert, die ihren ursprünglich liberalen Charakter weitgehend verloren hat. Kristallisationsperson ist dort der populäre Schriftsteller **Istvan Csurka**, stellvertretender Vorsitzender der Partei, der inzwischen deren Mehrheit mit seinen antisemitischen und gegen Sinti und Roma gerichteten Positionen sowie der Forderung nach einem "ungarischen Lebensraum" hinter sich haben dürfte.

Ein Hauptfeind verschwindet und eine Weltmacht entsteht

Bisher hatte die "Neue" Rechte in allen Ländern übereinstimmend beklagt, Europa sei durch die beiden raumfremden Mächte USA und UdSSR besetzt und unterdrückt, es herrsche der Wodka-Cola-Imperialismus über den Subkontinent. Durch die Auflösung des realsozialistischen Lagers ist einer der Hauptfeinde nicht mehr vorhanden. Europa wäre bei einem Zusammenwirken aller Kräfte in der Lage, eine dritte Weltmacht in einer Triade mit den USA und Japan zu bilden. Japan wird dabei vorerst, wieder eine historische Parallele, als natürlicher Bündnispartner gegen die USA gesehen. Der rapide politische Umgestaltungsprozeß im Ostblock nährt nun die Hoffnung bei den Neofaschisten, der politische Einfluß, der ihnen im Westen noch fehlt, könne in einer konterrevolutionären Situation gegen die bürgerliche Demokratie dort errungen werden, dieser Prozeß eine Eigendynamik entwickeln und auf den Westen übergreifen. Eine solche mögliche Entwicklung darf keinesfalls verschlafen werden. In der Beurteilung der Lage treffen sich die Neofaschisten in diesem Punkt mit **Bernd Posselt**, dem Vizepräsidenten der CDU-nahen Paneuropa-Union, der bei deren Kongreß 1991 in Halle an der Saale erklärte: "Jetzt geht es um nicht mehr und nicht weniger, als um den dritten Versuch in diesem Jahrhundert, Europa neu zu ordnen. Ein Fehlschlag wäre eine entsetzliche Katastrophe." Motto des Kongresses: "Machen wir Europa reif für seine Rolle in der Welt!"

Trotz dieser verbesserten Ausgangslage scheint jedoch Eile geboten. Die Verträge von Maastricht sollen ein Europa schaffen, das den programmatischen Vorstellungen aller neofaschistischen Gruppen, welche ideologischen Differenzen sie auch immer haben mögen, widerspricht. "Ja zu Europa - Nein zu dieser EG!" ist die einhellige Aussage aller neofaschistischen Wahlparteien, die ihr Hauptslogan bei den Europawahlen 1989 sein wird. Denn beide strategischen Optionen des Neofaschismus, die eines "Europa der Vaterländer", das starke Nationen in einer Konföderation vereint, als auch die eines "Europas der Regionen", das die Stämme als identitätsstiftenden Faktor bevorzugt, sehen im avisierten "Europa der Krämer und Kaufleute" einen nur ökonomischen Zusammenschluß, der sich weltpolitischer Optionen enthält.

Nach der knappen Zustimmung der Franzosen bei der Volksabstimmung über die Verträge von Maastricht geben sie dennoch die Hoffnung nicht auf. So schreibt **Peter Boßdorf**, ehemaliger Aktivist des Gesamtdeutschen Studentenverbandes und Mitglied der Republikaner: "Angesichts der Probleme, die sich in Osteuropa anhäufen, könnte die EG sehr schnell gezwungen sein, sich andere Prioritäten zu setzen." Der Belgier **Robert Steuckers** sieht in der Volksstimmung Hoffnungszeichen und ergänzt: "Die Ablehnung von Maastricht auf der Basis des Volksempfindens und nicht auf dem Niveau des Kalküls des Politikers, signalisiert, daß die Völker sich nicht mehr mit ihren alten Führern identifizieren, alten Gäulen des zurück in die Nachkriegszeit, der fünfziger Jahre, des Kalten Krieges oder der Goldenen Sechziger... Die Resultate des dänischen Referendums sind dafür ein lebendiger Beweis. Die Debatte in Frankreich ist ein zusätzlicher Beleg." Auch **Georges Robert** beendet seinen Aufsatz "Als Europäer sage ich nein zu Maastricht" kämpferisch und voller Hoffnung: "Durch Maastricht haben die Zeloten der Demokratie Europa den Völkern gestohlen. Es liegt an ihnen, es sich zurückzuholen." Der realistischere Peter Boßdorf dagegen bescheidet sich mit der Annahme, daß das Projekt der Währungsunion ohnehin nicht vor 1999 verwirklicht werden könne.

Zum dritten glauben die neofaschistischen Kräfte, den Befürwortern eines EG-Europa auch ideologisch überlegen zu sein. In der Tat befinden sich die einzelnen Regierungen in einem Legitimationsdilemma. Was sollen sie den Menschen auch glaubhaft an Vorteilen der Verträge von Maastricht für ihr tägliches Leben erzählen? Zu offensichtlich ist, daß das System der sozialen Sicherung auf dem untersten Level innerhalb der EG stabilisiert werden soll. Vorteile können sich lediglich die Großkonzerne versprechen. Es entsteht ein Europa, das auf materiellen Überlegungen für eine Minderheit basiert. Hier setzt die Kritik der Neofaschisten an. Sie vermissen eine verbindende geistige Grundlagen, eine tragfähige ideologische Basis für den auch von ihnen geforderten europäischen Zusammenschluß.

"Metapolitische" Machtpolitik

Diese Vorstellungswelt war und ist prägend für diejenigen Kreise der "Neuen" Rechten, die sich selbst als "metapolitisch" (= über die Politik hinausgreifend) verstehen. Dies hindert jedoch auch **Alain de Benoist**, den Kopf der französischen GRECE, und seine Freunde nicht, die veränderten Bedingungen in der ehemaligen Sowjetunion für ihre Vorstellungen auszunutzen. **Bernard Notin**, notorischer Geschichtsrevisionist und Mitarbeiter der GRECE, fragt sich besorgt: "Werden die USA nach dem Ende der UdSSR in Europa einfallen?" Die Auflösung des Ostens öffnet seiner Meinung nach die Tür für gründliche Überlegungen über die Welt als "Konfiguration strukturierter Gemeinschaften". Zum gemeinsamen Projekt der Wiedergeburt der Völker Europas bedürfe es einerseits der internen Vereinheitlichung, andererseits einer diplomatisch-strategischen Mobilisierung. "Das Imperium hält dadurch zusammen", fährt er fort, "daß es politisch nicht interveniert, außer in den wichtigen Fragen, die die Gesamtheit der Völker des Kontinents betreffen: Krieg, Diplomatie, wirtschaftliche Langzeitplanung."

Vorläufig fallen entgegen Notins Befürchtung keineswegs die USA in Europa ein, sondern die "Neue" Rechte in die ehemalige Sowjetunion. Bereits im März 1990 hielten sich mit Robert Steuckers und Alain de Benoist zwei der wichtigsten Vertreter der "Neuen" Rechten auf Einladung der Wochenzeitung "Djen" in Moskau auf. "Djen" ist die wohl wichtigste neurechte russische Zeitschrift mit einer Massenauflage von über 100.000 Exemplaren. "Criticón" lobt diese Zeitschrift, die 1990 als Organ des Verbandes russischer Schriftsteller von dessen Sekretär **Alexander Prochanow** (Pseudonym: "Dritter Weg") gegründet wurde: "Einen nationalen, russischen, nonkonformistischen 'Dritten Weg' zu entwickeln, bleibt das Ziel der Zeitschrift, das zum populärsten und meistgelesen Organ der 'konservativen' Richtung wurde, das als Tribüne der Konservativen Revolution in Rußland dient und auch Beziehungen zur französischen 'Neuen Rechten' unterhält... Trotz mancher der gängigen Unterstellungen hält sich 'Djen' von den in anderen national-patriotischen Blättern zu verzeichnenden antisemitischen und antizionistischen Tendenzen fern." Das Lob kommt aus berufenem Munde. Der Autor **Alexander Dugin** selbst, daneben Übersetzer der Werke von Julius Evola ins russische, ist Mitarbeiter von "Djen" und saß beim ersten Besuch von Benoist und Steuckers mit ihnen gemeinsam auf dem Podium im Gebäude der "Literaturnaja Gazeta", um vor einer Lenin-Büste auf Fragen der Journalisten zu antworten. 1992 folgte, eröffnet wiederum durch Alexander Prochanow, ein erster Kongreß der russischen "Neuen" Rechten in Moskaus mit internationaler Beteiligung.

Da nicht nur im Geschäftsleben eine Hand die andere wäscht, fanden sich bald Dugin und Prochanow als umworbene Gesprächspartner und Autoren der neurechten Presse Westeuropas wieder. So sprach Alexander Dugin beim 24. nationalen Kolloquium der GRECE am 24. März 1991 in Paris über "Das sowjetische Imperium und die Nationalismen in der Epoche der Perestroika". Er führte dort aus: "Es ist die Annahme eines Bewußtseins der kontinentalen Identität, die sich dort abspielt. Der Sieg gegen die Kräfte der Auflösung und der Dekadenz wird nur dann möglich sein, wenn es sich in den Bau eines traditionellen und ökumenischen Reiches einfügt." In einem Aufsatz in der belgischen Zeitschrift "Vouloir" kann er seine Gedanken unter geopolitischen Gesichtspunkten weiter ausführen. In der folgenden Ausgabe der gleichen Zeitschrift folgt ein Interview mit Alexander Prochanow, worin er seine Vorstellungen über die Zukunft Rußlands nach dem Putschversuch des Jahres 1991 darlegt. Jelzin wird von ihm darin als "Trojanisches Pferd der Verwestlichung" bezeichnet. Inzwischen ist in Moskau die zweite Ausgabe einer russischen Fassung der Zeitschrift "Elemente" erschienen. Alles in allem ein Bild, das sowohl auf eine gute Verankerung der russischen Neuen Rechten sowohl im Lande selbst als auch bei den ideologisch verwandten Kräften des Auslandes schließen läßt.

Ein neues Netz mit Zentrum Frankreich

Doch in diesem bisher so einheitlichen Bild sind auch Brüche und Fraktionierungen zwischen der Neuen Rechten und den Nationalrevolutionären sowie zwischen den nichtdeutschen und den deutschen Gruppierungen zu erkennen. So findet sich die Adresse der russischen "Elemente" im Verzeichnis des internationalen Netzwerks der nationalrevolutionären Gruppe "Nouvelles Résistances". "Nouvelles Résistances" ist die derzeit wohl bedeutendste französische Gruppe dieses Spektrums mit 25 Gruppen im Land und weiteren Stützpunkten. Die Gruppe wurde am 31. August 1991 in Lyon als Organisation der Mehrheit der bisherigen "Troisième Voie" bei einer Versammlung mit internationaler Beteiligung sowie befreundeter französischer Kräfte wie "Nationalisme & République" gegründet. Vorangegangen waren Auseinandersetzungen zwischen dem Generalsekretär **Christian Bouchet** und dem Vorsitzenden **Jean-Gilles Malliarakis**, der dem Front National von Le Pen beigetreten war. Zugleich wurde eine "Europäische Nationalistische Koordination" mit ideologisch ebenfalls solidaristisch ausgerichteten Gruppen gegründet.

Die Aufführung der russischen "Elemente" in "Lutte du Peuple", dem Organ der "Nouvelles Résistances", läßt darauf schließen, daß sich die russische Gruppe diesem Netzwerk assoziiert hat. Ausgehend von der Ideologie des Befreiungsnationalismus beteiligen sich außerdem Gruppen aus Spanien ("Vanguardia" mit Sitz in Barcelona, die bis Mitte 1992 unter dem Namen "Tercera Via Solidarista" auftrat), Großbritannien (Third Way, 1990 als Spaltprodukt der "political soldier"-Fraktion der "National Front" gegründet), Nordirland ("Ulster Nation" mit Sitz in Belfast), der Schweiz ("Troisième Voie"), Portugal (Area Terceirista"), Polen (Przelom Narodowy in Raciborz) und in Italien ("Nuova Azione" in Mailand).

Die Zeitschrift der letztgenannten Gruppe, "Orion", berichtet in ihrer Ausgabe vom September 1992 über "Neue Konvergenzen gegen den Mondialismus". Gemeint war ein Besuch einer gemischt französisch-belgisch-italienischen Delegation vom 17. bis zum 25. August in Moskau auf Einladung der "Patriotischen Front Rußlands", deren Vorsitzender Alexander Prochanow ist. Prochanow hatte für die vier Besucher (Christian Bouchet war aus persönlichen Gründen verhindert und hatte sein Mandat übertragen) **Michel Schneider**, den Alt-Ideologen **Jean Thiriart**, den Vorsitzenden der "Nuova Azione" **Marco Battara** und den Redakteur von "Orion", **Carlo Terracciano** ein umfangreiches Programm vorbereitet.

Der erste Tag war ideologischer Arbeit mit **Igor Ligatschew**, einem ehemaligen führenden Repräsentanten der KPdSU gewidmet. Am zweiten Tag folgte eine Pressekonferenz, an der auch Oberst **Viktor Alksnis** und Alexander Dugin teilnahmen. Motto der Veranstaltung: "Das europäische Imperium und der amerikanische Feind". Am 21. August folgte ein Treffen mit der Redaktion der nationalbolschewistischen Tageszeitung "Sowjetskaja Rossija", die sich als patriotisch, antiliberal, antizionistisch und antimondialistisch bezeichnet. Treffen mit **Ghejdar Dzemal**, Vertreter der "Partei der islamischen Wiedergeburt" und mit dem ehemaligen Kommunisten **Sergej Baburin**, Sprecher des Oppositionsbündnisses "Patriotische Union Rußlands" folgten.



Schirinowski (Bildmitte) am Rande einer DVU-Veranstaltung in Hessen im vergangenen Jahr

Die Angst vor der Hegemonialmacht Deutschland

Schon dieses Besuchsprogramm verdeutlicht, daß die Visite nur als erfolgreich bezeichnet werden kann. Auffällig am oben beschriebenen europäischen Netzwerk ist die fehlende Beteiligung einer deutschen Gruppe, obwohl es durchaus ideologisch vergleichbare Ansprechpartner, etwa die solidaristische "Deutsch-Europäische Studiengesellschaft, gäbe. Dies legt den Verdacht nahe, daß eine deutsche Beteiligung nicht gewünscht ist, denn freiwillig ließe sich wohl keine deutsche nationalrevolutionäre Gruppe die Möglichkeit einer geregelten internationalen Arbeit entgehen. Ein möglicher Grund dafür ist in der neuen Rolle Deutschlands als europäischer Hegemonialmacht nach dem Anschluß der DDR zu sehen. Ein Reich Europa wird sich nur dann nach nationalrevolutionären Vorstellungen verwirklichen lassen, wenn kein Land in der Lage ist, die anderen militärisch und wirtschaftlich zu dominieren. Diese Gefahr ist im Falle Deutschlands jedoch sehr real.

Ein Beleg für diese Annahme findet sich in einer Ende vergangenen Jahres durch den Politischen Rat der am Netzwerk beteiligten polnischen Gruppe "Przelom Narodowy" veröffentlichten Erklärung, in der es u.a. heißt: "Wir, polnische Nationalisten, wollen uns der Reihe der arischen Nationen anschließen, die für die europäische Zivilisation kämpfen gegen den Yankee-Imperialismus und die afroasiatische Invasion. Wie auch immer, wir fordern unser fundamentales Menschenrecht, daß unsere Identität und Individualität respektiert wird. Wir dürfen nicht eine Art europäisches Puerto Rico werden, ein Vorort der Europäischen Gemeinschaft, wenn nicht sogar westliches Asien, in politischer Abhängigkeit, wirtschaftlicher Ausbeutung unterworfen und kulturell wurzellos." Es folgt ein längerer Abschnitt, der einerseits die Respektierung aller Grenzen versichert und andererseits sich gegen revanchistische deutsche Gebietsansprüche wehrt.

Entscheidend jedoch ist der letzte Absatz der Erklärung: "Sowohl das zionistische Kapital mit einigen Kosmopoliten, die ihm dienen, wie auch die Bundesrepublik Deutschland, die sich vorbereitet, eine führende Rolle im europäischen System zu spielen, sind an einer vollständigen Vereinigung Europas interessiert. Wie auch immer, das vereinigte Europa darf nicht die Träume Hitlers verwirklichen und zu einem vergrößerten Deutschland werden. Eine '*Regionalisierung*' der europäischen Nationalstaaten sollte mit Deutschland beginnen. Die slawische Gemeinschaft (oder Slawen, Ungarn und Balten) im Osten und das anglolatinische System (Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien) im Westen müssen ein Gegengewicht zum deutschen Wirtschaftsimperium bilden. Die Partnerschaft und die Balance zwischen diesen drei Elementen - Slawen, Deutsche und Lateiner - können als eine Basis der künftigen europäischen Konföderation dienen." Hier geht es offensichtlich nicht um Metapolitik wie bei der Neuen Rechten, sondern um Realpolitik, um Überlegungen einer kleinen nationalrevolutionären Bewegung, wie der Koloß Deutschland zu stoppen und in seinem Einfluß zu begrenzen sein könnte.

Jean Thiriart: Das große Ziel vor Augen

Der angestrebten Frontbildung sollte ohne Zweifel auch der Besuch in Moskau dienen. Er

lag ganz auf der Linie des am 22. November 1992 im Alter von 72 Jahren verstorbenen Jean Thiriart, des Inhabers einer der größten optischen Fabriken Belgiens, dessen Ziel stets ein europäisches Reich von Dublin bis Wladiwostok gewesen war. Speziell die Entwicklungen in der GUS dürften für ihn, der sich stets als "europäischer Nationalbolschewist" bezeichnet hatte, Anlaß gewesen sein, seine letzten Kräfte zu mobilisieren. Er hatte die Gründung der "Nouvelles Résistances" unterstützt und sich mehrfach mit ihren Führungskadern getroffen. Die Zusammensetzung der am 24.10.92 in Moskau gegründeten und umgehend durch Jelzin verbotenen "Front der Nationalen Rettung" mit seiner Mischung aus Neuer Rechten, offenen Neofaschistischen und nationalistischen Kommunisten dürfte genau seinen Vorstellungen von Bündnisarbeit entsprochen haben.

Thiriart begann seine politische Laufbahn in einer trotzkistischen Fraktion innerhalb des kommunistischen Jugendverbandes, um sich anschließend der "Légion Nationale", einer extrem rechten Gruppierung zuzuwenden. Während des Krieges arbeitete er als Agent für die "Amis du Grand Reich Allemand" (Freunde des Großdeutschen Reiches). Nach der Befreiung wird er als Kollaborateur verurteilt. In den sechziger Jahren sorgt er in Belgien und Deutschland für die logistische Unterstützung der OAS. Es ist zu vermuten, daß seine Bekanntschaft mit Michel Schneider aus jener Zeit stammt. Danach Gründer der Organisation "Jeune Europe", die sich zwischen 1963 und 1969 zur wichtigsten nationalrevolutionären Organisation des Kontinents entwickelt. Zu den Verantwortlichen der in Köln gegründeten deutschen Sektion gehörten sowohl Repräsentanten der Wiking-Jugend als auch des Bund Heimattreuer Jugend. Thiriart versuchte stets, nationalrevolutionäre Theorie und Praxis zu verbinden. So proklamierte er die militärische Unterstützung des palestinensischen Kampfes gegen Israel und versuchte von Bagdad aus, bewaffnete Brigaden "zur Befreiung Europas vom Yankee-Imperialismus" auf die Beine zu stellen. 1969 zog er sich aus der aktiven Politik zurück, um erst zur Gründung der "Nouvelles Résistances" wieder aufzutauchen.

Thiriarts Traum eines bis Wladiwostock reichenden Europa ist deckungsgleich mit dem Wunschbild Eurasien des neurechten Russen Alexander Dugin. Beiden schwebt eine Weltmacht Europa vor, die in der Lage ist, wirksam die Vorherrschaft der USA zu bekämpfen. Europapolitik gewinnt so nicht nur wegen der bevorstehenden Europawahlen an Aktualität. Die neuen Koalitionen und Netzwerke zwingen geradezu zu einer Analyse neofaschistischer Europakonzeptionen und ihrer Verwirklichungschancen.

Die Brandstifter sitzen in Bonn

Bundestagsblockade am Tag X

Kaum ein Tag vergeht ohne faschistische Angriffe auf Flüchtlinge, AusländerInnen, ImmigrantInnen, Obdachlose, Behinderte, Lesben, Schwule... irgendwo in der BRD. Teile der Bevölkerung und fast das gesamt Parteienspektrum heucheln Betroffenheit. Gleichzeitig wird die rassistische Praxis der Faschisten toleriert und verharmlost. Inhaltlich gibt es in vielen Punkten Übereinstimmung: Faschistische Forderungen wie "Scheinasylanten raus" und "Sammellager für Flüchtlinge" finden im Handeln der CDU/CSU/SPD/FDP ihre Umsetzung; es wird der saubere Parlamentarische Weg beschritten: CDU/CSU/SPD/FDP wollen per Verfassungsänderung das Menschenrecht auf Asyl faktisch abschaffen. Die Gewähr von Asyl ist nur noch ein Gnadenakt. Das ist der vorläufige Höhepunkt einer Reihe von kontinuierlichen Verschärfungen und Aushöhlungen des Asylrechts seit 1978 und des AusländerInnengesetzes seit 1974. Alle Flüchtlinge, die über den Landweg in die BRD kommen, und das sind über 90%, sollen künftig an den BRD-Grenzen in die zuvor durchquerten Transitländer abgewiesen werden. Die Nachbarstaaten werden also als Schutzwall und Auffangzone gegen Flüchtlinge in den Dienst der BRD gestellt. Dabei wird in Kauf genommen, daß in vielen dieser Länder kein Schutz für Flüchtlinge gewährt wird. Für die Flüchtlinge, die es dennoch bis in die BRD schaffen, wird das Asylverfahren zusätzlich noch verschärft. Frauen, die vor sexistischer Unterdrückung fliehen, wird nach wie vor kein Asyl gewährt.

Was wir jetzt erleben, ist ein Rechtsruck in der Gesellschaft und im gesamten Parteienspektrum. Die verbale Distanzierung von CDU/CSU/SPD/FDP von der gewalttätigen Praxis von Neofaschisten und Rassisten beruht nicht auf der Verurteilung dieser Menschenverachtung, sondern ist getragen von der Angst, die BRD könnte an Ansehen verlieren. Distanzierungen anderer Staaten von der BRD gefährden Investitionen und Exportprofite. Nicht um die Menschen geht es, sondern um den Profit.

Wir fordern ein Existenzrecht für alle Flüchtlinge in der BRD, weil sie dem Weg des gestohlenen Reichtums folgen.

- Für das Grundrecht auf Asyl!

- Ausweitung statt Abbau des Artikel 16GG

- Für ein eigenständiges Bleiberecht für Frauen und die Anerkennung des Sexismus als Fluchtursache

- Grenzen weg!

- Bleiberecht für alle!

Zu einer Blockade des Bundestages am Tag der 2. und 3. Lesung der Grundgesetzänderung zur Abschaffung des Individualrechts auf Asyl (vermutlich Ende März) rufen zahlreiche Gruppen und Organisationen aus dem linken und dem BürgerInnenrechtsspektrum auf.

Dokumentationsarchiv

Vor einigen Monaten entstand in Winterthur (Schweiz) ein Dokumentationsarchiv. Zwei Angestellte arbeiten bei Hans Brunner, Archivleiter und Literat an den Themen:

- **Entstehung des Nationalsozialismus**
- **Nationalsozialismus 1933-45**
- **Zweiter Weltkrieg**
- **Nachkriegszeit**
- **Euthanasie**
- **KZ-System**
- **Rechtsradikalismus heute**

Während Hans Brunners Mittelschulzeit wurden diese Themen totgeschwiegen. Das Interesse an diesen Themen nahm bei ihm jedoch stetig zu. Nach der Lektüre der einschlägigen Literatur aus der Zeit und einigen Biographien, zu den damals bedeutenden Personen, nahm die Anzahl der gesammelten Werke zu. Die Idee, in Winterthur ein Archiv zu gründen, beruht auf dem Film "Recht, nicht Rache" der die Lebensgeschichte des Wieners Simon Wiesenthal erzählt. Er gründete mit den US-Akten von Wien in der Nachkriegszeit ein Archiv, das sich mit der Spurensuche von Naziverbrechern befaßt.

Das Dokumentationsarchiv Winterthur umfaßt mittlerweile rund tausend Bücher, Dokumente und Medientexte, unzählige Filme und Fotos. Die Tätigkeit besteht regional darin, daß Schulklassen unterrichtet und interessierte Personen mit Informationen versorgt werden. International steht das Archiv mit rund hundert verschiedenen Institutionen und Organisationen in regem Kontakt. Beim Aufbau von Gedenkstätten in den Niederlanden wurde tatkräftig mitgeholfen.

Ohne Unterstützung der deutschsprachigen Buch- und Videoverlage, sowie von Einzelpersonen wäre die Arbeit des Dokumentationsarchivs jedoch unmöglich. Darum bitten die Betreiber um Unterstützung jeder Art.

Weitere Informationen können bezogen werden bei: Dokumentationsarchiv DOK CH Wi, Postfach 14, CH-8407 Winterthur

Antifa-Fußball-Laden

Eine größere Gruppe Berliner Fußballfans hat sich zusammengeschlossen, um gegen Rassismus und AusländerInnenfeindlichkeit aktiv zu werden. Seit Beginn dieses Jahres steht interressierten Fans der Fußball- und Infoladen "Anstoss" zur Verfügung. Die Initiative geht davon aus, daß ein Fußballfan "noch lange kein Hooligan, und ein Hool noch lange kein Nazi" sei. An der bisher nur vereinzelt zu beobachtenden Gegenwehr von Hooligans gegen Nazi-Unterwanderung setzen die Ladenbetreiber an. Ziel: Den Rechten soll der Fußball nicht überlassen werden. In einem Informationsblatt der Gruppe heißt es u.a.: "Die Schwerpunkte unserer Arbeit liegen bei zahlreichen Spielbesuchen, anfangs beobachtend, mittlerweile vermehrt unter Mitnahme von Flugblättern, Plakaten und Transparenten, Kontaktaufnahme mit den Vereinen ..., Zusammentragen eines Fußballarchivs als Grundlage zur vorgesehenen Herausgabe eines eigenen Fanzines, Veranstaltung eines Antifa-Turnieres..."

Kontaktadresse: Fußball Fan Laden "ANSTOSS", Brunnenstr. 7, O-1054 Berlin/Mitte

Neonazi-Prozeß wird fortgesetzt

Am 23. Februar 1993 wird nach 29 Monaten Unterbrechung ein am 6. Februar 1990 begonnener Prozeß gegen damals acht, mittlerweile noch sechs Führungskader der Neo-Nazi Partei Freiheitliche Arbeiter Partei (FAP) fortgesetzt. Wie schon die ersten beiden Prozeßblökke (90/91) findet auch dieser, nach einem Mißtrauensantrag 1991 vollständig neu aufgerollte Prozeß vor dem Amtsgericht Oldenburg statt. Laut dem Vorsitzenden Richter Peters soll der Prozeß diesmal zügig innerhalb einiger Tage verhandelt werden. Angesetzt sind vorerst 5 Prozeßtage plus ein Reservetag.

Einer der Verteidiger wird auch diesmal der einschlägig bekannte Nazi und Neo-Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger** aus Hamburg sein. Zuletzt ist Rieger in dem Prozeß gegen führende Neo-Nazis wegen der Fortführung der 1983 verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) in Stuttgart aufgetreten.

Angesichts der menschenverachtenden Mord- und Brandanschläge der letzten Jahre tut sich dieser Prozeß eher bescheiden hervor - Körperverletzung und gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr.

Bis auf **Stefan Bliesmer** verweigerten die Neo-Nazis die Aussage. Er machte keinen Hehl daraus, die FAP-Veranstaltung in Heiligenhafen angemeldet zu haben. Er schilderte ausführlich das "brutale Vorgehen" der Antifas, von einem Überfall auf Antifas in Oldenburg/H. will er nichts gemerkt haben.

Nach der Vernehmung von 2 PassantInnen wurde der Prozeß vertagt. Durch deren Zeugenaussagen wurde klar, daß sich das Strafmaß derart erhöht, daß alle Angeklagten PflichtverteidigerInnen benötigen (gefährl. Körperverletzung, gefährl. Eingriff in den Straßenverkehr, Nötigung, Sachbeschädigung...).

Der zweite Prozeß

Am 11. September 1990 begann dann der Folgeprozeß. Mit dabei wieder der Nazi-Anwalt Jürgen Rieger, zwei weitere Anwälte und 5 Pflichtverteidiger.

Die drei Prozeßtage waren phasenweise recht monoton und langwierig. Die Faschos und deren Anwälte waren bestrebt möglichst viel von den Ereignissen in Heiligenhafen zu berichten, während der Überfall in Oldenburg totgeschwiegen werden sollte.

Wieder "prangerten" die Faschos die "brutalen und kriminellen" Antifas an, wieder wollte von dem Überfall keine/r etwas bemerkt haben.

Das Ergebnis der drei Prozeßtage:

- Das Verfahren gegen **Stefanie Krüger** wurde wegen Geringfügigkeit eingestellt.

- Das Verfahren gegen **Detlef Lichte** (zweimal vorbestraft wg. Körperverletzung, zwei laufende Verfahren wg. Fortsetzung der ANS/NA und wg. Herstellen von Molotow-Cocktails) wurde vorläufig eingestellt, da durch eine laufende Bewährung die einsetzende Strafe wg. Oldenburg, im Verhältnis zum gerechtfertigten Strafmaß zu hoch wäre (Verhältnismäßigkeit der Bewährungsstrafe).

- RA Rieger stellte einen Befangenheitsantrag gegen den Richter, welchem stattgegeben wurde, d.h. der Prozeß war geplatzt.

Auf das Ergebnis des für den Monat März terminierten Prozesses darf man angesichts einer derartigen Vorgeschickte gespannt sein.

Die Nutzung des Antifaschistischen Pressearchivs in Berlin ist sicher ein interessantes Angebot. Hier die Selbstdarstellung der Initiative.

Antifaschistisches Presse Archiv

"Was machen wir?

Wir sind als von Parteien und Institutionen unabhängiges Antifa-Archiv seit Jahren dabei, Veröffentlichungen zu archivieren, die AntifaschistInnen und Antifaschisten nützlich sind. Wir bearbeiten zu diesem Zweck die Veröffentlichungen der Tagespresse, wobei unser Schwerpunkt deutlich auf Vorgängen in Berlin und Brandenburg liegt, ohne Überregionales zu vernachlässigen. Hinzu kommen Wochen- und Monatszeitungen sowie Dokumentationen, Broschüren und Bücher aus dem bürgerlichen und linken Spektrum.
In unserem Bestand - ab 1980 - findet ihr Material...

- zu neofaschistischen Organisationen (NF, DA, FAP,..)
- zu Parteien der Braunzone (DVU, REP, NPD, ÖDP, DL...)
- zum rechtskonservativen Bereich (Burschenschaften, Vertriebenenverbände...)
- zu Skins und Hooligans
- zu Psycho- und Politsekten
- zu heidnischen Gruppen und deren Verbindungen zum neofaschistischen Lager
- zur Ideologie der "Neuen Rechten"
- zu rassistischen und antisemitischen Angriffen
- zu antifaschistischen und antirassistischen Aktionen und Initiativen
- zur Asylpolitik und zur Asyldebatte.

Wozu das Archiv?

Wir wollen die Informationen, die zu den obigen Themen tagtäglich und über die Jahre veröffentlicht werden, allen antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, Gruppen und Personen zur Verfügung stellen, um durch Hintergrundwissen u.a. eine fundierte Öffentlichkeitsarbeit zu erleichtern.

Wir wollen mit dem Archiv die Möglichkeit bieten, sich ein umfassendes Bild über die Entwicklung im neofaschistischen Lager anzueignen.

Desweiteren haben wir das Ziel, Informationen zu ausgewählten Schwerpunkten selber zu veröffentlichen.

Wie könnt Ihr das Archiv nutzen?

Ihr kommt bei uns vorbei. Wir sind jeden Donnerstag von 17 bis 20 Uhr im Archiv.

Ihr fragt schriftlich bei uns an. In diesem Fall werden auf Euch Kopier- und Portokosten zukommen. Bitte legt Rückporto bei!

Was könnt Ihr zum Antifa-Archiv beitragen?

Vor allem benötigen wir Material und Informationen aus und zu den oben genannten Themenbereichen, denn wir können nicht überall sein bzw. wissen von vielen Dingen auch nichts.

Deshalb möchten wir Euch bitten, uns alles zuzusenden, was mit Faschismus/Antifaschismus zu tun hat. Egal ob es sich um Bücher, Filme, Namen, Treffpunkte, Organisationen, Aufkleber, Texte, Zeitschriften, Flugblätter, Fotos oder sonstwas handelt. Besonders wichtig wären uns Artikel aus lokalen Zeitungen, da wir die Berliner Zeitungen umfassend auswerten.

Im Prinzip können wir alles gebrauchen, weil auch Kleinigkeiten Mosaiksteine im Gesamtbild sein können und dazu beitragen, der Realität ein Stück näher zu kommen. Euch mag ein Detail unwichtig vorkommen, für uns ergibt sich aber vielleicht daraus ein neuer Aspekt oder eine neue Verbindung. Wichtig ist vor allem, daß ihr uns die Quelle eurer Zusendung nennt (soweit Euch das möglich ist), damit wir damit auch wirklich arbeiten können.

Geldspenden können wir jederzeit gebrauchen. Wenn ihr auf das unten angegebene Konto Geld einzahlt, könnt Ihr eine Spendenquittung erhalten.

Ku-Bi e.V., Stichwort Archiv, Konto-Nr. 96545-103 beim Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 10.

Sachspenden: Wenn Ihr Bücher zu dem Thema habt, die Ihr nicht mehr braucht, wären wir über Euer Geschenk sehr froh. Auch Büromaterial wie Gummibärchen und Schokolade fehlt regelmäßig!

Jeden Donnerstag von 17.00 bis 20.00 Uhr

Antifa-Presse-Archiv, c/o Papiertiger, Cuvrystraße 25, 1000 Berlin 36, Tel.: 030/618 30 51."

Michael Quelle

Zuflucht unter dem Schatten deiner Flügel?

Die Rotenburger Anstalten der Inneren Mission in den Jahren 1933 - 1945

Die Rotenburger Anstalten (zwischen Hamburg und Bremen gelegen) entwikkelten sich nach ihrer Gründung im Jahre 1880 zu einer der größten Anstalten für Behinderte in Deutschland. Sie boten im Jahre 1933 knapp 1000 Behinderten Wohn-, Lebens- und Arbeitsplatz. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Anstalten waren ab 1933 von den verschiedenen rasse- und bevölkerungspolitischen Maßnahmen der Nationalsozialisten direkt betroffen. 335 BewohnerInnen sollten die nächsten Jahre zwangssterilisiert werden und 547 wurden ab 1940 im Rahmen der verschiedensten "Euthanasieaktionen" ermordet.

Die Rotenburger Anstalten legen jetzt unter dem Titel "Zuflucht unter dem Schatten deiner Flügel" eine Dokumentation über die Ereignisse in den Anstalten vor. Der Titel der Dokumentation wurde dem Psalm 36,8 entnommen, der den Jahresberichten der Anstalten 1934 und 1938 vorangestellt wurde. Im folgenden soll auf die Durchführung des "GzVeN" und die Geschichtsaufarbeitung nach 1945 in den Rotenburger Anstalten eingegangen werden.

Das "GzVeN"

Das GzVeN (Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses) wurde von der damaligen Leitung der Rotenburger Anstalten konsequent durchgeführt. Der leitende Arzt Dr. **Ressel** war gleichzeitig Kreisarzt in Rotenburg und in dieser Funktion für die Umsetzung des Gesetzes im Kreis Rotenburg verantwortlich. BewohnerInnen der Anstalten durften die Einrichtung ab 1934 nur verlassen, wenn sie nicht als "erbkrank" im Sinne des Gesetzes galten oder wenn sie sterilisiert waren. Im Frühjahr 1934 zeigt die Anstaltsleitung 800 der 980 BewohnerInnen als "erbkrank" oder "erbkrankverdächtig" beim Kreisarzt an. Für den größten Teil dieser 800 Menschen, nämlich für alle, die als "fortpflanzungsfähig" galten, bedeutete diese Anzeige, daß sie nicht mehr beurlaubt oder gar entlassen werden konnten.

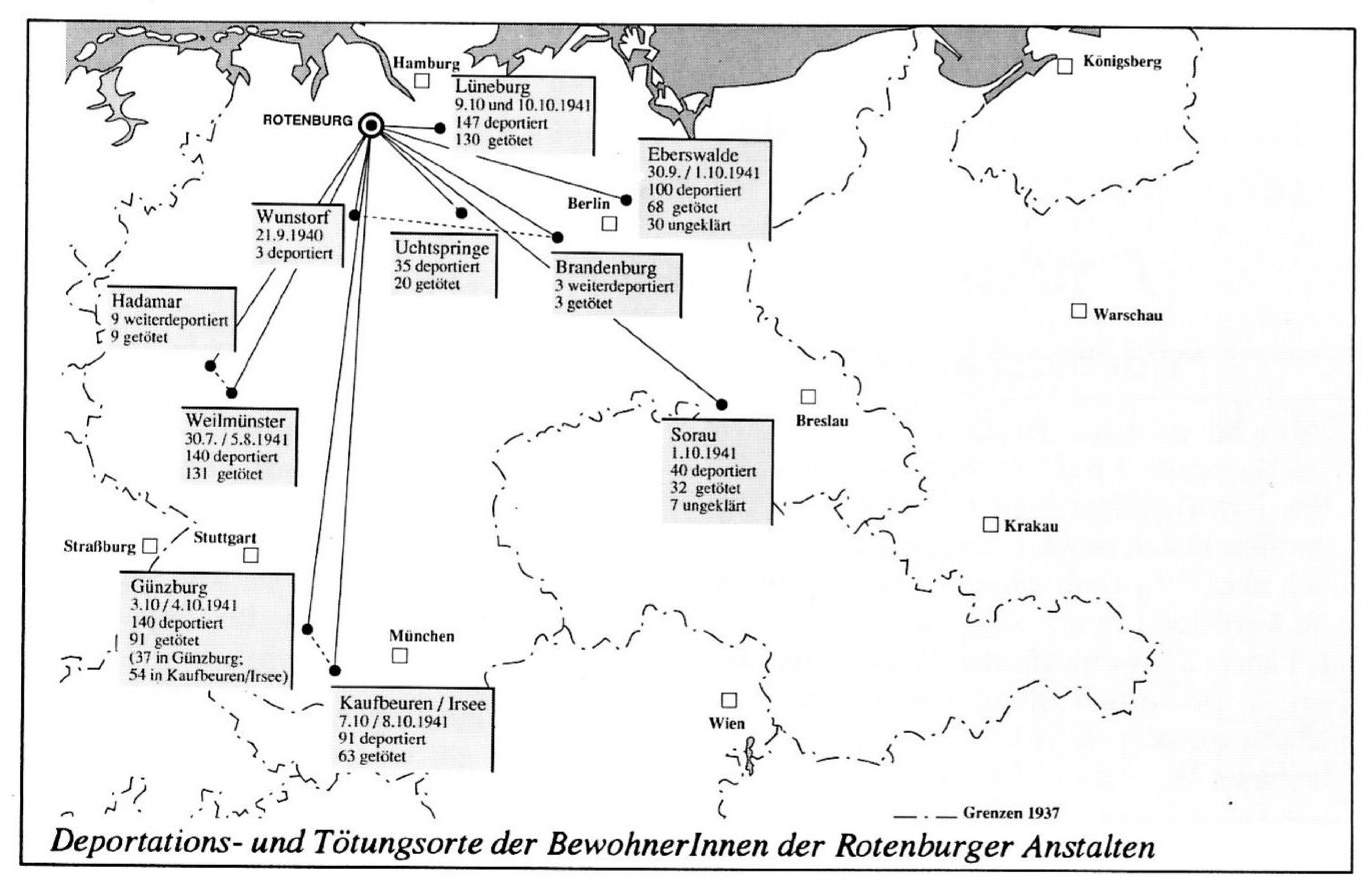
Die Zwangssterilisationen werden in den nächsten Jahren im benachbarten Krankenhaus des Diakonissen-Mutterhauses durchgeführt. Der Leiter der Rotenburger Anstalten, Pastor **Buhrfeind**, der in Personalunion auch Leiter des Diakonissen-Mutterhauses und des dazugehörigen Krankenhauses war, stellte selber den Antrag, daß das Krankenhaus "für die Ausführung des chirurgischen Eingriffs an Erbkranken bestimmt wird", und zwar "mit Rücksicht auf die Ersparung der Reisekosten und zur schnelleren Durchführung".

In den nächsten Jahren wurden insgesamt 335 Personen, 238 Männer und 97 Frauen, aus den Rotenburger Anstalten zwangssterilisiert. An den Folgen der Zwangssterilisation starben ein 13jähriges Mädchen und eine 31jährige Frau.

Die Rotenburger Anstalten stellten ihre Räumlichkeiten auch für die zwangshafte Unterbringung von Wanderarbeitern zur Verfügung, die im Verdacht standen, an einer "Erbkrankheit" zu leiden. Die Durchführung des GzVeN" wird in der jetzt vorgelegten Dokumentation umfassend dargestellt und der Autor des Kapitels stellt fest, "daß die Rotenburger Anstalten mitschuldig geworden sind an der Verletzung der körperlichen Unversehrheit von über 300 Bewohnerinnen und Bewohnern und nicht zuletzt am Tod von Adele Nöbeling und Else Warnken."

Geschichtsaufarbeitung nach 1945

Die Geschehnisse in den Anstalten und der Verbleib der BewohnerInnen nach den Deportationen in den Jahren 1940/41 sollte in den Rotenburger Anstalten jahrzehntelang verschwiegen werden. Ein Grund ist in der Person des langjährigen Leiters Pastor **Ungers** zu sehen. Er war ab 1937 als zweiter Pastor in den Anstalten tätig und übernahm 1942 die Leitung von seinem Schwiegervater Pastor Dr.



Deportations- und Tötungsorte der BewohnerInnen der Rotenburger Anstalten

Buhrfeind. Die Leitung der Rotenburger Anstalten sollte er bis 1970 innehaben. In der Festschrift "100 Jahre Rotenburger Anstalten der Inneren Mission" aus dem Jahre 1980 beschreibt er zwar umfassend das Handeln von ihm und seinem Schwiegervater angesichts der drohenden Deportationen in den Jahren 1940/41, die durchgeführten Zwangssterilisationen gegenüber den AnstaltsbewohnerInnen bleiben aber genauso unerwähnt wie die Tötung von ihnen in den verschiedenen Verlegungsorten.

Er erweckt in seiner Darstellung den Eindruck, daß es zu Tötungen von Bewohnerinnen und Bewohnern der Anstalten in den Verlegungsorten nicht gekommen wäre und daß ein erheblicher Teil von ihnen nach 1945 rückverlegt wurde. Die Geschichtsaufarbeitung wurde Mitte der achtziger Jahre entscheidend von Personen getragen, die in ihren Tätigkeitsfeldern außerhalb der Anstalten arbeiteten. Es erschienen eine Dissertation und eine Staatsexamensarbeit, die sich mit den Ereignissen in den Rotenburger Anstalten 1933-45 beschäftigten und die erstmalig umfassend die Auswirkungen der nationalsozialistischen Rasse- und Bevölkerungspolitik auf die Bewohnerschaft der Rotenburger Anstalten aufzeigten. 1987 wird neben der Anstaltskirche ein Mahnmal errichtet, das an die getöteten BewohnerInnen erinnern soll. Kontrovers wird zu diesem Zeitpunkt unter den MitarbeiterInnen der Rotenburger Anstalten die Inschrift des Mahnmals ("Wir gedenken der Opfer der Unmenschlichkeit. HERR ERBARME DICH") diskutiert. Es fehlt vielen im Text ein deutlicher historischer Bezug. In den folgenden Jahren erscheint in den Rotenburger Anstalten eine kleine Broschüre mit erstem Zahlenmaterial über die im Rahmen der "Euthanasieprogramme" ermordeten, der deportierten jüdischen Insassen wird erstmalig gedacht. Seit 1987 finden am Mahnmal regelmäßig einmal jährlich Andachten statt und im Jahr 1991 wird vom Vorstand der Anstalten eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die unter Zuhilfenahme allen vorhandenen Materials eine Dokumentation erstellen soll. Die nun vorliegende Arbeit kann bei den Anstalten (2720 Rotenburg/Wümme, Lindenstraße) zum Preis von 14,80 DM bestellt werden.

Die Dokumentation wurde auch von der Stadt Rotenburg finanziell unterstützt, obwohl sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Kuhle dagegen aussprach. Kuhle im Stadtrat am 30. Januar 1992: "Es stünde zwar den Anstalten zu, Anträge zu stellen. Er aber sei der Meinung und frage, ob es Aufgabe der Stadt sein könne, hierfür einen Zuschuß zu gewähren. Wenn die Anstalten der Meinung seien, ihre Geschichte aufarbeiten zu müssen, habe er nichts dagegen. Aber es sei nicht Sache der Stadt. Auch wenn teilweise die Meinung vertreten werde, daß die Stadt Rotenburg dazu moralisch verpflichtet sei, weil im Umfeld von Rotenburg mehr Braune gewesen seien als anderswo. Dieses Argument könne er nicht gut heißen und nicht hinnehmen."

NPD und Terror

Der stellvertretende NPD-Vorsitzende von Schleswig-Holstein, **Heinrich Förster**, gegen den in Schwerin ein Haftbefehl wegen versuchten Mordes an Asylbewerbern und Volksverhetzung erlassen worden war, hatte nach Erkenntnissen der Schweriner Staatsanwaltschaft Kontakte zu **Michael Peters**, einem der Attentäter von Mölln, der im schleswig-holsteinischen Wahlkampf im April 1992 Plakate für die NPD geklebt haben soll. Auch sollen Förster und Peters gemeinsam im NPD-Kreisvorstand Lauenburg tätig gewesen sein. A.M.

Neugründung

Nach Erkenntnissen von Wolfgang Pfaff, Leiter des brandenburgischen Landesverfassungsschutzes, plant **Frank Hübner**, Ex-Führer der verbotenen "Deutschen Alternative" (DA), den Aufbau einer "Brandenburgischen Volkspartei". A.M.

Suspendierung

Das Landesarbeitsgericht Hamm hat **Peter Markert**, seit 1987 NPD-Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen, vorläufig vom Amt eines ehrenamtlichen Richters am Arbeitsgericht Bochum enthoben. Mehrere Versuche, Markert wegen rassistischer und ausländerfeindlicher Äußerungen zu suspendieren, waren zuvor fehlgeschlagen. A.M.

Nationalrevolutionäre.

Die mehrere hundert Mitglieder umfassende "Unabhängige Arbeiter-Partei e.V." (UAP) konnte im vergangenen Jahr ihr dreißigjähriges Bestehen feiern. Ziel der Partei, die in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern und Berlin "Landesleitungen" unterhält, ist ein "Deutscher Sozialismus" im sozialrevolutionären Geiste Lassalles und im nationalrevolutionären Geiste Otto Strassers. An der Spitze der Partei, die am 21.Januar 1962 in Essen ins Leben gerufen wurde, steht seit 1970 der 61jährige Schuhmachermeister **Erhard Kliese**. Als Jugendorganisation fungiert die "Blaue Adler Jugend" (BAJ), die von **Ulrich Villmow** geführt wird. Bekanntestes Ex-Mitglied der UAP ist **Wolfgang Strauss**, führender Befreiungsnationalist der BRD, dessen Gedankengut heute in allen rechtsextremen Gruppierungen Einzug gehalten hat. A.M.

Karriere

90 Jahre alt wurde am 22.Januar d.J. **Erich Schwinge** (Pseudonym **Maximilian Jacta**), "rechter" Experte für Militärstrafrecht und Kriegsvölkerrecht, ordentlicher Professor der Rechte an den Universitäten Marburg und Wien während der Nazi-Diktatur, Kommentator des Militärstrafrechts und vor allem Kriegsrichter in Österreich, Belgien, Frankreich und in der Ukraine. Allein im Zeitraum vom Januar 1944 bis Februar 1945 beantragte oder verhängte Schwinge 16 Todesurteile. In den Nachkriegsjahren verteidigte S. in etwa 150 Strafprozessen wegen Kriegsverbrechen angeklagte Offiziere, darunter u.a. den früheren Generalfeldmarschall Albert Kesselring.

In der BRD konnte Schwinge den Posten des Rektors der Universität Marburg erklimmen und stieg zum stellvertretenden FDP-Vorsitzenden in Hessen auf. Noch heute publiziert der unermüdliche Rechtsextremist u.a. in "Nation+Europa" oder referiert auf Tagungen der revisionistischen "Zentralen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI). A.M.

"Winterhilfe"

Zu einer publicityträchtigen "Winterhilfe für Bosnien" ruft das dem rechtsextremen LaRouche-Imperium zugehörige "Schiller-Institut" (SI) in einem bundesweit vertriebenen Flugblatt auf. Eigenangaben des Instituts zufolge hat die Regierung von Bosnien-Herzegowina diese gebeten, "bei der Sammlung und Organisation humanitärer Hilfe für die bosnische Bevölkerung zu helfen". In einem "Appell an die Regierungen und Parlamente Europas", der u.a. von Vizeadmiral a.D. **Karl Adolf Zenker**, ehemals Inspekteur der Bundesmarine und Brigadegeneral a.D. **Paul-Albert Scherer**, ehemals Chef des "Militärischen Abschirmdienstes" (MAD) der BRD, unterzeichnet ist, fordert das SI: "Stoppt den Völkermord auf dem Balkan!" A.M.

National! - Liberal?

Ein "Stresemann-Club. Das Jung-National-Liberale Forum", Landesgruppe Sachsen/Niederschlesien, hat sich in Dresden konstituiert. Mit Anzeigen in der "Jungen Freiheit" (JF) macht der Club ("Ja zu Deutschland in Europa-Nein zum 'multikulturellen Chaos'") -unter Führung von **Thomas Böhme**- bundesweit auf sich aufmerksam. Hier ein Auszug aus der Selbstdarstellung der Organisation: "Der Stresemann-Club versteht sich als politische Kraft der Mitte, der auf den Grundlagen national/konservativ/liberaler Prinzipien Politik von unten her gestalten will. ... Wir sind überzeugt, daß das Bekenntnis zum eigenen Volkstum eine Grundvoraussetzung für die Bewahrung und Entwicklung der kulturellen Werte des historisch-kulturellen Selbstverständnisses jeder ethnischen Gemeinschaft ist. Die Freiheit unseres Volkes und das damit verbundene für im Ausland lebende Deutsche Recht auf Selbstbestimmung und Pflege der eigenen Kultur, verstehen wir als unseren nationalen Auftrag." A.M.

"NORDISCHE JUGEND"

Die "NORDISCHE JUGEND", eine Neugründung aus den Reihen der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF), ist im nordbadischen Sinsheim beheimatet. Presserechtlich verantwortlich für eine von der NJ herausgegebene Broschüre zeichnet **Stefan Wollenschläger**, der als Beisitzer im baden-württembergischen NPD-Landesvorstand deren Kreisverband Heidelberg/Rhein-Neckar vertritt. Symbol der "NORDISCHE(N) JUGEND" ist eine weiße Odalrune auf schwarzem Tuch.

Ähnlich wie die traditionellen rechtsextremen Jugendorganisationen "Wiking-Jugend" oder der "Bund Heimattreuer Jugend-Der Freibund" besteht das Angebot der "NORDISCHEN JUGEND" in einer geschickten Kombination von Politik, Kultur, Sport und Freizeit, die "die Disziplin, die Kameradschaft und das Kennenlernen der deutschen Heimat und der deutschen Kultur" stärken soll. Im Mittelpunkt der Aktivitäten der jungen Nordmänner steht desweiteren die Pflege von deutschen Kriegsgräbern, um sie "vor der Verrottung zu bewahren." In enger Kooperation steht die "NORDISCHE JUGEND" mit der "Aktionsfront Nationaler Kameraden-Rhein/Neckar" (Heidelberg) des Kühnen-treuen Neonazi **Manfred Huck**, dem "Freundeskreis Nordland" (Mannheim), der Skin-Band "Tonstörung" (Schriesheim) und dem "Endsieg-Versand" des nationalrevolutionären Skins **Andreas Gängel** (Bruchsal). A.M.

Rechts-Büro

Ein bereits im April 1992 gegründetes "Deutsches Rechtsbüro" mit Sitz in Hamburg ist mit einem Faltblatt an die Öffentlichkeit getreten und bietet rechtliche Schulungen an. Das Rechts-Büro verfügt über ein Urteilsarchiv mit den Themenschwerpunkten: verfassungswidrige Kennzeichen, Aufstachelung zum Rassenhaß, Versammlungsrecht und Uniformverbot.

In Zusammenarbeit mit der Neonazi-Knasthilfe "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" (HNG) soll eine Liste von Rechtanwälten für die militanten Neonazis hergestellt werden.

Mysteriöser Tod

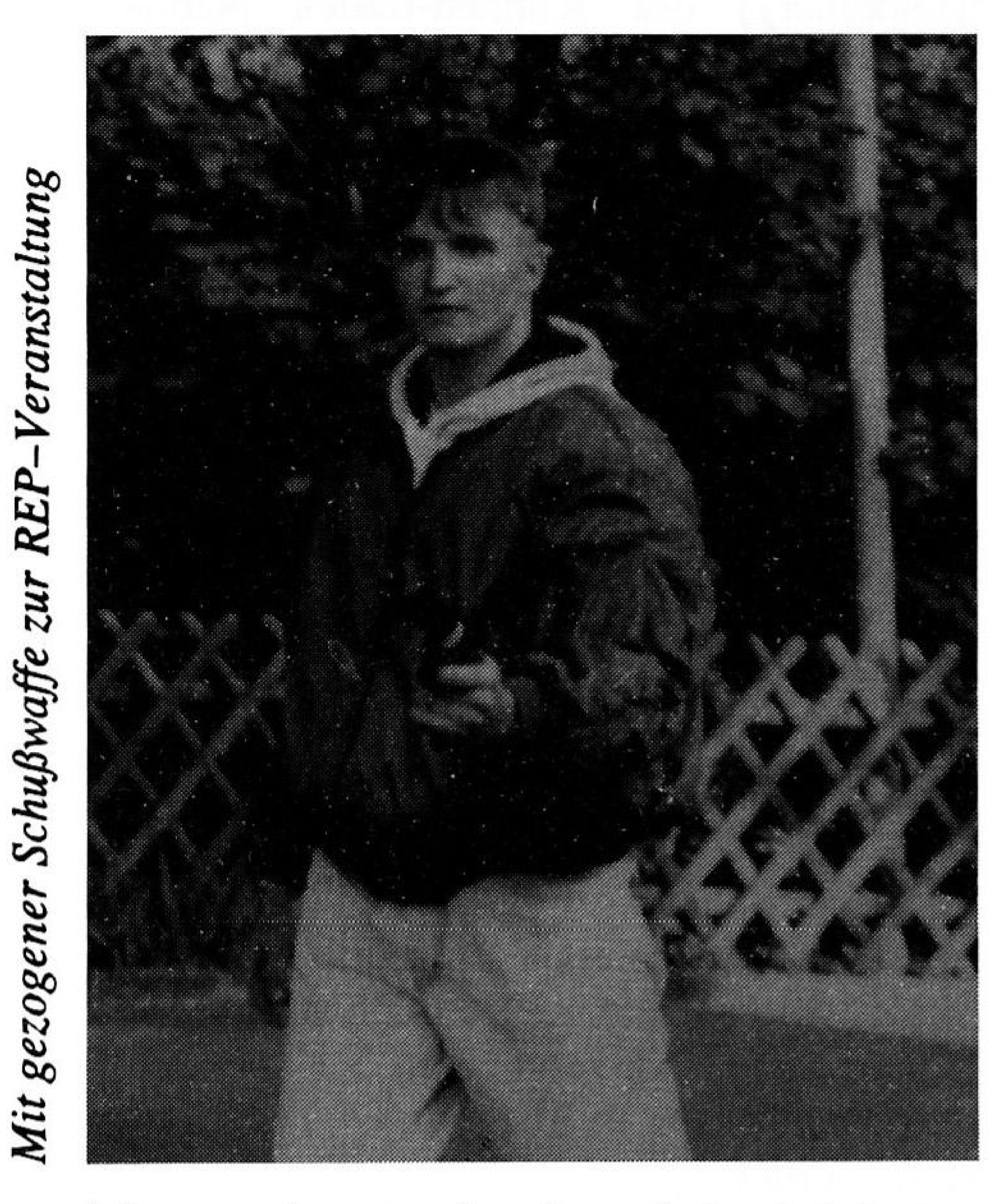
Zwei ungeklärte Morde lassen Ermittlungen der Polizei im Zwielicht erscheinen. Nachdem die Freiburgerin Kerstin Winter durch eine Paketbombe ermordet wurde, geht die Polizei der Möglichkeit, die Täter im faschistischen Lager zu finden, nur widerwillig nach und sucht den Täter hauptsächlich im privaten Bereich. Dem entgegen stehen Drohungen von Faschisten gegen Kerstin Winter ebenso wie Zeugenaussagen, die auf Sprengstoffversuche Freiburger Neonazis hindeuten.

Im Fall des in Suhl tot aufgefundenen Olaf Heydenbluth mußte die Polizei durch Freunde und Verwandte regelrecht zur Aufnahme der Ermittlungen gezwungen werden. Der stadtbekannte Antifaschist, der zugleich Mitglied der SDAJ war, wurde mit einer Platzwunde am Kopf und einem Gürtel um den Hals in seiner Wohnung gefunden. Obwohl Olaf Heydenbluth vorher mehrfach von Nazis bedroht worden war, ging die Polizei anfangs von einem Selbstmord aus.

Entlarvend

Das Verwaltungsgericht Hannover hat dem Niedersächsischen Verfassungsschutz untersagt, die "Republikaner" mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten. Die niedersächsischen "Verfassungsschützer" hatten bisher nur öffentlich zugängliche Quellen ausgewertet und in Niedersachsen lediglich eine ausländerfeindliche Äußerung eines REP-Abgeordneten für die Verfassungsfeindlichkeit der Schönhuber-Truppe als Beweis anführen können. Daß vom REP-Landesvorstandsmitglied **Frank Hellmold** die Gründung eines Ordner-Dienstes, der gegen antifaschistische DemonstrantInnen eingesetzt werden sollte, "falls die Polizei das nicht in den Griff bekommt", war dem VS ebenso entgangen, wie

das Auftreten bewaffneter Skins bei dem Besuch einer REP-Veranstaltung in der Nähe Hannovers (siehe Foto). Obwohl gegen die unbekannten VerfasserInnen eines anonymen Flugblattes, das als Schreiben des hannoverschen Oberstadtdirektors bzw. Oberbürgermeisters aufgemacht war, Ermittlungen eingeleitet wurden, entging dem niedersächsischen VS, daß die "Jungen Republikaner" ein weitgehendes identisches Flugblatt verteilten.



Mit gezogener Schußwaffe zur REP-Veranstaltung

Bei soviel "Unvermögen" stellt sich allerdings die Frage, ob der "Verfassungsschutz" tatsächlich auf dem rechten Auge derartig blind ist, oder ob hier lediglich eine Demonstration gegen das im letzten Herbst verabschiedete Verfassungsschutzgesetz vorliegt, das die VS-Aktivitäten deutlich reglementiert.

Faschisten bei der Polizei

Die Berliner Polizei hat einen international agierenden Waffenhändlerring ausgehoben, dem (Neo-)faschisten angehörten. Von den zwölf Beschuldigten sind drei Mitglieder der Freiwilligen Polizeireserve Berlin (FPR). Sechs der Waffenschieber waren bereits 1986 wegen Beteiligung an Wehrsportübungen in Erscheinung getreten, drei der FPR-Mitglieder hatten in der Vergangenheit versucht, eine Berliner Gruppe der FAP zu gründen. Nachdem die Zeitschrift Focus über weitere neofaschistische und kriminelle Handlungen von FPR-Mitgliedern (bis hin zum Mord) berichtete, ist Rolle und Existenz einer solchen Truppe mehr als fragwürdig.

Unitarier

Keine Berührungsängste gegenüber der militanten Rechten bestehen bei der "Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR). Nachdem der Bremer DUR-Gemeindeleiter **Hermann Thiele** bereits mehrfach bei den "Hetendorfer Tagungswochen" des Neonazi-Anwalts **Jürgen Rieger** referierte, wurde nun auch das Bremer Unitarierheim für eine Veranstaltung der "Aktion Freies Deutschland" zur Verfügung gestellt. Unter dem Motto "Einigkeit und Recht und Freiheit" referierte **Wolfgang Juchem**. In der Vergangenheit war Juchem auch als Redner bei Veranstaltungen der DVU bzw. beim "Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" der militanten Neonazis aufgetreten. Eindeutig war auch die Werbung für seine Veranstaltung: "Deutsche Politiker erniedrigen sich als Erfüllungsgehilfen der Siegermächte von 1945, weil mit der jahrzehntelangen einseitigen 'Vergangenheitsbewältigung' niemand mehr wagt, wirklich deutsche Interessen zu vertreten."

Trotz derartiger Zusammenarbeit ist die DUR Mitglied des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

Brückenschlag

Der "Verlagsgemeinschaft Berg" von **Gert Sudholt**, Ziehsohn des stellvertretenden NS-Reichspressechefs Helmut Sündermann, ist der Brückenschlag ins "linke Lager" gelungen. Im jüngst verlegten Buch "Siegermacht NATO. Dachverband der neuen Weltordnung" publizieren überwiegend Autoren und Autorinnen aus dem "linken Lager", darunter Grüne/PDS/SPD. Daß die "Verlagsgemeinschaft Berg" (Druffel-Türmer-Vowinkel-Verlagskomplex) keinen ideologischen Kurswechsel durchgeführt hat und stattdessen gezielt als Blockadebrecher ins "linke Lager" eindringen will, dokumentiert das Ende 1992 allen Kunden des Verlagskomplexes in Berg am Starnberger See zugegangene Buch "Kriegsreden 1936-1941. Das große Kesseltreiben" eines **Helmut Gordon** (Übersetzer in Deutsche: **Günter Deckert**, NPD-Bundesvorsitzender), in dem "die wahren Kriegstreiber" (Churchill, Chamberlain, Roosevelt, Daladier) des II.Weltkrieges "anhand ihrer eigenen Parolen und Worte entlarvt" werden. A.M.

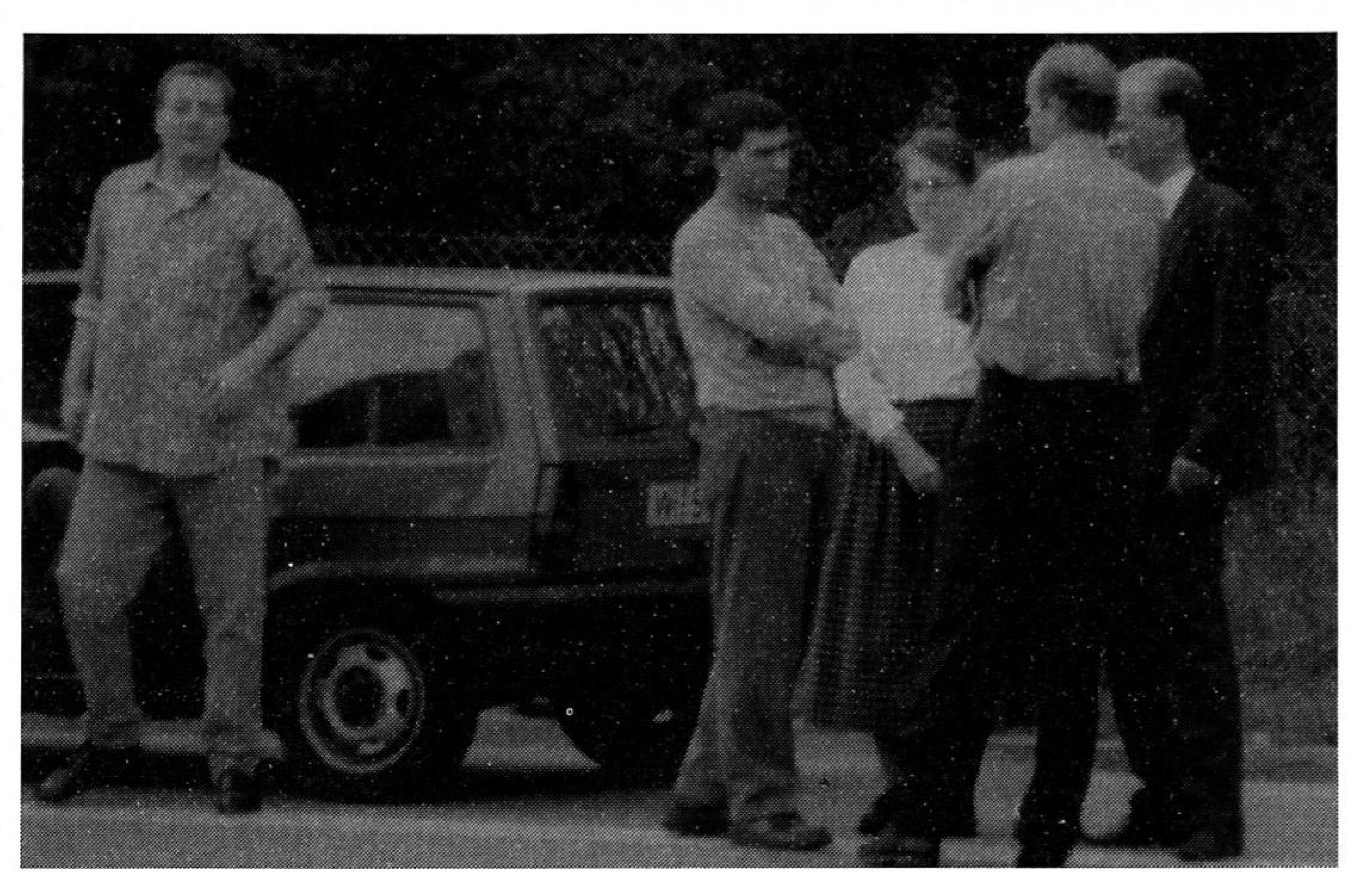
NS-Hilfsorganisation mit neuem Vorstand

Auf der letzten Mitgliederversammlung der "Stillen Hilfe" am 11. November 1992 in einer Gaststätte in Rotenburg-Unterstedt wurde mit dem Dipl.Ing. **Horst Janzen** aus Wuppertal ein neuer Vorsitzender gewählt. Die Versammlung war sich einig, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzumachen und die Hilfe zu verurteilten, angeklagten und entlassenen NS-Kriegsverbrechern und ihren Angehörigen weiterhin im "Stillen" zukommen zu lassen. Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt und die Spenden können steuerlich abgesetzt werden. Die bisherige Vorsitzende **Adelheid Klug**, Rotenburg, wurde von den 23 Mitgliedern, darunter **E.A. Meyer** aus Bremen, zur Ehrenvorsitzenden gewählt.

Dem neugewählten Vorstand gehören außerdem **Lieselotte Bischoff**, Detmold, als 2. Vorsitzende und der Rentner **Arnulf Ruhaak**, Norden, an.

Braunes Info-Telefon

Seit November '92 existiert in Wiesbaden das erste bundesweite "Nationale Infotelefon". Betreiber des braunen "Infotelefones" ist **Stefan Cumic** (21), ehemaliger Funktionär des "Deutschen Hessen" und des hessischen Landesverbandes der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP). Über das "Infotelefon" werden Veranstaltungen, Termine und Kontaktadressen bekanntgegeben. Am 23.Dezember 1992 hatte der Wiesbadener Oberstaatsanwalt Winfried Lorei das "Infotelefon" ohne richterlichen Beschluß, Gefahr war im Verzug, stillgelegt. Anlaß war ein Spendenaufruf zugunsten der am 27.November 1992 verbotenen "Nationalistischen Front" von **Meinolf Schönborn**. Beschlagnahmt wurden bei der Razzia Anrufbeantworter und Ansageband des "Infotelefons". Bereits an Weihnachten setzte Cumic, gegen den ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz eingeleitet wurde, den Betrieb zunächst provisorisch fort. Verbreitung findet die Idee des NIT durch Hinweise in der braunen Publizistik. Die angegebene Postlagerkarte in Wiesbaden tauchte vergangenen Sommer in der NPD-Zeitung "Deutsche Stimme" auf. Unter der Überschrift "Eine eigene Firma" wurde eine "neuartige Wirtschaftszeitung" namens "Die Geschäftsidee" inseriert. Ungefähr zur selben Zeit tauchte die Wiesbadener PLK im Zusammenhang mit einer angekündigten Anti-Antifa-Zeitung auf. Doch wurde aus dem Projekt "Einblick" bislang nichts. Derzeit ist unklar, ob nach dem von Stefan Cumic angekündigten Umzug des NIT, die alte Nummer beibehalten werden kann.



Stefan Cumic am 19.September 1992 auf einem Vorabtreffpunkt der "Deutschen Alternative". Von der Autobahnraststätte Dannstadt an der BAB 61 aus fuhren rund 100 Neonazis weiter zur Vereinsgaststätte des DJK Schifferstadt (Rheinland-Pfalz). Dort fand eine geschlossene Saalveranstaltung mit den Rednern Michael Petri, Rene Koswig, Christian Worch und Otto Riehs statt. Foto: Antifa-Kommission Vorderpfalz

Antifa-Kommission Vorderpfalz

Rechte Musik gegen Rechts?

"Musik gegen Rechts". So lautete das Motto einer Großveranstaltung im Mannheimer Vorort Feudenheim. 9 Musikbands aus der Region, darunter auch "The Maisons", wollten dort ein Solidaritätskonzert gegen Rassismus und Rechtsextremismus bestreiten. "Mannheim ist ein Zentrum neonazistischer Musik" hieß es in der Vorankündigung der Musikerinitiative Feudenheim. Gemeint ist damit vor allem die Fascho-Skin-Band "Tonstörung". Doch hat just deren Sänger **Thomas Muncke** mit der Feudenheimer Nachwuchsband "The Maisons" im vergangenen Sommer eine Platte eingespielt. Das Werk "Freiheit" der ad-hoc-Gruppe "Aufruhr" um den einstigen Aktivisten der verbotenen "Nationalistischen Front" Muncke wird vom Endsieg-Versand (ESV) des **Andreas Gängel** zum Preis von 16,- DM vertrieben. "Dieser Tonträger ist allen Völkern gewidmet, die zu dieser Zeit im nationalistischen Befreiungskampf stehen", so ist es dem Cover der Platte zu entnehmen. Eine Mark des Verkaufspreises geht als Spende nach Kroatien. Werbung macht der einstige NF-Kader Gängel für die Mini-LP selbst in "NATION & EUROPA". Doch nimmt das noch Wunder in einer Zeit, in der sich die Fraktion der "Republikaner" im Mannheimer Gemeinderat darüber beklagen kann, ihre Unterschrift unter ein offizielles Flugblatt "Gegen Extremismus und Gewalt" sei unerwünscht? In einer Zeit, in der der NPD-Bundesvorsitzende **Günter Deckert** versucht, in seinem Wohnort Weinheim an einer Lichterkette teilzunehmen. S.B.

Unterwandert?

Maintal (Hessen) - Der Spitzenkandidat der "Republikaner" in Maintal/Main-Kinzig-Kreis zur hessischen Kommunalwahl am 7.März 1993, **Klaus zur Lienen** (26.J.), hat Ende Januar die REP aus "persönlichen Gründen" verlassen. Er wolle, so zur Lienen, "Schaden von seiner Partei abhalten". Wenige Tage zuvor wurde in der Öffentlichkeit in Maintal die Aktivitäten des Klaus zur Lienen als Kader des neonazistischen Netzwerkes "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) und der inzwischen verbotenen "Deutschen Alternative" (DA) bekannt. Im vergangenen Jahr wurde zur Lienen als Vorsitzender des Ende Oktober gegründeten Landesverbandes Hessen der "Deutschen Alternative" gehandelt. Davor fungierte zur Lienen jahrelang als Stützpunktleiter der GdNF für Maintal und Frankfurt. Von alledem will der Landesgeschäftsführer der hessischen REP, **Heinrich Frank**, erst Ende Januar erfahren haben. Nach dem erzwungenen Ausscheiden des einstigen Kühnen-Vertrauten aus der Schönhuber-Partei verhängte Landesgeschäftsführer Heinrich Frank einen Aufnahmestopp bis zum Tag der hessischen Kommunalwahl am 7.März. Zur Lienen avancierte nach seinem Beitritt zu den "Republikanern" am 24.November 1992 innerhalb weniger Wochen zur Nummer 1 auf der Kommunalwahlliste und unentbehrlichen Helfer der REP in Maintal.

Vergangenes Jahr zeigte sich Landesgeschäftsführer Frank schon einmal erstaunt über die Mitgliedschaft seiner Partei. Der damalige Kasseler Kreisvorsitzende der REP, **Horst Steinhof**, scharte eine Reihe Vorbestrafter in Partei und seinem Unternehmen, Kara-Druck, um sich. Zu den vom REP-Funktionär Steinhof bei Kara-Druck beschäftigten Freigängern der JVA Kassel gehörte auch **Manfred Roeder**, bekanntester bundesrepublikanischer Rechtsterrorist der 70er Jahre. S.B.

Soziologische Untersuchung

Eine soziologische Untersuchung zur rechtsextremen Orientierung unter Ostberliner Jugendlichen hat das Berlin-Brandenburger Bildungswerk e.V. herausgegeben. Die empirische Grundlage der Untersuchung besteht u. a. aus der Dokumentenanalyse von 30 straffällig gewordenen rechtsextrem orientierten Jugendlichen und einer standardisierten mündlichen Befragung von 640 Jugendlichen im Zeitraum Februar/März 1991. Der Autor Stefan Maßner legt Wert darauf hinzuweisen, daß sich "eine modellhafte Übernahme von Erkenntnis- und Auseinandersetzungsstandards der alten auf die neuen Bundesländer ... als unzureichend für eine angemessene Auseinandersetzung mit dem Problem des Rechtsextremismus unter den Jugendlichen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erweisen" würde. In der 106 Seiten starken Broschüre soll "ausgehend von der Logik der aufzuzeigenden Sozialisation rechtsextremistischer Orientierungen und Verhaltensweisen ... eine Typologisierung des Rechtsextremismuspotentials unter Jugendlichen der neuen Bundesländer erfolgen. Diese dient als Voraussetzung für eine empirische qualitative Erfassung des Problems des Rechtsextremismus unter Jugendlichen der neuen Bundesländer.

Stefan Maßner, Rechtsextreme Orientierung unter Jugendlichen. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung, hg. vom Berlin-Brandenburgischen Bildungswerk e.V., Verlag Widerschein GmbH, Markgrafendamm 26, O-1017 Berlin

Zwischen Blut und Boden und New Age

In einer neuen Broschüre des DuisburgerInstituts für Sprach- und Sozialforschung beschäftigt sich der Autor Volkmar Wölk mit den oft unterschätzten ökologischen Konzeptionen des "neurechten" Neofaschismus und ihrem Einfluß auf Teile der Ökologiebewegung.

Neben detaillierten Informationen über Geschichte und Persönlichkeiten des "Weltbundes zum Schutze des Lebens", des Kreises um Herbert Gruhl, der Anthroposophie und der Freigeld-Bewegung analysiert der Autor vor allem die Ideologie des völkischen Faschismus der "Neuen Rechten", die in der Propaganda von rechts eine immer größere Rolle spielt.

"'Heimatschutz' wird verknüpft mit Umweltschutz, beides zur dialektischen Einheit erklärt. (...) Im Gegensatz zu bisher mit den



Grünen in der Bundesrepublik vorherrschenden Richtung, die versuchte, Ökologie und soziale Frage miteinander zu verknüpfen, bezeichnen sich die 'Heimatschützer' als Vertreter einer 'reinen' Ökologie. Doch 'rein' ist weder die Ideologie dieses Ökologieverständnisses noch seine Geschichte.

Es wird auf Traditionslinien zurückgegriffen, die bei Hermann Löns und dem Wandervogel beginnen, über die Bündische Jugend und die Konservative Revolution erst zur Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell, dem 'Glauben der Nordmark' (Frenssen 1936) oder aber auch zum Ahnenerbe der SS führen, sich dann in Teilbereichen der Anti-Atom-Bewegung wiederfinden, um schließlich in der überschwappenden New-Age-Welle unserer Tage zu kulminieren. Natur/Ökologie/ 'Lebensschutz' sind in dieser Tradition stets verknüft mit Nation/Heimat/Volk und zugleich oftmals mit Naturfrömmigkeit/Glauben/Mythos." (Aus dem Vorwort)

Volkmar Wölks kenntnisreiche und detaillierte Studie will vor allem diejenigen in der Ökologiebewegung und den Grünen für die Problematik sensibilisieren, die sich solchen antidemokratischen Tendenzen entgegenstellen.

Volkmar Wölk, Natur und Mythos. Ökologiekonzeptionen der "Neuen" Rechten im Spannungsfeld zwischen Blut und Boden und New Age, Juli 1992, 80 Seiten, 8,-DM (+ Versandkosten), Bestellung über DISS, Realschulstr. 51, 4100 Duisburg 1

Rassismus und Jugenarbeit

Ebenfalls vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung vorgelegt wird ein Buch über Rassismus und Jugendarbeit. In der Ankündigung heißt es: "Rückblickend erscheint es einigermaßen verwunderlich, wie lange und hartnäckig - nicht nur in der Jugendarbeit - institutionalisierte und alltägliche Rassismen aus der Wahrnehmung ausgeklammert werden konnten. Wir denken, daß Rassismus in latenten, impliziten und versteckten Formen auch bis weit in Gruppen, Organisationen und Berufsauffassungen von sozialer Arbeit hineinreicht. Das betrifft gerade auch die, die eine Gleichheit von Lebensmöglichkeiten und chancen für alle Menschen fordern und eine weitestgehende Verfügung aller Menschen über gesellschaftliche Lebensbedingungen anstreben.

Dieser Sammelband ist mit der mehrjährigen Arbeit einer landesweiten Arbeitsgruppe von JugendarbeiterInnen in Baden-Württemberg

verbunden. Das Thema Rassismus bedeutete für die Gruppe sowohl die Auseinandersetzung mit den jeweils eigenen Anteilen, blinden Flecken und Unsensibilitäten, als auch die Beschäftigung mit der Frage, wie denn eine antirassistische Arbeit mit deutschen Jugendlichen aussehen könnte."

Rudolf Leiprecht (Hg.), Unter Anderen. Rassismus und Jugendarbeit, 220 Seiten, ca 20 DM. Bestellungen an: DISS, Realschulstr. 51, 4100 Duisburg1

Moon-Sekte, ein Organisationsprofil

Mit dieser Broschüre zeichnen die HerausgeberInnen durch die Aneinanderreihung von verschiedensten Quellen das weltumspannende, faschistische Imperium der Vereinigungskirche auf. Die übersichtliche Gliederung der Broschüre, der umfangreiche Index und verschiedene Anhangslisten verschaffen einen Überblick über die Ausbreitung dieser Organisation sowie über deren organisatorisches und personelles Netz. Ein Netz, das weit in die Kreise bundesdeutscher konservativer Politiker hineinreicht.

Organisationsprofil Vereinigungskirche, hg von Lupe e.V., 108 Seiten, DM 12,-. Besteladresse: Lupe e.V., Postfach 360123, 1000 Berlin 36

Thesen zum Imperialismus

Unter dem Titel "Zwischenzeiten" hat die Autonome Antifa (M) eine Broschüre herausgegeben, mit der Position zu einigen gesellschaftsrelevanten Themen bezogen und ein Beitrag zur inhaltlichen Füllung der allgemeinen Orientierungsdebatte geliefert werden soll. Besonders angesichts der in Südniedersachsen laufenden 129a-Ermittlungen, von denen auch die Autonome Antifa (M) betroffen ist, wollen die AutorInnen an die Öffentlichkeit treten, um möglichst vielen Menschen ihre Politik zu verdeutlichen.

Autonome Antifa (M), Zwischenzeiten. 14 Thesen zum Imperialismus, 48 Seiten, DM 4,- (Bezahlung nur bar!)

Kontakt: Äußerer Umschlag: Buchladen Rote Straße, Rote Str. 10, 3400 Göttingen. Innerer Umschlag: Autonome Antifa (M)

Arbeit für den Krieg

Das Ergebnis 15jähriger Recherchearbeit hat der Braunschweiger Historiker Gerd Wysocki mit seinem neusten Buch "Arbeit für den Krieg" als Beitrag zum 50. Jahrestag der Stadt Salzgitter vorgelegt. Auf mehr als 600 Seiten beschäftigt sich Wysocki mit den "Reichswerken Hermann Göring", den heutigen Stahlwerken Peine-Salzgitter.

Der Bau der "Reichswerke Hermann Göring" begann 1937 und innerhalb weniger Jahre entstanden im Raum Salzgitter riesige Anlagen zur Rüstungsproduktion. Für den Aufbau und den Betrieb der "Reichswerke" wurden zehntausende von Arbeitern, hauptsächlich aus dem europäischen Ausland eingesetzt. Wysokkis Arbeit befaßt sich mit dem Arbeitseinsatz, der Sozialpolitik und mit der Strategie und Praxis der Unterdrückung in den Rüstungsbetrieben der "Reichswerke".

Während sich die meisten deutschen Arbeiter, aufgrund neuer persönlicher Perspektiven das NS-Regime erduldeten bzw. sich mit ihm arrangierten, waren die nicht folgewilligen (Zwangs-)Arbeiter massiver Repression ausgesetzt: "Die rigorosen Leistungsanforderungen der Rüstungsbetriebe, die nazistische Arbeitsideologie von Vorgesetzten und ihr Verlangen nach bedingungsloser Unterordnung der Arbeiter veranlaßten die Betriebsleitungen, nicht folgewillige Arbeiter direkt bei der Gestapo oder dem Abwehrbeauftragten anzuzeigen und die Bestrafung zu fordern." Die Praxis dieser Verfolgungsmaschinerie stellt Wysocki auch anhand von Einzelschicksalen vor.

Gerd Wysocki, Arbeit für den Krieg, 607 Seiten, DM 49,80, Steinweg-Verlag, Langedammstr. 13, 3300 Braunschweig